

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei in Cass.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit Illustrirter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Verzeichnungs-
 Liste für 1897 unter Nr. 7457.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Rollen-
 zelle oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vormittags geöffnet.

Kernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2.

Sonnabend, den 16. Januar 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.

Rußland im Jahre 1896.

Die industrielle Ausstellung, die im Sommer des ver-
 flossenen Jahres in Nischny-Nowgorod stattgefunden, legte
 Zeugnis ab davon, wie gewaltig die russische Industrie seit
 der Ausstellung des Jahres 1892 gewachsen. Dieser industrielle
 Aufschwung hielt auch in der zweiten Hälfte des vorigen
 Jahres an. Die vielen Bestellungen, welche die Regierung
 für Eisenbahnbauten gemacht, sind besonders der russischen
 Eisenindustrie zu gute gekommen. Zahlreiche neue Eisen-
 fabriken sind entstanden und selbst in das Wolgagebiet
 und Sibirien hat die Industrie ihren Einzug ge-
 halten. Der in Angriff genommene Bau der Wolodde-
 Archangelskischen und die Verlängerung der sibirischen Bahn
 werden sämtlichen Zweigen der russischen Industrie bald neue
 innere Absatzgebiete mit einer Bevölkerung zahlreicher Millionen
 von Menschen erschließen. Auf der anderen Seite stellen die
 großen politischen Erfolge, die Rußland im verflossenen Jahre
 zu verzeichnen hatte, so namentlich der Vertrag über den Bau
 der Eisenbahn in der Wandschuren durch eine russische Gesell-
 schaft, der russischen Industrie auch eine gewaltige Erweiterung
 ihres auswärtigen Absatzgebietes in Aussicht.

Die Großindustriellen fühlen sich heute als Herren der
 Situation in Rußland. Als der Zar nach Nischny-Nowgorod
 kam, um die Ausstellung zu besichtigen, wurde er mit einem
 Artikel des dort erscheinenden Organes der Wolgaer Dampf-
 schiffsbeförderung begrüßt, in dem es hieß, nicht der verarmte
 Adel, sondern der immer reicher werdende Handels- und Ge-
 werbestand bildeten gegenwärtig das Hauptbollwerk des russi-
 schen Staates. Und einen anderen Satz desselben Artikels,
 der davon sprach, daß die Kaufmannschaft alles könne, be-
 stätigte der Finanzminister Witte, indem er den in
 Nischny-Nowgorod versammelten Großindustriellen er-
 klärte, der Wunsch der russischen Landwirthe, daß
 die Hölle auf landwirtschaftliche Maschinen herab-
 geschickt werde, würde bei der Regierung keine Berücksichtigung
 finden. Bei Interessenkonflikten zwischen dem adeligen Grund-
 besitz und der Großbourgeoisie fügt sich die russische Regierung
 dem Willen der letzteren.

Um die Industrie und die Landwirtschaft zu fördern, lud
 die Regierung im verflossenen Jahre wieder viele Vertreter
 derselben zur Theilnahme an Kommissionen ein, welche neue
 Regierungsmassregeln auszuarbeiten sollten. Auch ermöglichte
 sie das Zusammentreten zahlreicher Kongresse, die
 über wirtschaftliche Angelegenheiten Berathung pflogen.
 Bemerkenswerth ist, daß es auf manchen dieser Kongresse, und
 in den Versammlungen vieler Semstwo's, die ja auch Interessen-
 vertretungen der bestehenden Klassen sind, einigen Volksfreunden
 gelang, Beschlüsse zu gunsten der allgemeinen Volksbildung
 und der Erweiterung der Arbeiterbildung durchzuführen.
 Es ist dies ein Zeichen dafür, daß bei den Vertretern der
 russischen bestehenden Klassen die Einsicht aufdämmert, daß ohne
 eine Erhöhung der Intelligenz und überhaupt der Lebenslage
 der Arbeiter bedeutende Fortschritte der russischen Industrie
 unmöglich sind.

Die Regierung des Zaren, welche mit recht von
 der Erhöhung der Volksbildung ihren Untergang befürchtet,
 sträubt sich freilich mit aller Gewalt gegen jeden Fortschritt
 in dieser Richtung. Die Zahl der von Ministerium der
 „Volksausklärung“ gegründeten Volksschulen hat im letzten
 Jahre fast garnicht zugenommen, im Gouvernement Archangelsk
 sind sogar 15 Schulen geschlossen worden, um dem Staate
 8000 Rubel zu ersparen. Wie früher so kämpfte die Regierung
 auch im vorigen Jahre mit allen Kräften gegen die private
 Initiative auf dem Gebiete der Volksbildung. Und wenn
 auf demselben doch einige Fortschritte zu verzeichnen
 waren, so sind sie nur den Bemühungen der von der Re-
 gierung gehemmt Semstwo's zu verdanken.

Die im Mai mit asiatischem Prunk gefeierte Krönung
 und die darauf folgende Rundreise des Zaren durch Europa
 gab den Regierungen und der Bourgeoisie des westlichen
 Europa's Gelegenheit, in dem russischen Despotismus das
 Hauptbollwerk der europäischen Reaktion zu feiern. Doch
 indem der Zar um des schändlichen Mammons willen von seinen
 Rathgebern veranlaßt wurde, sich dem Serbereibeförderer Faure
 in die Arme zu werfen, besiegelte er selbst die Kapitulation
 des russischen Absolutismus vor der Bourgeoisie. Und je eifriger
 der Zarismus, von der Bourgeoisie angetrieben, die Geschäfte
 derselben besorgt, desto mehr begünstigt er auch das Anwachsen
 derjenigen Macht, die dem Zarismus und der Bourgeoisie in
 absehbarer Zeit ein Ende bereiten wird.

Unmittelbar nachdem die Katastrophe auf dem Chobinsk-
 feld in einer schrecklichen Weise gezeigt hat, was die unter den
 alten wirtschaftlichen Verhältnissen in tiefstem Unverstand auf-
 gewachsenen Bauernmassen sich von dem Zarismus bieten
 lassen, lenkte eine jüngere Volksschicht, die Petersburger
 Arbeiterchaft, die Aufmerksamkeit der gesamten zivilisirten
 Welt auf sich durch die zielbewußte Energie und Würde, mit
 welcher sie ihren heldenmüthigen Kampf gegen das von der
 Regierung geschützte Unternehmertum führte. Und bald
 darauf erschienen zum ersten Male auf einem internationalen
 Kongresse Vertreter der organisirten Arbeiterchaft von ver-
 schiedenen Gegenden Rußlands.

Als sich die thätigsten der russischen Revolutionäre,
 angeregt von der ausländischen literarischen Thätigkeit
 Plechanow's, allmählig in ganz Rußland zu sozial-

demokratischen Anschauungen bekannten, galt es, den unter
 den russischen Verhältnissen ungemein schwierigen Schritt
 von der theoretischen Bekennung dieser Anschauungen zur
 praktischen Verührung mit der Arbeitermasse zu machen.
 Dieser schwierige, aber folgenreiche Schritt ist Ende 1895
 und im Laufe des Jahres 1896 in den meisten der bedeutun-
 gen Industriezentren Rußlands gethan worden. Während
 noch im Jahre 1895 ein großer Theil unserer Genossen sich
 darauf beschränkte, in kleinen Arbeiterzirkeln theoretische
 Propaganda für die sozialdemokratischen Anschauungen
 zu machen und die meisten der in jenem Jahre ausgebrochenen
 Streiks (so die großen Streiks auf der Jaroslauer
 Manufaktur, in Teikowo, in Jwanowo-Wosnesensk etc.) den
 Charakter eines elementaren, ungerichteten Ausbruchs der Un-
 zufriedenheit der Arbeiter zeigten, ist es unseren Genossen im
 Jahre 1896 überall, wo sie thätig waren, gelungen, Fühlung
 mit der Arbeitermasse zu gewinnen. Der erste Erfolg dieser
 Fühlung ist, daß sämtliche Streiks von Bedeutung, die im ver-
 flossenen Jahre in Rußland stattgefunden, den Charakter eines
 planmäßigen zielbewußten Kampfes gegen das Unternehmertum
 hatte. Nachdem es unseren Genossen gelungen ist, in den
 bisher bedeutendsten Streiks die Führung über die Arbeiter-
 masse zu erlangen, stellen sie sich, wie aus ihren letzten Auf-
 rufen an die Arbeiter ersichtlich ist, als nächste Aufgabe, die
 Arbeiter durch Gründung von geheimen Vereinen und Klassen
 zur erfolgreichen Durchführung der neuen ihnen bevorstehenden
 Kämpfe vorzubereiten. Das Eingreifen der Regierung zu
 gunsten der Unternehmer, und die zahlreichen aus Anlaß
 der Streiks vorgenommenen Verhaftungen lähmten die
 Energie unserer Genossen keineswegs, erleichterten ihnen
 im Gegentheil die Propaganda, indem sie die Unzufriedenheit
 der Arbeiter, die sich ursprünglich nur gegen die Unternehmer
 richtete, auch gegen die Polizei und die Regierung lenkten.
 Namentlich hat der Finanzminister Witte durch sein aus-
 Anlaß der zahlreichen Streiks der letzten zwei Jahre an die
 Fabrikinspektoren gerichteten Reskripte unseren Genossen Ge-
 legenheit gegeben, zahlreiche Arbeiterschichten über die Arbeiter-
 freundschaft der Regierung aufzuklären und auf diese Weise
 das Erwachen des politischen Bewußtseins in der Arbeiter-
 masse zu beschleunigen.

Zu dem verflossenen Jahre hat die russische Arbeiter-
 bewegung ein großes Stück Weg nach vorwärts zurück-
 gelegt. Im Interesse der gesammten Arbeiterchaft Europa's
 liegt es, daß den bisher erreichten Erfolgen möglichst bald
 viele neue folgen, denn nur durch diese Erfolge wird die
 Stunde näher gerückt, in welcher der russische Absolutismus,
 der gegenwärtig eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die
 nach Freiheit ringenden europäischen Völker bildet, zerstückert
 am Boden liegt.

Politische Uebersicht.

Berlin, 15. Januar 1897.

Aus dem Reichstage. Gleich bei Beginn der Ver-
 handlungen gab es heute einen recht interessanten Sachsenstreit.
 Der sächsische Bevollmächtigte zum Bundesrath, Dr. Fischer,
 hatte sich mittlerweile das Stenogramm der Schoenlaufschen
 Rede angesehen und machte er nun den Versuch, die Preise,
 welche gestern unser Genosse abgeschossen hatte, abzustumpfen.
 Gelungen ist das dem Herrn freilich in keiner Weise. Die
 sächsischen Polizeizustände schreien eben zum Himmel, und sie zu
 verteidigen würden selbst Engelszungen nicht zureichen, und
 Herr Dr. Fischer ist nichts weniger als ein Engel. Die Be-
 hauptungen des Herrn finden die Leser im Parlamentsbericht,
 ebenso aber auch die kräftigen Antworten unserer Genossen
 Schoenlauf und Stolle. Wir sagen, Behauptungen hat Herr
 Fischer zum besten gegeben, und so ist es auch, denn
 nicht eine einzige Thatsache, welche gestern Schoenlauf
 vorbrachte, vermochte der sächsische Bevollmächtigte zu
 widerlegen. Dagegen brachte er es fertig, zu bestreiten, daß
 die „Leipziger Zeitung“ das offizielle Organ der sächsischen
 Regierung sei, obwohl alle Welt weiß, daß der
 Etat dieses Blattes im sächsischen Staatshaushalt auf-
 geführt wird.

Uebrigens ist es für die Werthschätzung, deren sich das ge-
 nannte Blatt erfreut, recht charakteristisch, daß es von den
 Vertretern der Regierung bei jeder Gelegenheit verleugnet
 wird.

Nachdem der Sachsenstreit beendet war — von den
 bürgerlichen Vertretern aus Sachsen fand keiner den Muth,
 Herrn Dr. Fischer beizuspringen — wurde die Diskussion bei
 der Position Reichs-Gesundheitsamt weiter geführt. Der
 Abg. Weiß (Fürth) fragte an, wie weit man mit den ver-
 sprochlenen Vorsichtsmaßregeln gegen die Verbreitung der
 Milzbrand-Vergiftung bei der Pinselabrikation sei, worauf
 Genosse Grillenberger in eingehender Weise die Zu-
 stände für die Arbeiter in dieser Industrie dar-
 stellte und Abhilfe verlangte. Der Vertreter des Reichs-
 Gesundheitsamtes antwortete erst garnicht auf diese
 Anfragen und als er dann wiederholt angezapft
 wurde, da kam die bekannte Ausflucht: die Rücksicht auf die
 theilhabende Industrie mache ein rascheres Vorgehen unmöglich.
 Natürlich, die Arbeiter sind ja im Ueberfluß vorhanden, was schadet
 es also, wenn sie infolge der Verührung mit vergifteten Haaren
 oder Borsten zu Grunde gehen; diese aber kosten Geld und
 deren Desinfektion auch, deshalb unterbleibt sie auf Kosten der
 billig zu beschaffenden Arbeiter.

Vollmar geißelte diese Praxis in entschiedenster Weise und
 er verlangte weiter, daß man die Namen der bestraften
 Lebensmittelverfälscher veröffentlichen, dies helfe mehr, wie die
 meistens sehr gelinde ausfallenden Strafen.

Genosse Schulze-Königsberg regte noch an, daß bei außer-
 gewöhnlicher Hitze von Polizei wegen das Arbeiten in den
 Fabriken etc. während der Mittagsstunden unterlagt werde,
 wie solches im letzten Sommer im Hafen von Pillau that-
 sächlich geschah.

Zu Rücksicht auf die vorliegende Novelle zum Unfall-
 versicherungsgesetz wurde der Etat des Reichsversicherungsamts
 der Budgetkommission überwiesen und dann das Patent- und
 Kanalamt ohne wesentliche Debatte erledigt.
 Morgen ist Schmierstag.

Zum Verfahren gegen Herrn v. Tausch meldet die in
 polizeilichen Dingen stets hervorragend schnell und meist auch gut
 unterrichtete „Staatsbürger-Zeitung“:

Zu einer sehr langwierigen Vernehmung hatte sich gestern
 (Donnerstag) der Polizeipräsident v. Windheim bei dem Unter-
 suchungsrichter Herr in Moabit eingefunden. Die Vernehmung be-
 gann um 10 Uhr vormittags und hatte gegen 3 Uhr nachmittags
 noch nicht ihr Ende erreicht. Der Landrichter Herr führt die Unter-
 suchung in Sachen Tausch.

Murawiew, der neue russische Minister des Auswärtigen,
 soll kein Deutschenfeind, sondern im Gegentheil dem deutsch-
 nationalen Wesen sehr zugethan sein. Dieses Zeugnis wird von
 den „Hamburger Nachrichten“ angeführt. Nun, der Hinterp-
 mann der „Hamburger Nachrichten“ hat, so lange er etwas zu
 sagen hatte, stets russische Politik getrieben und ließ sie
 „deutsch-national“ nennen. „Deutsch-national“ im Bismarck-
 schen Sinne wird Murawiew schon sein.

Uebrigens ist dieser Murawiew nicht weit vom Stamm gefallen; er
 ist ein Enkel jenes berühmten Murawiew, der 1863 nach Unterdrückung
 des letzten polnischen Aufstandes Gouverneur von Polen und
 Litthauen wurde, und seinen Posten mit solch blutdürstiger Graus-
 amkeit verwaltete, daß sogar die russische Regierung der Entrüstung
 des gebildeten Europa die Vermuthung bereiten mußte, diese „Bestie
 in Menschengestalt“, wie er im englischen Parlament genannt ward,
 von seinem Posten abzurufen.

Der russische Gesandte in Washington hat, wie amerikanische
 Blätter mittheilen, an dem amerikanischen Schiedsgericht
 Vertrag mit England ein „eigenthümliches (strange) Interesse“
 genommen. Der Herr Gesandte wollte durchaus wissen, ob in dem
 Vertrag nicht eine geheime Klausel sich befände, durch welche
 die beiden Staaten sich zur Neutralität über gar zum Beistand
 verpflichteten, falls der eine der beiden Staaten mit einem anderen
 Staat oder mit anderen Staaten in Krieg kommt. Man sucht be-
 sonderlich niemand hinter dem Ofen, wenn man nicht selber schon
 dahinter gesteckt hat. Solche Geheimverträge sind eine Spezialität
 der russischen Diplomatie. Und Rußland, das sich auf einen
 Krieg mit England vorbereitet, erwartet von den Vereinigten Staaten
 für diesen Fall aktive Hilfeleistung — nicht militärischer
 Art, aber durch Verungung des Seerechts zu russischen
 Gunsten etc. Der erste Schritt Englands in einem Kriege mit Ruß-
 land würde die Blockirung sämtlicher russischen
 Häfen und die Wegnahme sämtlicher auf See
 befindlicher Schiffe Rußlands sein. Wenn aber die
 Vereinigten Staaten für diesen Fall Rußland den Schutz ihrer
 Flagge zur Verfügung stellten und erlaubten, daß russische
 Kapersschiffe in amerikanischen Häfen ausgerüstet werden, so
 wäre das für Rußland von außerordentlichem Vortheil. Unter
 diesen Umständen begreift sich das „eigenthümliche Interesse“ des
 russischen Gesandten.

Deutsches Reich.

— Die lex Heinze soll wieder aufsteigen. Die gesammte
 Centrumspartei hat einen Initiativantrag eingebracht, der sich im
 wesentlichen mit dem reaktionären Beschlusse der Regierung
 deckt, der als Schnellarbeit unserer obersten Justizbehörden durch
 den bekannten Prozeß Heinze veranlaßt wurde, aber über die
 Kommissionsberathung nicht hinausgediehen war. Aber auch einige
 neue Gesichtspunkte, und zwar solche, die erster Erwägung
 werth sind, enthält der Initiativantrag des Centrums. Sie lauten:
 § 182 a. Arbeitgeber oder Dienstherren und deren Vertreter,
 welche unter Mißbrauch des Arbeits- oder Dienstverhältnisses, ins-
 besondere durch Androhung oder Verhängung von Arbeits-
 entlassung, von Lohnverlängerung oder von anderen mit dem
 Arbeitsverhältnis zusammenhängenden Nachtheilen oder durch
 Zusage oder Gewährung von Arbeit, von Lohnverhöhung oder
 von anderen aus dem Arbeitsverhältnis sich ergebenden Vortheilen
 ihre Arbeiterinnen zur Euldung oder Verübung unzüchtiger Hand-
 lungen bestimmen, werden mit Gefängnis bestraft.

§ 182 b. Wer wissend, daß er an einer ansteckenden Geschlechts-
 krankheit leidet, den Beischlaf ausübt, wird mit Gefängnis bis zu
 einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu ein tausend Mark bestraft.
 Ist die Handlung von einem Ehegatten gegen den andern verübt,
 so tritt die Verfolgung nur auf Antrag ein.

— Zur privaten Frennpflege. In diesen Tagen soll
 an sämtliche Privat-Nerven-Heilanstalten und Privat-Frennpflege-
 eine strenge Verfügung vom Minister des Innern ergangen sein,
 wonach Nervenkranken, welche nicht durch sachverständiges Urtheil
 für gemeingefährlich erklärt sind, nicht wider ihren Willen auf-
 genommen werden dürfen. So ist auch, wie die „Berl. Ztg.“ mit-
 theilt, in den letzten Tagen ganz unerwartet Familien, welche An-
 gehörige in solchen Privat-Anstalten untergebracht haben, die Auf-
 forderung zugegangen, dieselben abzuholen.

— Die Verpolizeilichung der Universitäten
 fordert wieder einmal die im unerfährtesten Stumm'schen Geiste
 redigirte „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz“. Und
 warum? Weil Dr. Leo Krona als Privatdozent über Differential-
 gleichungen höherer Grade liest, nicht wider ihren Willen auf-
 genommen werden dürfen. So ist auch, wie die „Berl. Ztg.“ mit-
 theilt, in den letzten Tagen ganz unerwartet Familien, welche An-
 gehörige in solchen Privat-Anstalten untergebracht haben, die Auf-
 forderung zugegangen, dieselben abzuholen.

Konferenz des Bundesraths: v. Bötticher und zahlreiche Kommissarien.

Die Beratung des Reichshaltungs-Etats für 1897/98 wird fortgesetzt.

Der Präsident v. Unol ertheilt vor der weiteren Beratung des Etats zum Staatssekretär-Verhalt das Wort zur Beantwortung der Angriffe des Abg. Schoenlant dem

Sächsischen Geheimrath Fischer: Der Abgeordnete Schoenlant hat auf eine Bemerkung des Staatssekretärs, daß die Koalitionsfreiheit der Arbeiter im vollen Umfange aufrechterhalten werde, an einzelnen Beispielen nachzuweisen gesucht, daß dies in Sachen nicht der Fall sei, und daß dort das Vereinsrecht mit doppeltem Maße gemessen werde. Sein Material muß doch sehr gering gewesen sein, sonst hätte er nicht nach dem alten Lodenbüter auf die Auflösung des Gesangsvereins „Prohe Sänger“ zurückgegriffen, der entgegen seinem ursprünglichen Namen sich mit öffentlichen Angelegenheiten befaßt hat und mit anderen Vereinen in Verbindung getreten ist. Mit der von Herrn Schoenlant angeführten Statistik ist es eine eigene Sache. Was nützt und die Zahl der verbotenen Versammlungen und der Wortentziehungen, wenn wir nicht wissen, wieviel Versammlungen in Sachsen überhaupt stattgefunden haben. Auch erheben wir daraus nicht, ob diese Verbote gerechtfertigt gewesen sind oder nicht, und nur in dem letzteren Falle kann man sich beschweren. Ich kann auf Grund meiner Beschäftigung im Ministerium des Innern feststellen, daß noch in keinem Jahre die Zahl der sozialdemokratischen Beschwerden eine so geringe gewesen ist, wie im letzten Jahre. Das giebt zu denken; die Herren können sich auch nicht hinter den Vorwand verstecken, daß sie sich nicht beschweren haben, weil sie beim sächsischen Ministerium keine Hilfe gefunden haben, denn in den letzten Jahren ist diese oder jene Maßregel vom Ministerium des Innern rektifizirt worden. Daß das sächsische Vereinsgesetz sich nur gegen Sozialdemokraten wendet, ist vollständig unrichtig; es wird gegen jeden angewandt, der die Gesetze übertreft. (Zurück bei den Sozialdemokraten: Zweierlei Maß!) Der Abg. Schoenlant hat behauptet, daß der Polizeirath Müller gegen hohes Honorar Berichte über die Arbeiterbewegung der „Leipziger Zeitung“ und einen gefälschten Bericht über einen Vortrag geliefert habe, in dem in unqualifizierbarer Weise Teilnehmer der Bewegung belächelt wurden. Auf Grund eines Berichtes kann ich feststellen, daß ein solcher Bericht von dem Polizeirath nicht geliefert worden ist. (Widerspruch des Abg. Schoenlant.) So steht es in Ihrem unkorrigirten Stenogramm. Im übrigen hat sich der Vorkfall in der That so zugetragen, wie es in der „Leipziger Zig.“ dargestellt ist. Wie mir mitgetheilt wird, thut es dem Berichterstatter sehr leid, daß er sich in der ersten Dige über diesen Vorkfall hat hinweisen lassen, solche Verleumdungen gegen die Teilnehmer auszusprechen. Wozu der Herr? Der verantwortliche Leiter der Zeitung ist mit einer entsprechenden Geldstrafe — den Sozialdemokraten scheint sie allerdings nicht entsprechend — belegt worden. Jedenfalls muß ich mich dagegen verwahren, wenn man hier von einer sächsischen Polizei-Miswirthschaft gesprochen hat. Daß die Sozialdemokraten gegen die Belästigungen die Hilfe der Gerichte in Anspruch nehmen, verdenke ich ihnen nicht. Sie mügen aber vor ihrer eigenen Thüre lehren. Es ist vorgekommen, daß man den Vorsitzenden des Schöffengerichts persönlich beleidigt und in der Staub gezogen hat. Man hat ungerechtfertigterweise die Familienverhältnisse des Staatsministers v. Meisch in einer Weise in der sozialdemokratischen Presse erörtert, die geeignet ist, ihn in der öffentlichen Achtung herabzusetzen, ein Verbrechen, der selbstverständlich ganz erfolglos geblieben ist. Herr Schoenlant sollte als Journalist wissen, daß die „Leipziger Zeitung“ kein Regierungsorgan und ein Unterschied zwischen einem offiziellen und einem offiziellen Organ vorhanden ist. Seinem Fraktionsgenossen Weyer ist von der sächsischen Regierung Klipp und klar gesagt worden, die „Leipziger Zeitung“ sei durchaus kein Regierungsorgan. Die Regierung enthält sich jeder Beeinflussung dieser Zeitung. Wenn sich ein sächsischer Staatsangehöriger über ihre Haltung beschweren will, so mag er das allenfalls im sächsischen Landtage thun; es gehört nicht vor dem Reichstag. Wenn der Abg. Schoenlant angeführt hat, daß bei einem Streit jemand wegen verächtlicher Erpressung verurtheilt worden sei, so kann ich ohne Kenntniß der Akten nicht beurtheilen, ob diese Verurtheilung gerechtfertigt war oder nicht. Jedenfalls erkläre ich auf das Bestimmteste, daß der sächsische Richterstand ebenso intakt und unbeeinträchtigt von oben ist, wie der Richterstand in jedem anderen deutschen Staate. Die Sozialdemokraten machen es so wie der Kranke mit dem Arzte; ist der Kranke nicht zu retten, so wird die Schuld auf den Doktor geschoben, wird der Kranke gesund, so hat der liebe Gott geholfen. Wenn der Richter eine Verwaltungsmaßregel als dem Gesetze widersprechend aufhebt, dann spricht man nicht von der Selbstständigkeit des Gerichts, sondern verhöhnt die Verwaltung, wird aber ein Verwaltungsakt befähigt, so ist es Kabinettsjustiz und Beeinflussung von oben. Nur noch eine kurze Erklärung. Wir sächsischen Vertreter im Bundesrath werden — ich hätte beinahe gesagt, gern — bereit sein, auf sächsische Beschwerden gegen sächsische Behörden dann zu antworten, wenn diese Beschwerden zur Kompetenz des Reichstages gehören. Auf persönliche Angriffe dagegen, die mir meine Stellung verdienen sollen, zu antworten, werde ich von jetzt ab unter meiner Würde halten.

Abg. Schoenlant (Sog.): Ich könnte so viel Material beibringen, daß ich Stundenlang die Geduld des Hauses in Anspruch nehmen müßte. Die angeführte Statistik war eine Stichprobe, vielleicht können wir aber im nächsten Jahre umfangreicher gedrucktes Material vorlegen. Die „Leipziger Zeitung“ und das „Dresdener Journal“ sind amtliche, auf dem Etat stehende Blätter, und wenn dort solche Presbhandeln ihr Unwesen treiben, so ist die Regierung dafür verantwortlich. Den Polizeirath Müller habe ich nicht als Verfasser bezeichnet; ich kenne den Verfasser, und wenn dort solche Presbhandeln ihr Unwesen treiben, so ist die Regierung dafür verantwortlich. Den Polizeirath Müller habe ich nicht als Verfasser bezeichnet; ich kenne den Verfasser, und wenn dort solche Presbhandeln ihr Unwesen treiben, so ist die Regierung dafür verantwortlich. Den Polizeirath Müller habe ich nicht als Verfasser bezeichnet; ich kenne den Verfasser, und wenn dort solche Presbhandeln ihr Unwesen treiben, so ist die Regierung dafür verantwortlich.

Abg. Stolle (Sog.): Wenn die sächsischen Arbeiter die Rede des Bevollmächtigten für Sachsen lesen werden, dann werden sie aufstehen: „Guten Morgen, Herr Fischer, aber Ihre Sache stimmt nicht!“ Er hat einen ganzen Tag dazu gebraucht, um widerlegen zu können, was meine Parteifreunde Schoenlant und Weyer über die Handhabung der Vereinsgesetze seitens der sächsischen Behörden vorgebracht haben. Er sagt, es gäbe in Sachsen nicht zweierlei Maß. Ich wundere mich, wie jemand nach so vielen Beweisen noch die Stirne haben kann, das zu leugnen. Dem Herrn Bevollmächtigten wird doch bekannt sein, daß ich gegen den Minister des Innern von Meisch mehrfach Beschwerde geführt habe, daß man andere Vereine in Verbindung treten läßt und gegenüber den Sozialdemokraten die strengsten Polizeimaßnahmen anwendet. Es ist amtlich konstatiert, daß Vereine in Verbindung treten sind und Versammlungen abgehalten haben, ohne daß sie meines Wissens eine Bestrafung erfahren haben. In Würzen z. B. waren zur Betreibung der Stadtverordnetenwahl mehrere verachtete Vereine aus bürgerlichen Kreisen zusammengetreten, haben Versammlungen abgehalten und unter einander

Italien.

Rom, 12. Januar. (Sig. Ver.) In der Stellung des Ministeriums Rudini zu den parlamentarischen Parteien scheint infolgedessen ein Umschwung eingetreten zu sein, als neuerdings diejenigen Strömungen, welche auf eine Auflösung des Parlaments hinarbeiten, beim Ministerium die Oberhand erhalten haben. Die Christlichen Blätter greifen den vernünftigen Entschluß des Ministeriums, die Kammer aufzulösen, mit dem Hinweis an, daß das Ministerium eine so willfährige Kammer wie die jetzige kaum wiederfinden werde; sie unterlassen nur, hinzuzufügen, daß auf diese Willfährigkeit nicht einmal von einem Tage zum anderen gezählt werden kann, daß vielmehr die auf Christli's Namen gewählte Kammer nur den Augenblick beginnender Schwierigkeiten, der nicht ausbleiben wird, erwartet, um das Ministerium Rudini zu lären. Wenn Rudini Neuwahlen ausspricht, so wird er nicht nur sich, sondern auch dem Lande, welches von der Herrschaft der Christli'schen Camorra befreit werden würde, einen Dienst leisten. Die Kammerauflösung hätte verhältnißmäßig schon unmittelbar nach dem Sturz Christli's, an dessen Politik die Kammer die Mißthat trug, also im März vorigen Jahres vollzogen werden müssen. Leider hat Rudini sich bereit finden lassen, denen Gehör zu geben, welche die Befürchtung ausdrücken, daß etwaige Neuwahlen nur der sozialistischen Partei nützen würden. Daher sein bisheriges Zögern und daher die Verfolgungen, die er unmittelbar vor der vernünftigen Kammerauflösung über die sozialistischen Vereine verhängt hat. Der Umstand, daß die sozialistischen Vereine ihre Parteigenossen bestimmten, sich rechtzeitig in die Wählerlisten einzutragen zu lassen, scheint den Anlaß zur Schließung von sozialistischen Vereinen gegeben zu haben. Jüngst wurde die Schließung solcher Vereine in Genua und dem angrenzenden Küstengebiet verfügt; in den letzten Tagen wurden die Arbeiterkammer in Rom und alle sozialistischen Vereine in der Stadt und Provinz Rom aufgelöst; in den anderen Provinzen des Landes wird die gleiche Maßregel erwartet. Den juristischen Vorwand zu diesen Maßnahmen hat der Gesetzesparagraph, welcher die Aufhebung von Massenversammlungen verbietet, abgeben müssen. Betroffen sind aber auch Vereinigungen, welche, wie z. B. die Arbeiterkammer in Rom, gar nicht unter sozialistischer Leitung standen. Das ganze Vorgehen soll offenbar den Anhängern des Ministeriums auf der rechten die Würdlosigkeit geben, daß das Ministerium, indem es zu der von Giolitti, Zanardelli und der äußersten Linken gewünschten Kammer-Auflösung schreitet, doch keineswegs gewillt sei, den radikalen Elementen weitere Zugeständnisse zu machen. Nach den Neuwahlen wird man vielleicht die gegen die sozialistischen Vereine verhängten Maßregeln wieder zurücknehmen. Aber auch diese Aussicht kann nicht dazu dienen, das gewaltthätige und unverständige Vorgehen des Ministeriums zu entschuldigen.

Rom, 14. Januar. Rudini scheint mit der Absicht umzugehen, das Wahlrecht zu verschlechtern. Die „Opinione“ meldet, daß die Regierung eine „Reform“ des Wahlrechts plane, und der „Popolo Romano“ hofft, Rudini werde das Wahlrecht derart gestalten, daß künftig jede Aktion der Sozialisten in den Städten und der Merkmalen auf dem Lande erfolglos bleiben werde.

Spanien.

Madrid, 14. Januar. Die Zeitungen erklären die Behauptung, Spanien habe mit den Vereinigten Staaten in Verhandlungen gestanden, für unbegründet. Der Ministerpräsident bestreitet, daß von einer Anordnung von Reformen für Cuba die Rede sei. — Genau das, was wir gestern vorausgesagt haben.

Die Folterung der auf der Festung Montjoux gefangenen gehaltenen Anarchisten wird durch weiteres, vom „Sozialist“ beigebrachtes Beweismaterial belegt. Am 24. September vorigen Jahres schreibt ein Gefangenwärter an das „El Pais“, in der letzten Nacht seien die Leichen des Verhafteten Pajals und Arriaga ins Meer geworfen worden. Beide waren während der Martern geblieben. Am 3. Oktober endeten neun von den Angeklagten auf die gleiche Weise. Der Franzose Joseph Thionlouge, der sich unter den Gefangenen befindet, erzählt in einem Briefe, er sei, weil er beim Verbrechen einen französischen Dolmetscher verlangt, bis auf die Haut ausgezogen, gebunden und geknebelt und mit einer starken Karbatsche geschlagen worden, bis er sagte, er verstände Spanisch. Der zum Tode verurtheilte Antonio Nogues schreibt seinen Kameraden, er sei unmittelbar nach seiner Verhaftung acht Tage hintereinander ohne Speise und Trank gelassen worden, man habe ihn mit der Peitsche fortwährend in Marschtempo erhalten, ihn gallopiern lassen und als er vor Ermattung und Hunger niederfiel, ihn mit glühenden Eisen gebrannt. Einmal habe man ihn vierundzwanzig Stunden geknebelt gelassen, ein andermal habe man ihn mit dem Gesicht gegen die Mauer gedrückt, und zwei Hakenknöpfe zugleich hätten ihn gepeinigt. Ein Brief, den ein Gefangenwärter an den Pariser „Pantassigant“ richtete, schließt mit den Worten: „Hier sind die Namen der Beamteten, welche die Martern unter dem Befehl des Lieutenant Narcisso Portas ausführten: José Mayans, bestimmt, die Mordtasen (Mundnetze) und die Instrumente anzulegen, die den Kopf zusammenzupressen, die Hoden herauszuziehen, das Fleisch an Hals und Schläfen bearbeiten. Er ordnete auch die Peitschenhiebe an, die andere Wärter ausführen mußten, um die Gefangenen in fortwährendem Trab zu erhalten, ohne ihnen Schlaf, Essen oder Trinken zu erlauben; Manuel Carreras, welcher glühende Eisen in das Fleisch treiben mußte; Narciso Estorqui, bestimmt, die Geschlechtsorgane mit Schiffsäden und Guitarrerfaseln zu verhämmeln. Zur Ablösung dieser Peiniger dienten: Felix Carran, Rafael Mayans, Cirilo Ruiz, Leon Lopez und der Unteroffizier Botas.“

Russland.

Der Zar ist reisefähig, er will im Mal dieses Jahres Konstantinopel, Athen, Rom, Paris und London besuchen.

Petersburg, 15. Januar. Die russisch-chinesische Bank eröffnet eine Filiale in Tientsin (China). Das Finanzministerium hat eine neue Baarenklassifikation für das Jahr 1897 bestimmte Getreide ausgearbeitet.

Petersburg, 15. Januar. Wie in hiesigen maßgebenden Kreisen verlautet, gilt die Salutarregulirung als definitiv gesichert und steht die Publikation eines Ulas bevor, welcher die sofortige Prägung neuer Goldmünzen von 15 bzw. 7 1/2 Rubeln anordnet.

Der Rektor der Warschauer Universität, Nordowitsch, Professor der Psychiatrie, wurde seines Amtes entsetzt nach Entdeckung eines Falschbetrages von 400 000 Rubeln in der Kasse des Universitätsfonds.

Türkei.

Konstantinopel, 15. Januar. Wie verlautet, stehe die Ernennung von vier Ministern (Rathgeber) und zwar zweier Deutschen, eines Schweizer und eines Belgiers für das Finanzministerium und die Gendarmerie bevor. — Die Porte unterhandelt mit der Ottomankbank wegen eines Vorschusses von 300 000 Pfund. — Wie denn? Das Budget ist ja nach einer Mittheilung des Ministeriums im Gleichgewicht!

Griechenland.

Athen, 14. Januar. In der Nacht vom 13. auf den 14. Januar sand man in griechischer Sprache abgefaßte Kopien der Jungtürken angeschlagen, in denen die Unterthänigkeit der Griechen angerufen wurde.

Affien.

Bom Aufstand auf den Philippinen. Nach amtlichen spanischen Depeschen wurden die Insurgenten in der Provinz Sulakan geschlagen und verloren 107 Mann. Zweitausend haben sich den Spaniern unterworfen. Der oberste Insurgentenführer, Cusobio Roque, wurde gefangen genommen.

Mademifer“ unter den Augen der Universitätsbehörden“ erscheint u. s. w. n. s. w. Und aus diesen Anlässen schreibt Stamm's Wunderer und Nachtreter von Universität-Sozialrevolution. Eine Perle aus seinem Artikel soll noch wörtlich zitiert werden: „Wahre Wissenschaft und sozialistische Lehren sind unverträglich Gegenstände.“

Hat der Schreiber dieser Worte nie etwas von den Philosophen Fichte und von seinem Werke Der geschlossene Handelsstaat, von Ferdinand Lassalle und dessen Philosophie Herakleitos des Dunkeln und von seinem System der erworbenen Rechte, von Friedrich Albert Lange und seiner Geschichte des Materialismus von Marlo, Hob besitz, Marx und Engels gehört?

Es kann schon sein, daß der großsprunzige Nichtwissler und sein Nachtreter in den „Hamburger Nachrichten“ auch von den Leistungen dieser Männer nichts anderes weiß, als das öde Geschwätz, daß er über diese Herren deutscher Wissenschaft, hier und da seinen Gesinnungsgenossen aufbläst.

Der „Deutschen Tages-Zeitung“ ist nunmehr die Anklage wegen öffentlicher Verleumdung durch die Presse zugegangen. Es handelt sich um die Antwort auf einen Artikel der „Bank- und Handels-Zeitung“, die von der Ursache zu reden wußte, weshalb der Zar nicht Bismarck besuchte. Die „Deutsche Tages-Zeitung“ meint, sie werde zwar die Abweisung der Klage beantragen müssen, da die Voraussetzungen der Klageschrift unzutreffend seien, halte es aber trotzdem für wünschenswerth, daß vom Gerichte dem Klage-Antrage des Ober-Staatsanwalts Drescher zur Verhandlung stattgegeben werde.

Der Mohr hat angeklagt. Der Margarinefabrikant Mohr hat nicht bloß sein Landtagsmandat sondern auch sein Amt als Stadtverordneter von Altona und alle ihm in letzter Zeit zu theil gewordenen Ehrenämter niedergelegt. In einem Zirkular theilt er fernar mit, daß er alle von ihm angestregten, noch schwebenden Klagen zurückziehe. — Es scheint also doch eine öffentliche Meinung zu geben.

Zeugnishzwangs-Verfahren. Der Redakteur Walter von der „Königsberg-Hartung'schen Zeitung“ hat die wegen Zeugnishverweigerung gegen ihn verhängte Haft angetreten. Er hat jedoch Beschwerde eingelegt. — Nach fünfständiger Dauer ist aber, wie der „Freis. Zig.“ telegraphisch gemeldet wird, die Zwangshaft aufgehoben worden, nachdem der Gewächsmann, der den Kommandanturbefehl der Zeitung überbrachte, sich selbst freiwillig dem Richter gestellt hatte.

Auch gegen die „Königsberg Zeitung“ soll nach dem Rhein. Cour.“ ein Ermittlungsverfahren auf Veranlassung des Kriegsministeriums schweben, welches unglücklicherweise zum Zeugnishzwang gegen den Redakteur Veranlassung giebt. Es handelt sich um die vorzeitige Veröffentlichung der Kabinettsordre über das Deslaffen und die Ehrengerichte.

Ist es möglich? Gegen das Danziger Westpreussische Volksblatt war wegen einer Notiz Strafantrag gestellt worden. Der Redakteur Meyberg nannte den Bericht den Verfasser. In der Verhandlung erklärte nun der Staatsanwalt Dettling: Herr Meyberg hat unglücklich gehandelt. Die Fälle, in denen das Redaktionsgeheimniß gebrochen worden ist, sind Gott sei Dank auf deutschen Redaktionen selten, um so mehr muß ich es tabeln, daß Meyberg sich nicht gehütet hat, den Verfasser des Artikels zu nennen und dadurch den Vikar Rankowsky auf die Anklagebank zu bringen. — In Frankfurt a. M. und in Königsberg a. Pr. sitzen heute zwei Männer hinter Schloß und Riegel, weil sie sich nicht entschließen konnten, das Redaktionsgeheimniß zu brechen. Stimmt, Recht muß Recht bleiben.

Schreiben hilft. Wie das „Laubauer Tageblatt“ mittheilt, ist der Laubauer Flachsbau-Genossenschaft zur Errichtung einer Mühlenanstalt von den preussischen Ministern für Landwirtschaft und für Handel ein Kapital von 60 000 M. zugesichert worden. Dadurch wird der größte Theil der Anlagekosten gedeckt. Leider ist der Genossenschaft auch schon mancher Vermuthungstropfen in den Wecker gefallen. Die kleinen Landwirthe der Gegend ziehen es trotz der 60 000 M. vor, statt Wein lieber Kartoffel und Rüben zu bauen.

Leipzig, 15. Januar. Die Vernunft, welche der Redakteur des „Antisem. Gen.-Anz.“ Schlagsel in Berlin gegen das wider ihn wegen Gotteslästerung gefällte Urtheil eingelegt hatte, stand heute zur Verhandlung vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts. Der Termin wurde verstat, weil der Angeklagte den Präsidenten des Senats, Dr. Löwenstein, ablehnte, da derselbe Jude sei.

Karlruhe, 15. Januar. Die Kammer hat den Gesetzentwurf betreffend die Konversion der 4 prozentigen Badischen Staatsanleihe in 3 1/2 prozentige in der Regierungsfassung einstimmig angenommen.

Frankreich.

Zu Lille hat sich ein gewisser Jean Dhemna im Alter von 77 Jahren erschossen, der, bei einem Attentat gegen Napoleon III. theilhaftig, zu 15 Jahren Zuchthaus verurtheilt und dann begnadigt worden war. Daß in Liebe stehende Attentat wurde im Jahre 1855 in der Nähe von Perenchies bei Lille noch rechtzeitig vereitelt. Die Attentäter hatten auf die Eisenbahn von Lille nach Calais, die der kaiserliche Zug betrat, eine Bombe gelegt, die von den Bahnwärtern entdeckt wurde.

Paris, 15. Januar. Das „Echo de Paris“ bringt die Meldung, daß sämtliche Oberoffiziere des Marine-Generalkorps im Hafen Toulon infolge eines Berichtes des Kontre-Admirals Chateaumeinois über die wiederholt mißglückten Versuche mit den im Toulon Arsenal gebauten Kriegsschiffen veretzt worden seien.

England.

London, 12. Januar. (Sig. Ver.) Der Staatssekretär für Indien hat sich endlich entschlossen, zur Veranstaltung von Sammlungen für die von der Hungersnot betroffenen In die r seine Zustimmung zu geben. Radikale Blätter haben schon seit Wochen dazu aufgefordert, mit Sammlungen vorzugehen, bisher aber war die indische Verwaltung nicht dazu zu bewegen gewesen. Ihre Motive sind nicht gerade tabelndwerth. Es ist an sich schon ein Skandal, daß solche Sammlungen nothwendig sein sollen. Nothstände von riesenhafter Ausdehnung sind in Indien ein Vorkommniß, auf das man innerhalb gewisser Perioden fast mit Bestimmtheit rechnen kann, auf das also eine gute Verwaltung vorbereitet sein muß. Es ist auch Ende der siebziger Jahre ein staatlicher Rothfonds gegründet worden, für den jährlich anderthalb Millionen Pfund (80 Millionen Mark) aus den Staatsentnahmen zurückgelegt werden. Aber in den letzten zehn Jahren sind von den zu reservirten 15 Millionen Pfund (800 Millionen Mark) beinahe zwei Drittel zu Zwecken verwendet worden, die mit der Bestimmung des Fonds wenig oder gar nichts zu thun haben, darunter mehrere Millionen für die Beamten der angloindischen Verwaltung als Entschädigung für die Gehaltsverluste, die ihnen der Preisfall des Silbers verursacht. Unter solchen Umständen mit dem Klingenbeutel herumzugehen, ist doppelt beschämend, und so wartete die Verwaltung, bis der Nothstand solchen Ausmaß angenommen, daß alle verfügbaren Staatmittel versagten. Sie entschuldigt ihre Finanzpolitik damit, daß eine vertheilte Anweisung der öffentlichen Mittelthätigkeit ihren Erfolg verfehlt haben würde. So wird also jetzt der Klingenbeutel mit Noth geschwungen, um für gegen zwei Millionen am Verhungern befindlicher Menschen nur so viel aufzutreiben, daß sie bis zum Frühjahr nicht in Hunderttausenden dahinstirben. Schon jetzt beläuft sich die Zahl der positiv Verhungerten auf Zehntausende, ganz abgesehen von den Dutzenden der in Bombay ausgebrochenen Pest. Trotz allen in den letzten Jahrzehnten vorgenommenen Reformen, Kanalisations- u. c. Werken bleibt Indien der schwarze Fleck im Wappen Englands, der größte Schuldposten im Sündenregister des britischen Reiches.

Korrespondent. Nachher ist zwar eine Bestrafung eingetreten, aber erst, nachdem sich die Sozialdemokraten ins Mittel gesetzt hatten. Der Herr Staatsminister von Meisch sagte es ganz frei und offen in der Kammer — der Ausspruch ist auch dem Herrn Bevollmächtigten vom Bundesrath bekannt — es sollte ja eigentlich für jedermann im Staate gleiches Recht gelten, aber wenn die Polizeibehörden gegenüber den Sozialdemokraten etwas anders verfahren als gegen andere Parteien, so liegt das in der Intention der Regierung, daß man den Polizeibehörden in dieser Weise eine gewisse latitude zugehen muß. Kann da noch von einem gleichen Recht die Rede sein? Die Berichte der zweiten Kammer habe ich hier, es ist also der Ausspruch des Ministers nicht wegzuleugnen. Es giebt im ganzen Deutschen Reich kein zweites Land, wo der oberste Beamte des Staates offen und frei erklärt, daß es in den Intentionen der Regierung liegt, daß man gegenüber den Sozialdemokraten anders verfährt, als gegen andere Staatsbürger. Der Herr Bevollmächtigte meint, es sei nur ein Fall vorgekommen, wo man einen Verein aufgelöst hat. Ich selbst habe die Beschwerde geführt und die Darstellung des Geh. Rath Fischer entspricht der Wahrheit nicht. Der Gefangenenverein "Freie Sänger" ist mit anderen politischen Vereinen nicht in Verbindung getreten. Er hatte sich zum vollständigen Sängerverein angewendet, einem harmlosen Fest, wie die anderen auch. Darauf richtete die Polizei beim Kassirer und fand in seiner Behausung einen Almanach zum "Wahren Jakob". Die Polizei hält es für staatsgefährlich, wenn ein Gefangenenverein hier und da so einen kleinen Almanach im Kasten hat, und man daraus ersehen kann, daß Cassiope im März geboren ist. Die Polizei hält es gar für staatsgefährlich, wenn der Almanach auch Bauernregeln bringt. Andererseits treten in Sachsen landwirtschaftliche Vereine mit einander in Verbindung, treiben Politik und machen in den Versammlungen des Bundes der Landwirthe gegen die Reichsregierung Opposition. Man kann fast annehmen, es bestände eine bestimmte Abneigung der Männer in Sachsen, die an der Regierung sind, gegen die im Reich, da man den landwirtschaftlichen Vereinen in Sachsen eine ganz besondere Freiheit läßt. So hat z. B. der Bund der Landwirthe eine Versammlung in einem Lokale abgehalten, in dem sich mehrere Ausgänge befinden, während doch sonst, nach dem Baupolizei-Regulativ bei uns, Versammlungen nur in Lokalen mit mehreren Ausgängen stattfinden dürfen. Den Arbeitern verweigert man ja, solche Lokale zu benutzen, dem Bunde der Landwirthe, der Agitation gegen die Reichsregierung treibt, gestattet man es. Ist das mit gleichem Maße gemessen? Nun ein anderes Blatt. Der Bundesraths-Bevollmächtigte fragt: Wo ist in Sachsen das Koalitionsrecht der Arbeiter beeinträchtigt worden? Ich weiß nicht, was er darunter versteht; aber jedenfalls ist die Verbindung mit den zentralen Gewerkschaften nicht mehr möglich. Wie werden die Arbeiter behandelt? Aus dem Bericht der Gewerbe-Inspektoren für 1895 mag Herr Dr. Fischer einmal den Bericht des Inspektors für Chemnitz lesen. Hier wird gesagt, die Arbeiterausschüsse hätten nicht viel gestiftet, sie hätten wohl mal einen Auszug besprochen. Was sagt der Inspektor weiter? Aus Jurisdiktion vor den Arbeitgebern getrauten sie sich nicht, anderer Sachen sich anzunehmen. Wenn so seitens der Arbeitgeber auf die Arbeiterausschüsse eingewirkt werden kann, daß sie sich nicht getrauen, den Arbeitern Mithing zu besprechen, dann ist es gewiß schlimm, dann hat in Sachsen die Macht des Kapitals einen zu großen Einfluß auf die Arbeiterverhältnisse. Der Inspektor für den Chemnitzer Bezirk sagt nun freilich, daß in diesen Fabriken die Arbeitgeber nur Söhne von Arbeitern gewesen seien; er schreibt hier unbedeutlich: „In beiden Fällen waren die Arbeitgeber Söhne von Arbeitern, die zu Fabrikbesitzern emporgeklommen sind.“ Es ist allerdings eine wenig erfreuliche Thatsache, daß auch Arbeitgeber dieser Art sehr oft Mangel an Mithing und Gegenkommen gegenüber ihren Leuten bezeugen, wenn hier ein königlicher sächsischer Beamter seinen Unwillen darüber aussprechen muß, und wenn ein Beamter des Ministeriums es offen anspricht, so ist dies noch mehr in die Waagschale zu werfen, denn wie würde sich ein Beamter, der dem Ministerium des Innern unterstellt ist, fürchten, etwas Unrecht zu äußern, was er nicht auf den Buchstaben genau beweisen könnte. Man sagt er freilich: Diese Arbeitgeber sind nur Emporkömmlinge. Nun, in Sachsen, wo die Industrie thatsächlich hervorragend ist, sind die Vorurtheile keine seltene Erscheinung. Ich glaube aber, auch in anderen Kreisen wird zu bezeugen sein, daß auch bei Hochadeligen nicht ein richtiges Mithing für den Arbeiterstand vorhanden ist. Wenn wir einmal ein scharfes Wort sprechen, so geschieht das nicht pro domo, sondern im Interesse unserer Mitmenschen; denn wenn wir nicht reden, so müßten, um ein christliches Wort anzuwenden, die Steine reden. Es ist eine heilige Pflicht der Volkvertretung, solche Dinge im Reichstage und auch im Landtage vorzubringen, und wenn der Bevollmächtigte im Bundesrath erklärt hat, er werde in Zukunft nicht mehr darauf antworten, so sage ich: Wenn auch die Reaktionen in Sachsen es dahin gebracht haben, die sozialdemokratischen Vertreter aus dem Landtag herauszubringen, so werden Sie derartige hier noch öfters im Reichstag erleben. Das wird der Boden sein, auf dem wir auszukämpfen haben, was dort gegen unsere Leute geschieht. Was die „Leipziger Zeitung“ anlangt, so ist niemals widersprochen worden, daß sie Regierungsorgan sei. Der Herr Minister hat ja selbst erklärt, er könne ohne offizielles Regierungsorgan nicht bestehen. Ich bin ganz unparteiisch und gesiehe gerne — was von unserer Seite schon wiederholt geschehen — daß die „L. Z.“ in ihrem wissenschaftlichen Theil sehr gut ist. Aber auf der anderen Seite können wir es nicht hingehen lassen, daß sie eine unredliche Kampfesweise führt, die sich auch einem Regierungsorgan nicht ziemt. Man kann doch verlangen, daß in einem Regierungsorgan auch gegenüber einem Gegner ein anständiger Ton angeschlagen wird. So könnte man, wenn man das Kapitel Handhabung des Vereinsgesetzes im Königreich Sachsen“ anschlägt, tagelang sprechen, und das Thema würde nicht erschöpft werden. Ich will jetzt nur anführen, daß seitens des Herrn Ministers im Königreich Sachsen nicht bestritten wurde, daß man gegen die Sozialdemokratie die Gesetze anders handhabt als gegen andere Parteien. Man sagt einfach: Die Sozialdemokraten haben sich gegen unsere Gesellschaftsordnung erklärt, deshalb haben wir gegen diese Leute keine Rücksicht zu nehmen. Deshalb wird den Polizeibehörden die gewisse latitude gestattet, damit sie die Gesetze anders anlegen können als gegen andere Parteien, wenn auch die Verfassung im Königreich Sachsen gleiches Recht für alle Bürger vorschreibt. Ich wiederhole: Wir in Sachsen haben nicht dasselbe Recht wie andere Bürger. Wir stehen außerhalb des Rechtes in Sachsen, und so suchen wir Schutz beim Reichstag und beim Reich. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Sächsischer Geheimrath Fischer: Ich erkläre es für eine direkte Unwahrheit, daß der sächsische Ministerpräsident erklärt habe, daß die Gesetze der Sozialdemokratie gegenüber anders ausgelegt werden als gegenüber den anderen Parteien.
Herr Stolle: Ich erkläre es für eine Unwahrheit, daß Herr von Meisch in der Kammer nicht erklärt haben soll, daß die Gesetze der Sozialdemokratie gegenüber anders gehandhabt oder ausgelegt werden sollen als gegenüber anderen Parteien.
Damit schließt die Diskussion.
Herr Reichs-Verfassungsausschuss fragt
Herr Weich (fr. Sp.): wann endlich bezüglich der Kohnhaarspinnerei eine Verordnung zum Schutz der Arbeiter erlassen werden soll; in der letzten Zeit sind 29 Erkrankungen an Miltbrand in diesen Betrieben vorgekommen, von denen nicht weniger als 11 tödtlich verlaufen sind. Man sollte einen Desinfektionszwang für Thierhaare einführen. In Nürnberg und in Baden besteht dieser Zwang schon, aber dieser lokale Zwang ist nicht genügend.
Direktor des Reichs-Gesundheitsamts Köhler: Die bisher vorgeschlagenen Desinfektions-Verfahren sind von den Fabrikanten zum Theil als für die Waaren schädlich bezeichnet. Es werden deshalb andere Verfahren geprüft werden. Es besteht die ernste Absicht, die Sache zum Abschluß zu bringen, aber es muß nach einem sicher erreichbaren Ziel gestrebt werden, damit nicht das Desinfektions-Verfahren Hürten für die Betriebe mit sich bringt.
Herr Grillenberger (Soz.) bedauert, daß man keine vollständigeren Antworten geben könne. Bei den zahlreichen Erkrankungen in den Pinselfabriken hätte man schon vor Jahr und Tag An-

ordnungen erlassen sollen, da die Beschwerden der Arbeiter schon jahrelang zurückliegen. Schon 1894 hat der Nürnberger Magistrat den Desinfektionszwang für Thierhaare angeordnet. Trotzdem ist die Zahl der Todesfälle nicht zurückgegangen, und erst neuerlich sind wieder deren drei vorgekommen durch Kohnhaare und durch Schweineborsten. Durch die Zögerung der Regierungen und bei ihrer Jurisdiktion vor der Schädigung der Unternehmer werden die letzteren zu einem schnelleren Vorgehen wohl nicht veranlaßt werden. Die Unternehmer klagen über die Schädigungen, welche ihnen die Desinfektion durch Dampf mit sich bringt, während Sachverständige eine solche Schädigung durchaus bestritten.
Auf Grund des § 120a der Gewerbe-Ordnung könnte schon jetzt mit Verordnungen vorgegangen werden in bezug auf die Kleidung und Reinlichkeit der Arbeiter in den Thierhaarbearbeitungs-Anstalten. Aber es müßte ein Zwang ausgeübt werden, denn die Arbeiter haben jetzt keine Zeit zu solchen Dingen, weil sie sich zusammennähmen müssen, um einen menschenwürdigen Lohn zu erzielen. An Wasch- und Badegelegenheit fehlt es aber in den Fabriken. Die Polizeibeamten begnügen sich bei der Kontrolle schon damit, daß sie nachsehen, ob die Karbolesäure gefüllt ist; ob sie mit Karbol gefüllt ist, wird nicht einmal untersucht. Die Unternehmer haben von der Polizei sogar verlangt, daß ihnen die Namen der benutzenden Arbeiter genannt werden sollten. Unnützlich wieder eine Versammlung der Pinselfabrikanten stattgefunden hatte, kam auch ein Vertreter des Reichs-Gesundheitsamts nach Nürnberg. Aber die Sache war 4 Wochen vorher bekannt geworden und es wurde überall geschweigt und gesagt, damit er alles rein fände. (Hört, hört!) Mit den Arbeitern er nicht verhandelt, sondern nur mit den Unternehmern. (Hört, hört!) Um mögliche Sicherheit zu schaffen, sollte man das Rohmaterial schon vor dem Transport desinfizieren.
Herr Köhler (Soz.) richtet die Aufmerksamkeit des Hauses und der Regierungen auf eine durchgreifende, allgemein durchgeführte Nahrungsmittelkontrolle. Nur die Fleischkontrolle ist in den größeren Städten mit Schlachthöfen durchgeführt, die Trichinenschau sogar zum Theil auf dem Lande. Aber eine Kontrolle des Verzehrs mit den übrigen Nahrungsmitteln besteht nur in wenigen Staaten. Ich möchte die Sache auch hier anregen.
Direktor des Reichs-Gesundheitsamts Köhler: Die verbündeten Regierungen theilen den Wunsch des Vorredners, aber ich kann den Vorwurf nicht als berechtigt anerkennen, daß bisher sehr wenig geschehen sei auf diesem Gebiete. In Oesterreich und Baden bestehen Untersuchungsstellen in größerer Zahl, und auch in anderen Staaten geht man immer mehr und mehr damit vor, solche Kontrollstellen einzurichten. Die Strafen wegen Uebertretung des Nahrungsmittel-Gesetzes sind auch schon recht zahlreich.
Herr Schultze-Königsberg (Soz.) weist darauf hin, daß es bezüglich gewisser Uebelstände noch an den nöthigen Verordnungen fehlt. In Königsberg seien im vorigen Sommer bei der großen Hitze 37 Arbeiter an Hitzschlag gestorben. Man hätte bei dieser Hitze das Arbeiten auf den Schiffen, Bauten u. s. w. während der Zeit von 11—8 Uhr verbieten sollen.
Herr Hoffmeier (liberal) empfiehlt ebenfalls eine energische und systematische Nahrungsmittel-Kontrolle, aber es muß für die Gewerbetreibenden eine Garantie gegen falsche Handhabung geboten werden. Was jetzt geschieht, sei durchaus unzureichend und falsch; namentlich die Prüfung der Milch mit dem sehr rohen Instrument des Milchprobers ist sehr primitiv, während gerade die Prüfung der Milch eine schwere Aufgabe ist, die von der Wissenschaft noch nicht gelöst ist. Die gewöhnlichen Polizeibeamten sind für solche Zwecke großentheils nicht geeignet. Die Polizei warnt das Publikum vor allen möglichen Gefahrenmitteln und ähnlichen Handelsartikeln, um das Publikum vor Schädigung seiner Gesundheit und vor Ausbeutung zu schützen. Diese Warnungen sollten nur publizirt werden, wenn die Sache klargestellt ist durch gerichtliches Verfahren oder technische Untersuchung. In zwei Fällen hat sich das Polizeipräsidium von Berlin von der Unrichtigkeit seiner Warnungen überzeugen müssen; in einem Falle hat das Gericht entschieden, in dem anderen hat das Gesundheitsamt die Behauptungen der Polizei als übertrieben bezeichnet. Mindestens sollte die Polizei sich an das Gesundheitsamt vorher wenden, ehe sie solche Warnungen erläßt.
Direktor Köhler: Es giebt kein Gesetz, welches solche Warnungen verbietet, deshalb muß es dem Polizeipräsidium überlassen bleiben, nach seinem Ermessen vorzugehen. Die Milchkontrolle ist schon zum Gegenstand eingehender Erwägungen gemacht worden, die aber ergeben haben, daß es nicht richtig sei, einheitliche Kontrollvorschriften zu erlassen, je nach der Besonderheit des Futters und der Rasse ist die Milch verschieden, und die Kontrolle muß von den lokalen Behörden festgelegt werden.
Herr Langemann (fr. Sp.): Wenn ich hierzu das Wort nehme, so frage man, ob nun obligatorische Leichenschau, oder Leichenverbrennung, oder das Reichs-Seuchengesetz von mir verlangt wird. Aber ich will davon nicht sprechen. Ich habe davon gesprochen, als ich noch dunkleres Haar hatte. Die Haare sind weiß geworden und es ist alles beim alten geblieben. In Preußen besteht eine große Bewegung, die Vertheilung der Gewerbe-Ordnung herauszunehmen und eine besondere Vertheilung zu schaffen. Ich fühle mich als Gewerbetreibender sehr wohl und brauche auch keine Ehrengerichte, denn ich kann meine Ehre selbst wahren, aber es kann ja auch andere Leute geben. (Heiterkeit.) Ich meine nun, die Reichsverwaltung soll wohl anpassen, wenn der Beamte der Trennung der Vertheilung von der Gewerbe-Ordnung angenommen wird. Wird der Vertheilung besonders gestellt, so muß es doch im Ansehn an die Gewerbe-Ordnung geschehen, denn es liegt ungewissheit die Ausübung eines Gewerbes vor. Das Reich darf sich diese Gesetzgebung nicht nehmen lassen. Auch die Nahrungsmittelkontrolle und die Einrichtung von Untersuchungsstationen läßt sich viel leichter durchführen, wenn das Gesundheitsamt des Innern die Sache in der Hand hat.
Herr Weich (fr. Sp.): Nahrungsmittel-Kontrollstellen habe ich schon bei Vertheilung des Margarinegesetzes angeregt, aber der Staatssekretär des Innern hatte Bedenken wegen der Finanzausgaben im Reich. Wie lange wird man diesen Zustand noch dulden, daß der preussische Finanzminister jeden Schritt vorwärts hemmt. Redner tritt dann nochmals für den Desinfektionszwang für Thierhaare ein.
Herr Grillenberger (Soz.) bedauert, daß für die Arbeiter in den Thierhaar-Verarbeitungsanstalten seitens des Reichs-Gesundheitsamts gar nichts geschehen sei. Gegen die Unternehmer, die in ihrem Betriebe nicht das Nöthige thun zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter, sollte man seitens der Berufsgenossenschaft, aber auch seitens der Staatsanwaltschaft energisch vorgehen. Bezüglich der Nahrungsmittelkontrolle ist die Hauptsache, daß jedes gegen die Verfallsfrist ergebende Urtheil veröffentlicht wird.
Direktor Köhler: Bezüglich des Schutzes der Arbeiter in den Thierhaar-Verarbeitungsanstalten hat das Reichs-Gesundheitsamt eifrig gearbeitet, wenn bisher ohne Ergebnis, so liegt das an der Schwierigkeit der Materie. Die Desinfektion mit Dampf beschädigt die Schweineborsten nicht, wohl aber die Kohnhaare, welche in ganzer Länge bearbeitet werden sollen. Die beste Methode der Desinfektion mit Dampf ist trotz kollektiver Versuche der Fabrikanten noch nicht gefunden worden. Ich würde mich freuen, wenn wir mit der Verordnung in drei Monaten kommen können, aber in einem Jahre wird sie spätestens erscheinen.
Herr v. Dollman (Soz.): Wenn die Urtheile wegen Nahrungsmittelverfälschung veröffentlicht werden, so fragt es sich nur, ob der Name genannt wird. Denn es muß der Name der Sünder bekannt gemacht werden. In München werden von der Staatsanwaltschaft die Namen der Verurtheilten dem Magistrat mitgeteilt und in öffentlicher Sitzung verkündet und an der Anzeigetafel angeschlagen. Diefelbe Rolle, die jetzt die Milchbrandvergiftungen spielen, spielen früher die Quecksilbervergiftungen. Darüber war seitens unseres Kollegen Schoenlant ein Buch erschienen, aber das Reichs-Gesundheitsamt hat damals nicht die Initiative ergriffen, ebenso wenig wie das jetzt der Fall ist.
Direktor Köhler: Damals mußten erst große Versuche in unserem Laboratorium stattfinden, ehe wir zur Entscheidung der Frage kommen konnten.
Damit ist die Debatte erledigt. Die Ausgaben für das Reichs-Gesundheitsamt werden bewilligt.

Bei den Ausgaben für das Reichs-Patentamt fragt
Herr Hammacher (natl.), ob eine Aenderung der Ansichten der verbündeten Regierungen über die Berner Union zum Schutze der Erfindungen eingetreten sei. Es empfehle sich dieser Beitritt, damit die Patentierung deutscher Erfindungen im Auslande leichter herbeigeführt werden könne.
Herr Ober-Regierungs-Rath Haug: Eine Aenderung der Meinung der verbündeten Regierungen ist nicht eingetreten. Es werden alle Vorkommnisse bezüglich der Union auf das sorgfältigste geprüft. Die Reichsverwaltung ist von jeher bemüht gewesen, alle Kultur- und Industrieerfolge zusammen zu schließen, um die Verwertung von Patenten zu fördern. Es sind aber in der Union Bestimmungen vorhanden, die mit den besonderen Verhältnissen unserer Gesetzgebung sich nur schwer oder nur in der Weise vereinigen lassen, daß der Deutsche in den internationalen Beziehungen ungünstiger behandelt wird als der Ausländer. Aus diesem Grunde haben die verbündeten Regierungen Separatverträge mit den Kulturstaaten abgeschlossen, in denen die verwertbaren Bestimmungen aus der Union übernommen worden sind. Von diesen Verträgen sind 3 oder 4 fertig und eine große Anzahl anderer in Vorbereitung, und es ist zu hoffen, daß in nicht allzulanger Zeit dem Reichstage nach dieser Richtung eine Vorlage gemacht wird.
Herr Hammacher: Die Angehörigen der Union haben das Recht, ihre auf Grund eines Patents hergestellten Erzeugnisse zwei Jahre lang ungehindert in Frankreich einzuführen, ein Recht, das Deutschland nicht zur Seite steht. Hat nun ein Deutscher eine Erfindung gemacht und kann er die patentirten Gegenstände in Frankreich nicht einführen, so befindet er sich in einer viel schwierigeren Lage als der Ausländer, der je nach der Aufnahme, die seine Waare in dem betreffenden Lande gefunden hat, eine Fabrik errichtet oder nicht. Auf den Kongressen der Industriellen, auf denen sich auch die gesammten intelligenten technischen Kräfte zusammenfinden, wurde es deshalb für den deutschen Interessen entsprechend beigegeben, der internationalen Union beizutreten.
Herr Jakobsohn (Soz.) fragt, ob man nicht die Patentanwälte unter eine öffentliche Kontrolle stellen könne, denn es werde behauptet, daß dieselben unbedeutendster Weise viel Geld aus den Taschen der Erfinder ziehen. Ferner bemängelt Redner die Auslegung der Patentgesetze im Patentamt, wodurch der unlautere Wettbewerb gefördert werde.
Herr Geheimrath Haug: Diese Auslegung ist ein wesentliches Element der Vorprüfung; die Behörden und die Interessenten werden auf diese Weise zur Prüfung der Patente herangezogen.
Herr Müller-Sagan (fr. Sp.) hält es für ungewiss, für die Patentanwälte einen Befähigungsnachweis einzuführen. Der Nachweis würde nur eine moralische Bedeutung haben, denn ein Patentanwalt, der nicht auf verschiedenen Gebieten der Technik tüchtig bewandert ist, wird kein Geschäft machen. Höchstens könnte man Ehrengerichte einführen.
Herr Geheimrath Haug: Von einem Befähigungsnachweise für die Patentagenten ist keine Rede.
Die Ausgaben für das Patentamt werden genehmigt.
Das Kapitel „Reichs-Versicherungsausschuss“ wird der Budgetkommission zur Vorberathung überwiesen.
Bei den Ausgaben für das „Kanalamt“ weist
Herr Haug darauf hin, daß der Wunsch, daß an der Brunnbühler Schleuse ein Dampfer auf der Elbe, einer binnenwärts sein solle, nicht erfüllt werde; die Schiffe müssen sehr lange warten, ehe sie durchgeschleust werden. Auch in Doltenau haben die Schiffe oft lange liegen müssen, namentlich auch an Sonn- und Feiertagen. Trotz aller Fürsorge für die Sonntagstrübe sollte man doch den Verkehr nicht allzu sehr fördern. Redner bemängelt ferner, daß der zwischen den Molen der Brunnbühler Schleuse abgelagerte Schlamm nicht richtig verwendet wird zur Aufbarmachung des Bodens zu landwirtschaftlichen Zwecken.
Zum Schutze der deutschen Küstenschiffe hat man den Tarif des Kaiser-Wilhelm-Kanals herabgesetzt; aber die Grenze von 50 Registertons ist nicht richtig, man muß bis auf 100 Tons hinaufgehen. Das Begerecht auf See ist geregelt auf der Konferenz zu Washington; danach soll der Dampfer dem Segler ausweichen. Die Dampfer, die flüchten, betrachte man allgemein als Segler. Das wird nicht mehr der Fall sein, wenn die neuen Bestimmungen der Konferenz am 1. Juli in Kraft treten. Die Hochseefischer wünschen, daß man es bei den bisherigen Bestimmungen belassen möge.
Herr Geheimrath von Jouquières: Beschwerden über die Kanalverwaltung sollen beim Kanalamt angebracht werden. Wir werden aber die Sache untersuchen, ebenso die Beschwerden über die Sonntagstrübe der Schleppdampfer. Die Tarife können für Schiffe fremder Flagge nicht höher bemessen werden als für deutsche Schiffe. Deswegen kommen die ermäßigten Tarife allen kleinen Schiffen zu gute. Da die holländischen Fahrzeuge größer sind als die deutschen, haben wir die niedrige Grenze von 50 Tonnen gezogen, um die Vergünstigung thatsächlich nur den deutschen Schiffen zuzuwenden. Es haben den Kanal passiert 1503 Schiffe unter 50 und 214 Schiffe über 100 Tonnen, darunter 3 bezw. 16 niederländische. Bezüglich des Begerechts zur See hat die deutsche Regierung den Standpunkt des Vorredners wahrgenommen. Aber es handelte sich um die einheitliche Feststellung von Vorschriften für die ganze Welt; da muß der Einzelne zurückstehen. Es ist und zugeleich worden, daß sofort nach Abschluß der Verhandlungen eine neue Konferenz einberufen werden soll, um diese Frage der Fischdampfer noch einmal zu unterfragen.
Herr Leipzig (Soz.): Man sollte sparsam sein bezüglich der elektrischen Beleuchtung des Kanals und lieber für maschinelle Einrichtungen sorgen, um Störungen im dem Betriebe des Kanals zu verhindern, die jetzt mit Hilfe von Privatgesellschaften besorgt werden müßten.
Herr Geheimrath von Jouquières: Die elektrische Beleuchtung würde nicht billiger werden, wenn sie beschränkt und unterbrochen würde, als wenn sie ununterbrochen am ganzen Kanal in Thätigkeit bleibt. Die maschinellen Vorrichtungen für die Hebung eines gesunkenen Schiffes, namentlich bei dem Fall, der besonders empfindlich für die Kanalverwaltung nicht beschaffen.
Herr Jochen (natl.): Ich hätte gewünscht, daß die Kanalverwaltung eine Denkschrift über die Wirkung der Aenderung des Tarifes vorgelegt hätte. Die Fischdampfer sind außer See nicht als Dampfer zu betrachten, sondern müssen den Seglern gleichgestellt werden. Es ist merkwürdig, daß eine Nation wie England in dieser Beziehung eine Aenderung der bestehenden Uebung herbeiführen konnte.
Herr Haug: Die deutschen Fischer haben sich mit ihren Verfassungen in England in Verbindung gesetzt, und es wird eine parlamentarische Aktion eingeleitet werden, um die Bestimmungen bezüglich der Fischdampfer nicht in Kraft treten zu lassen. Die Regierung sollte mit einer Verordnung warten, bis der Reichstag sich vollständig informiert hat.
Herr Geheimrath von Jouquières: Es ist wünschenswerth, eine Aenderung bezüglich der Fischdampfer zu treffen, aber die kann nicht so leicht herbeigeführt werden. Die Verhandlungen darüber sollen bald geführt werden.
Herr Haug bleibt dabei: daß dem Fischdampfer von den Seglern ausweichen wird, sei ein gewöhnliches Recht, dessen Abschaffung durch die neuen Bestimmungen eine Ungeheuerlichkeit und eine Schädigung der Fischerei darstellen würde.
Die Ausgaben für das Kanalamt werden genehmigt.
Um 5/4 Uhr wird die weitere Berathung vertagt.
Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Anträge und Petitionen.)

Die Hafenarbeiter-Bewegung.
Aus Hamburg wird uns unterm 16. Januar mitgeteilt: Bekanntlich war eine an den Senat gerichtete Petition gegen die Streikbrecher-Wassensquartiere konfiskirt worden. Gegen diese Maßregel wurde Beschwerde eingelegt, und was ist die Antwort? Der Chef der Kriminalpolizei erklärte, die Beschwerde sei der Staatsanwaltschaft als Material zur Erhebung einer Anklage wegen Verleumdung überwiesen.

Parlamentarisches.

Bundesrath. In der am 15. ds. Mtz. abgehaltenen Plenar-
sitzung des Bundesraths wurde dem Auschnhantrage, betreffend
Abänderung des Etats der Zoll- und Salzsteuer-Verwaltungs-
kosten für Mecklenburg-Schwerin, — der Vorlage, betreffend
die zollfreie Ablassung von Eisbühnen-Rahmen, Ringen und
Deckeln bei der Verwendung zum Schiffsbau, — dem
Antrage Preußens wegen Ergänzung des Bundesraths-Beschlusses
vom 14. Dezember 1876, betreffend die statistische Aufnahme des
Dampfessels, — die Zustimmung erteilt. Dem zuständigen Aus-
schusse wurde überwiesen: der Entwurf eines Gesetzes, betreffend den
Servistarif und die Klasseneinteilung der Orte. Eine Nachweisung
der Veränderungen im Bestande des als Eigentum des
Reiches festgestellten Grundbesitzes wurde vorgelegt. Von einer Mit-
theilung betreffend Veröffentlichungen der Kommission für Arbeiter-
statistik wurde Kenntnis genommen. Außerdem wurde über die
dem Kaiser zu unterbreitenden Vorschläge wegen Besetzung von
Stellen bei den Disziplinar-Kammern sowie über verschiedene Ein-
gaben Beschlüsse gefaßt.

Einen Theil der Beschlüsse des Bundesraths haben wir schon
in der letzten Nummer unseres Blattes mitgeteilt. —

Die Budgetkommission berich in ihrer gestrigen Sitzung die
einmaligen Ausgaben des Post-Etats. Referent Abg. P a a s c h e
konstatirte, daß die bisher vom Reich für Postbauten
ausgegebenen Gelder die Summe von rund 146 Millionen
Mark erreichten, für Telephonanlagen seien ungefähr 72 Millionen
ausgegeben worden. Die Forderung für Bromberg
(582 000 M. im ganzen, wovon 150 000 M. zunächst gefordert
werden) rief eine längere zum Theil von geringfügigen Gesicht-
spunkten ausgehende Debatte hervor. S i n g e r hält für nöthig, indem
er an die Inspektionsreise der Marine-Etats-Referenten (Lieber
und Dr. Leipzig) nach Kiel im letzten Sommer) erinnert,
daß die Referenten und die Mitglieder der Budget-
Kommission Gelegenheit hatten, durch lokale Beaugenscheinigung
sich von der Nothwendigkeit oder Nichtnothwendigkeit der Forderungen zu
überzeugen: dazu sei aber die Siltigkeit der Fahrkarten der Abgeord-
neten durch das ganze Reich nöthig. Die Kosten würden sich für das
Reich reichlich lohnen. (Allseitige Zustimmung.) Er werde die geforderten
Summen für Postneubauten, falls nicht besondere Gründe dagegen
sprächen, nicht beanstanden. Abg. S i n g e r beschränkt sorgfältige
Prüfung und mahnt zur Sparsamkeit. Abg. P a a s c h e schließt sich der
Forderung S i n g e r s bezüglich der Fahrkarten an; er und der
Korreferent hatten z. B. die Absicht, sich durch eine Reise nach
Frankfurt a. O. zu überzeugen, ob die für einen dortigen Bauplan
geforderte Summe sich rechtfertige. Staatssekretär Dr. v. Stephan
wünscht möglichst viele Lokalbesichtigungen, er sei überzeugt,
die Postverwaltung führe dabei nicht schlecht. Die Post erhebe keine
zu großen Ansprüche für Neubauten, was er durch die bezüglichen
Zahlen zu beweisen sucht. Abg. L i e b e r spricht sich für sorgfältige
Prüfung aus ohne Ansehen der Etats, in welchen Forderungen gestellt
würden. Die Anspielung S i n g e r s auf seine und Herrn v. Leipziger's
Reise nach Kiel sei ihm willkommen, man habe wegen jener Reise
in der Presse aller Parteien, die seine nicht aus-
genommen, gegen sie beide bis an die Grenze der Nieder-
trächtigkeit gehende Angriffe gerichtet; sie seien nicht nach Kiel ge-
gangen, um später Bewilligungen zu empfehlen, sondern um sich zu
überzeugen, ob die Motivierung gewisser Forderungen mit den
thatsächlichen Verhältnissen in Uebereinstimmung stehe. Wie wert-
voll eine solche lokale Besichtigung sei, beweise, daß der Abgeordnete
Schädler feinerseitig zufällig in Brandenburg eine Kaserne
in Augenschein nehmen konnte, was die Kommission veranlaßte, den
geforderten Kasernenbau abzulehnen, der ohne diese zufällige Be-
sichtigung durch Schädler sicher bewilligt worden wäre. Er sei
auch der Meinung, daß die Fahrkarten bewilligt werden sollten,
giltig für das ganze Reich und die Diäten ebenfalls. Abg.
P i c h l e r führt an Beispielen aus Bayern aus, welche Vortheile
es habe, wenn die Abgeordneten durch den Augenschein
sich über die Nothwendigkeit gefellter Forderungen informieren
könnten. Die bayerischen Abgeordneten genossen Freifahrt durch
das ganze Land. v. K a r d o r f f spricht sich in gleichem Sinne
aus. Abg. P r i n z K r e n b e r g wünscht, daß Vorkehrungen getroffen
würden, die den Mitgliedern der Budgetkommission nothwendige
Inspektionsreisen auch außerhalb der Session ermöglichen.

Ähnlich wie die Vorrede äußert sich Abgeordneter W e r n e r .
Schließlich wird die Forderung für Bromberg einstimmig unter
großer Heiterkeit bewilligt. Für Köln werden für einen Umbau
für Telephonwerke 135 000 M. als erste Rate verlangt. v o n
L e i p z i g e r beantragt, Ausschub der Bewilligung für nächstes Jahr,
M ü l l e r - F u l d a wünscht ebenfalls Vertagung; nach Angabe eines
seiner Fraktionsgenossen sei die Lage des Gebäudes eine ungünstige.
Die Abgg. P r i n z K r e n b e r g und W e b e l beschränken unter
Hinweis auf die lokalen Verhältnisse in Köln die Bewilligung. Andere
Plätze seien kaum zu haben, und bekomme man sie, so seien sie
nicht zu bezahlen; werde der Platz von der Postverwaltung
für ausreichend erachtet — die Lage des Platzes sei eine
günstige — dann empfehle sich die Bewilligung. Die Forderung
wird bewilligt. Die Bewilligung wird ferner ausgesprochen für die
Forderung der ersten Raten für Krefen, Seckemünde, Gießen, Ham-
burg, Hannover-Einben. Von einer Seite wurde die letztere
Forderung beanstandet. Abg. M e i s t e r weist auf Grund seiner
Kenntnis der lokalen Verhältnisse nach, daß ein Neubau eine
absolute Nothwendigkeit sei. In gleicher Richtung spricht sich neben
dem Staatssekretär Dr. v. Stephan Abg. v. P o d b i e l s k y
aus. Auch für Karlsruhe wird eine erste Rate in Höhe von
230 000 M. bewilligt. Daraus verlag sich die Kommission auf
nächsten Dienstag.

Weiteres aus dem preussischen Staatshaushalts-Etat.
Im Justizministerium betragen die Einnahmen 66 107 200 M.
(63 686 700 M.), die dauernden Ausgaben 97 146 000 M. (95 652 000 M.),
die einmaligen Ausgaben 4 947 300 M. (7 115 900 M.). Unter den Ein-
nahmen sind zu erwähnen 57 300 000 M. (55 017 000 M.) an Kosten
und Geldstrafen sowie 2 030 000 M. (1 950 000 M.) aus dem Arbeits-
verdienst der Gefangenen. In dem Ordinarium sind an neuen
Stellen verzeichnet ein Ober-Landesgerichtsrath in Raumburg a. S., je ein
Staatsanwalt bei dem Kammergericht und dem Ober-Landesgericht in
Breslau, je ein Landgerichts-Direktor in Hannover und Köln,
11 Landrichter, 32 Amtsrichter, davon 2 in Berlin und 1 in Char-
lottenburg, 11 Staatsanwälte, davon 2 in Berlin. Der Fonds
für Hilfsarbeiter und Stellvertreter in allen Dienstzweigen
mit Ausschluß des Rangdienstes ist infolge der vermehrten Ge-
schäfte bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften um 200 000 M.
vermehrt. Eine Vermehrung der etatsmäßigen Stellen ist erst dann
möglich, wenn das für sämtliche Staatsverwaltungen festgesetzte
Verhältnis der etatsmäßigen zu den diätarischen Stellen hergestellt
ist. Der Unterhaltungsfonds für ausgeschiedene Beamte und
Pensionen erfährt eine Erhöhung um 100 000 M. Die
einmaligen Ausgaben beziehen sich ausschließlich auf neue
Zustizbauten.

Im Eisenbahn-Etat sind die Einnahmen mit
1 110 210 350 M. (1 020 592 400), die dauernden Ausgaben
mit 684 427 085 M. (688 917 772), die einmaligen Ausgaben
mit 48 108 000 M. (40 692 000) veranschlagt. Die Betriebslänge der
preussischen Eisenbahnen beträgt zu Beginn des Etatsjahres
27 691 Kilometer, durch Uebernahme der bessischen Bahnen wächst
dieselbe auf 29 197 Kilometer an. Der Ueberschuß der Staats-
Eisenbahnen beträgt nach Abzug der Zinsen der Staats-

Eisenbahn-Kapitalschuld 286 481 749 M., d. h. 47 643 098 M.
mehr als im Vorjahre und dabei ist die Einnahme
aus der reinen Verkehrssteigerung nur auf 8 pCt. in
Anschlag gebracht, obgleich das abgeschlossene Jahr 1895/96
gegenüber dem Vorjahre bei dem Personenverkehr eine Einnahme-
vermehrung von 5,93 pCt., bei dem Güterverkehr eine solche von
6,29 pCt. ergeben hat, und obgleich die Einnahmesteigerung in den
letzten zehn Jahren durchschnittlich 4,08 pCt. jährlich beträgt. Wäre
dieser zehnjährige Durchschnitt der Berechnung zu Grunde gelegt, so
würde das für die beiden Jahre 1896/97 und 1897/98 allein ein Mehr
von 20 Millionen ergeben. Man sieht aus diesem Beispiel, wie vor-
sichtig die Einnahmen veranschlagt sind; der Ueberschuß ist sicher noch
größer, als es nach dem Etatentwurf den Anschein hat, und es
könnte sehr wohl noch einige Millionen für die Zwecke der all-
gemeinen Landesverwaltung flüssig gemacht werden. — Die Zahl
der besoldeten etatsmäßigen Eisenbahnbeamten beträgt 103 123
gegen 97 483 im Vorjahre, einschließlich der Beamten der
bessischen Bahnen. Die Gesamtzahl der Beamten und Arbeiter
erhöht sich um 12 894, von denen 6 110 auf die bessischen
Bahnen und 11 778 auf die Eröffnung neuer preussischer
Staatsbahn-Einien entfallen. 450 Arbeitskräfte werden neu
eingestellt infolge der weiteren Abperrung der Bahnhöfe. — Von
den Mehrausgaben kommen 14 566 700 M. auf die Mehre-
oder Mindereinstellung von Arbeitskräften, 3 556 700 M. auf Er-
höhung der Einkommenbezüge des Dienstpersonals infolge Aufstiegens
der Beamten in höhere Dienstaltersklassen. Hierbei sind die neuen
Besoldungsverbesserungen von 6 Millionen noch nicht berücksichtigt.

Das Ministerium für Handel und Gewerbe hat eine Ein-
nahme von 2 320 459 (2 251 954) M., dauernde Ausgaben im
Betrage von 118 049 982 (109 979 225) M. und einmalige Ausgaben
in Höhe von 7 722 692 (7 219 299) M. Für die Unterhaltung ge-
werblicher Zeichen-, Baugewerk-, Web- und anderer Fachschulen
sind 687 000 M. angesetzt, von denen 30 489 M. auf die Bau-
gewerkschule, 20 000 M. auf die Handwerkerschule in Berlin ent-
fallen.

Im Ministerium des Innern beläuft sich der Einnahme-Etat
auf 12 038 288 (13 089 699) M., die dauernden Ausgaben auf 57 535 810
(56 214 649) M., die einmaligen Ausgaben auf 1 163 190 (2 370 350)
M. Der Fonds für geheime Ausgaben im
Interesse der Polizei beträgt 200 000 M., zu Bei-
hilfen für unterstützungsbedürftige ehemalige
Krieger sind 1 153 200 (1 147 560) M. angesetzt, wovon die am
Jahreschluß verbleibenden Bestände zur Verwendung in den
folgenden Jahren übertragen werden können. Von den einmaligen
Ausgaben entfallen 991 100 M. auf die Strafanstalts-Verwaltung
für Neubauten bezw. Umbauten von Strafanstalten.

Die Einnahme aus den direkten Steuern ist auf 125 Mill.
Mark geschätzt. 1893/94 betragen die Einnahmen aus der Ein-
kommensteuer 121 522 833 M., 1894/95 120 966 008 M., 1895/96
122 752 096 M. Der laufende Etat schließt voraussichtlich mit
einer um etwa 2—3 Millionen höheren Einnahme aus der Ein-
kommensteuer ab.

Bei der Zentralgenossenschaftskasse ist der Reingewinn auf
2 1/2 pCt. berechnet, wovon ein Fünftel zum Reservefonds geschlagen
wird. Die Zinsen aus der 20 Millionen betragenden Einlage des
Staates sind mit 400 000 M. angesetzt, d. h. die Zentral-Genossen-
schaftskasse zahlt an den Staat für das von diesem gegen über
3 pCt. Zinsen ausgenommene Kapital nur 2 pCt. Zinsen.

Das Postverum an die Reichspost wegen Beförderung der
Postsendungen der preussischen Staatsverwaltung soll von 6 auf 7 1/2
Millionen erhöht werden.

Im einzelnen ist noch bemerkenswerth die beabsichtigte Heran-
ziehung eines Stammes von Beamten in den ehemals polnischen
Gebietstheilen der Provinz Posen, die der polnischen Sprache in
Wort und Schrift mächtig sind. Es ist zu diesem Zwecke bei den
Behörden jener Landestheile ein Unterrichtskursus in der polnischen
Sprache für Subalternbeamte deutscher Abkunft in Aussicht ge-
nommen.

Die übrigen Mittheilungen aus dem Etat sind von geringerer
Allgemeinbedeutung.

Aus dem Bericht über die Ergebnisse des Betriebes der
preussischen Staats-Eisenbahnen im Jahre 1895/96 ergibt
sich, daß von den Gehilfen, Hilfsbedienten und Arbeitern den
höchsten durchschnittlichen Tagelohn im Betrage von 5,29 M. die
technischen Bureaugehilfen und Bauaufseher beziehen; dann folgen
die Werkstätten-Vorarbeiter mit 4,06 M. und die in Afford
arbeitenden Werkstätten-Handarbeiter mit 3,19 M.; die im Tagelohn
beschäftigten Arbeiter derselben Klasse verdienen nur 2,44 M.
täglich. Den geringsten Verdienst haben die Hilfs-Nach-
wächter (2,09 M.), die Bahnunterhaltungs- und Riesegevinungs-
Arbeiter (1,97 M.), die Hilfs-Bahnwärter (1,61 M.) und
die Hilfsbremser und Hilfswagenwärter (1,92 M.). Die Werkstätten-
Bedienten erzielen einen durchschnittlichen Tagelohn von 1,06 M.
Die Ermittlung der Besoldungs- und Lohnsätze erfolgt in der Weise,
daß die an die einzelnen Dienstgruppen im ganzen Jahre überhaupt
gezählten Lohnbeträge durch die Gesamtzahl der geleisteten Tage-
werke getheilt wurden. Außer betrachtet geblieben sind eintheils
die von den Arbeitern in Erkrankungsfällen aus den Krankentafeln
bezogenen Krankengelder und andererseits die am Arbeitslohn ge-
luzigten Aufwandsbeiträge für die Arbeiterpensionskasse und zu den
Krankentafeln. Die etwa geleisteten Ueberstunden sind in Tagewerke
umgerechnet.

Mit welchen Gefahren der verhältnismäßig schlecht bezahlte
Dienst verknüpft ist, beweist die Thatsache, daß 1895/96 die Zahl
der verunglückten Personen, an welche oder an deren
Hinterbliebenen Zahlungen geleistet sind, einschließlich der aus dem
Vorjahre übernommenen Fälle sich auf 8707 belief, und zwar
wurden 2092 getödtet und 6615 verletzt. Insgesamt
wurden für diese Unglücksfälle infolge der Unfallversicherung ein-
schließlich der Weiterzahlungen für Ansprüche aus den Vorjahren
2 402 657 M. aufgewendet.

Was die Dauer des Dienstes anbelangt, so sind von
274 264 Beamten 28 514 bis zu 8 Stunden täglich im Durchschnitt
beschäftigt, 106 819 arbeiten 8—10 Stunden, 99 166 10—12 Stunden,
19 796 12—13 Stunden, 12 244 13—14 Stunden, 4918 14 bis
15 Stunden und 4807 sogar 15—16 Stunden täglich. Am längsten
beschäftigt ist das Jugendleitungspersonal und das Lokomotivpersonal,
die kürzeste Arbeitszeit hat das Bureaupersonal, von dem über
93 pCt. nur 8 Stunden täglich im Dienst sind. Die
planmäßigen Dienstleistungen belaufen sich bei
25 086 unter 179 705 Beamten auf 1 Ruhetag im Monat, bei
18 940 auf 1 1/2 Ruhetage, bei 47 595 auf 2 und bei 79 455 auf mehr
als 2 Ruhetage im Monat. 2649 Beamte haben nur 18 Stunden
zusammenhängende dienstfreie Zeit im Monat. Soweit das Personal
auch an den Sonn- und Feiertagen zum Dienst herangezogen werden
muß, erhält es bestimmungsmäßig an jedem zweiten, mindestens
aber an jedem dritten Sonntage Gelegenheit zur Theilnahme am
Gottesdienste.

Kommunales.

In Fortsetzung seiner Beratungen zur Feststellung des
Stadthaushalts-Etats für das Verwaltungsjahr 1897/98
setzte das Magistratskollegium zunächst den Spezialetat der
städtischen Heimstätten für Gensende sowie ver-
schiedene Einrichtungen für die öffentliche Gesund-
heitspflege fest. Die Einnahmen und Ausgaben für die Heim-
stätten sind auf 196 430 M., während die Einnahmen und Aus-
gaben für die Einrichtung für die öffentliche Gesundheits-

pflege auf 135 880 Mark angesetzt sind. In den Aus-
gaben sind 38 500 Mark für die königl. Sanitätskommission
zur Unterstützung der privaten Sanitätswachen enthalten.
Der Spezial-Etat für das Fortbildungs-Unter-
richtswesen ist in Einnahme mit 44 600 M. und in Ausgabe
mit 370 543 eingestellt, mithin ist ein Zuschuß von 325 943 M. er-
forderlich. — Der Spezial-Etat für die Volk-
bibliotheken, welcher diesmal aus dem Etat für Fortbildungs-
Unterrichtswesen ausgeschieden wurde und einen selbständigen Etat
bildet, ist in Einnahme und Ausgabe mit 41 780 M. eingestellt. In
den Einnahmen sind für 27 Bibliotheken zu je 900 M. = 24 300 M.
und für die erste und zweite Veschalle 6080 M. aus Gemeindegel-
mitteln als Zuschuß enthalten. — Der Etat für gewerb-
liches Unterrichtswesen, welcher zusammengefaßt ist
aus dem Etat für die Fachschulen, der Berliner Tischlerschule,
des Gewerbelehres, der städtischen Veschule, der Handwerkerschule,
der Baugewerkschulen und des Friedrichs-Gewerbeinstitutes, ist
mit 8440 M. in Einnahme und mit 836 751 M. in Ausgabe ein-
gestellt, so daß ein Zuschuß von 328 311 M. erforderlich wird. —
Der Etat der Anstalt für Epileptische (Wahlgarten)
mit Einschluß des Etats der daselbst eingerichteten Land- und Viehwirth-
schaft ist in Einnahme mit 108 751 M. und in Ausgabe mit 611 684 M.
eingestellt, daher wird ein Zuschuß von 502 913 M. erforderlich.
Aufnahme sollen dort 820 Personen finden und zwar 720 erwachsene
und 100 Kinder. — Der Etat der Irren- und Idiotenanstalt zu
Dallwitz ist in Einnahme mit 272 157 M. und in Ausgabe mit
1 466 169 M. eingestellt, es ist mithin ein Zuschuß von 1 194 032 M.
nothwendig. Die Zahl der von der Anstalt zu verpflegenden Per-
sonen ist auf 1950 berechnet, davon kommen auf die Hauptanstalt
1200, auf in Privatanstalten Untergebrachte 550 und auf die
in Familienpflege gegebene 200 Personen. — Der Spezialetat
für die Waisenpflege im engeren Sinne, sowie Fürsorge
für eingesehene Waisen ist in Einnahme mit 156 873 M. und in
Ausgabe mit 988 485 M. eingestellt, es ist somit ein Zuschuß von
831 612 M. erforderlich.

Magistrat und städtische Bureau-Hilfsarbeiter. Bei der
nach zehnjähriger ununterbrochener Beschäftigung eintretenden
Arbeitsunfähigkeit von Bureau-Hilfsarbeitern
will der Magistrat denselben, soweit nicht eine bereits anderweitig
erzielte Pension oder ein ähnlicher Umstand das Bedürfnis aus-
schließt, ein Jahrgeld im Mindestbetrage von 400 M.
und mit jedem Jahre der Beschäftigung um 1/100 des Diätensatzes
bis zum Höchstbetrage von 1400 M. steigend, gewähren. Jedoch unter-
liegt jede einzelne Bewilligung der Zustimmung der Stadtverordneten-
Versammlung. — Die gemischte Deputation, welche zur Berathung über
verschiedene das städtische Bureaupersonal betreffende Fragen eingeseht
ist, hat sich eingehend mit der Stellung der Bureau-Hilfsarbeiter
beschäftigt. Die oben mitgetheilten, vom Magistrat vorgelegenen
Beschlüsse sind mit Rücksicht darauf in der angegebenen Höhe festgesetzt,
daß sich der Diätensatz nach zehnjähriger Beschäftigung auf jährlich
1620 M. beläuft, wovon 1/4 rund 400 M. ausmachen und daß der
Höchstbetrag der Diäten zur Zeit jährlich 1920 M. beträgt, wovon
1/4 rund 400 M. ergeben. Die Stadtverordneten-Versammlung
wird sich demnächst mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Der mit der Verwaltungsstelle zur Zeit betraute Stadt-
Bau-Inspektor Streichert ist definitiv vom Magistratskollegium
zum Verwaltungsdirektor der städtischen Gaswerke auf 6 Jahre
gewählt worden.

Die infolge einer Theilung eines Bezirks einer Steuer-An-
nahmestelle erforderliche Steuerklasse wird in dem Rathswaage-Gebäude
am Luisen-Ufer 30 eingerichtet werden.

Dem Verein für Feuerbestattung ist nach Beschluß des
Magistratskollegiums wiederzustiftet gestattet worden, die im
Trepptower Park während der Gewerbe-Ausstellung aufgestellte
Kapelle auf längstens zwei Jahre weiter zu benutzen. Eine dies-
bezügliche Vorlage zur Genehmigung wird der Stadtverordneten-
Versammlung zugehen.

Zum Overturwart und Nachfolger des verstorbenen Professor
Dr. mod. Angerstein ist vom Magistrats-Kollegium der Lektore
S u c k o w in Greifswald gewählt worden.

Lokales.

Achtung, 2. Wahlkreis! In der Versammlung, welche am
Sonntag, den 17. Januar, abends 6 1/2 Uhr, beim Genossen Jubel,
Eubensstraße 106, stattfand, wird Genosse E. Rosenstock über:
„Sozialismus und Frauenbewegung“ referiren. Nege
Betheiligung erwünscht.

Parteigenossen des vierten Berliner Reichstags-Wahl-
kreises, Süd-Osten. Schon wiederholt erging an Euch der Ruf,
Eure Organisationen zu stärken. Laßt diesen Ruf nicht un-
beachtet verhallen. Eine Besserung unserer Lage ist zu erreichen
durch enge Zusammenschließen aller Proletarier zu einer festen Masse,
die das Gekörte und Gelernte in weitere Kreise tragen und so
Schritt für Schritt neues Terrain erobern. Bergeht nicht, daß
uns noch harte Kämpfe bevorstehen, in denen der einzelne unter
dem Druck der heutigen Gesellschaftsordnung rettungslos zusammen-
bricht. Für uns ist die erste politische Organisation der sozial-
demokratische Wahlverein im 4. Berliner Reichstags-Wahlkreise
(Südosten). Schließt Euch diesem Mann für Mann an. Auf-
nahmen und Beiträge werden jederzeit entgegengenommen in folgen-
den Zahlstellen: Gottfried Schulz, Zigarrenhandlung, Admiral-
straße 40 a. Schilling, Päckerei, 53. Seidler, Rathor-
straße 16. D. Kasse, Reichensbergstr. 160. Rehner,
Oranienstr. 184. Beyer, Brunnengstr. 136. Brödenfeld,
Mantuffelstr. 69. Goltz, Grünauerstr. 3. Meyer, Säbener-
straße 30. Wesenad, Staligerstr. 102. Koll, Waldemar-
straße 61. Erbe, Curvystraße 25. Trittelwih, Falken-
steinstr. 7. Zolksdorf, Göllicherstr. 58. Streit, Raunyn-
straße 86. Außerdem nimmt die Expedition des „Vorwärts“ von
Thiel, Staligerstr. 35, ebenfalls Aufnahmen und Beiträge ent-
gegen.

Auf die am Montag, den 18. Januar, stattfindende
Volkerversammlung, in der Reichstags-Abgeordneter Peus
referiren wird, machen wir namentlich die Frauen und
Mädchen aus dem arbeitenden Volke aufmerksam. Näheres im
Anzeigenteil der heutigen Nummer. J. A.: Die Vertrauensperson
der Frauen Berlin.

Die tiefe Kluft zwischen dem Proletariat und den herrschenden
Klassen wird zuweilen an Erscheinungen sichtbar, bei denen solches
am wenigsten zu vermuthen wäre. Unter Führung der Herren
E. M. Goldberger, F. Hoppoldt und Max Schulz ist bekanntlich ein
Petitionskommitee gegen die am 1. November in Kraft getretene
Verstromungs-Verordnung eingeleitet worden, und in
einer ganzen Reihe größerer und kleinerer Geschäfte hängen Aufrufe
aus, in denen zur Unterzeichnung der Petition eingeladen wird.
Den positiven Inhalt der Resolution, auf die diese Eingabe sich
stützt, mag man hingehen lassen, wenn man in betracht
zieht, daß sie in einer bürgerlichen Versammlung gefaßt worden ist;
und die darin enthaltene Erklärung, daß die polizeiliche Verordnung
infolge ihrer Widersprüche zu unerbittlichen Bestrafungen der Bürger
Anlaß giebt, daß sie Heuchelei und Demunziantenthum zur Folge
haben wird, entspricht gewiß den Thatsachen.

Und dennoch bezeugen zahlreiche Zuschriften, die uns aus der
Arbeiterklasse sowohl, wie auch aus Kreisen kleinerer Geschäftsleute
zugesen, daß gegen die Aktion der erwähnten Herren ein tiefes
Misstrauen besteht. Durchweg giebt sich der Verdacht kund,
daß es den Leitern der Bewegung durchaus nicht einzig um Ver-

*) Die in Klammern beigefügten Zahlen sind die entsprechenden
des Etats für 1896/97.

feitigung der Verstromungs-Verordnung, sondern neher noch um einen Krieg gegen das bischen Sonntagsruhe zu thun sei, das zur Zeit noch zum Kerger vieler Profithueter zu Recht besteht. Der Ton macht eben die Musik. Verlaudet auch nichts von einem draxtigen Kompse in besagtem Aufsatze, und ist auch anzunehmen, das es einer Reihe der unterzeichneten Vereine um nichts anderes zu thun ist, als um Beseitigung der in bürgerlichen wie in proletarischen Kreisen gleichermaßen verbotenen Polizeiverordnung, so sind doch zunächst schon viele der unter dem Aufsatze vermerkten Unternehmervereine bei der Arbeiterschaft nur im obersten Sinne, namentlich aus der Bekämpfung des Koalitionsrechtes der Ausbeuteten besandt. Und dann ist noch ein zweiter Grund zum Mißtrauen gegeben in dem, was der Aufsatz nicht enthält. Denn charakteristischweise ist in ihm der Theil der Verstromungs-Verordnung, der eine Einschränkung des Versammlungsgesetzes bedeutet, und der daher die auf Sonntagveranstaltungen in beträchtlichem Grade angewiesenen Arbeiterschaft am schwersten bedrückt, mit keinem Worte erwähnt. Was ist dem auf Profit bedachten Bürgertum auch die Wahrung des Versammlungsrechtes? Helaba!

Dies mögen die Gründe sein, welche das Berliner Proletariat mit Mißtrauen gegen die Petitionsbewegung erfüllen, obgleich es selber von ganzem Herzen die Aufhebung der Verstromungs-Verordnung wünscht.

Witterung und Nothstand. Wie sehr die Wirkungen des chronischen Nothstandes, unter dem ein großer Theil der hauptstädtischen Bevölkerung zu leiden hat, durch den Einfluß der Winterkälte noch verstärkt werden, das geht aus folgenden Zahlen hervor, die der neueste Jahrgang des Berliner „Statist. Jahrb.“ mittheilt. Im Jahre 1894 wurden insgesamt 98 870 Personen (21 782 Männer, 16 889 Frauen, 99 Kinder) zum Polizeigewahrsam gebracht, 23,03 pro Mille der durchschnittlichen Bevölkerung. Die Zahl der Eingekerkerten pro Tag war: im Januar 102,4, Februar 118,1, März 110,8, April 107,1, Mai 94,7, Juni 108,5, Juli 100,8, August 106,5, September 108,7, Oktober 108,4, November 118,5, Dezember 99,8. Das Auf und Ab dieser Zahlen verläuft genau wie in den Vorjahren. Auch der Rückgang im Dezember — eine Folge des Weihnachtsgeschäftes, das noch vielen Arbeitsgelegenheit und Verdienst giebt — kehrt alle Jahre wieder. Unter den Gründen der Einlieferung war 16120 Mal Uebertretung sittenpolizeilicher Vorschriften, 9455 Mal Betteln, 8400 Mal Obdachlosigkeit und so weiter. Wegen Betteln wurden überhaupt 21 678 Personen (19 884 Männer, 1101 Frauen, 718 Kinder) aufgegriffen, wovon jedoch über die Hälfte nach erfolgter Anzeige oder bloßer Verwarnung wieder entlassen wurden. Die Zahl der ausgegriffenen Bettler pro Tag war: im Januar 84,6, Februar 101,8, März 70,8, April 69,9, Mai 51,7, Juni 47,9, Juli 37,6, August 48,4, September 47,7, Oktober 49,5, November 63,8, Dezember 62,5. Hier, wie oben, ist die Bewegung ziemlich parallel dem Steigen und Fallen der Temperatur. Derselbe Erscheinung läßt sich an der Frequenz des städtischen Obdach nachweisen.

Eheschließungen in Berlin 1896. Im Jahre 1896 wurden in Berlin 18 441 Ehen geschlossen; in den Vorjahren 1895: 17 288, 1894: 16 820, 1893: 16 505, 1892: 16 909, 1891: 17 649, 1890: 17 810. Die 1896 eingetretene Zunahme der Eheschließungen hat also auch 1896 fortgedauert und sogar noch eine beträchtliche Steigerung erfahren. Von 1895 zu 1896 betrug die Zunahme 1208 Ehen, das sind 7 pCt., während die durchschnittliche Bevölkerungszahl, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, nur um wenig über 2 pCt. zugenommen haben wird. 1895 betrahteten 20,8 pro Mille der durchschnittlichen Bevölkerung (1894: 20,4 pro Mille), während 1896 die Heirathsjaher bestimmt erheblich über 21 pro Mille hinausgeht und wahrscheinlich nicht weit hinter 22 pro Mille zurückbleibt. Die Zunahme dürfte auf das Konto des industriellen Aufschwunges der letzten beiden Jahre zu setzen sein. Zum Theil kommt — und das gilt nicht bloß für Berlin — dieser Aufschwung allerdings nur als mittelbar wirkende Ursache in Betracht, insofern als viele Eheschließungen, die durch die wirtschaftliche Depression der vorhergehenden Jahre verzögert worden waren, jetzt nachgeholt werden. Für die nächsten Jahre darf übrigens aus einem anderen Grunde eine noch stärkere Zunahme der Eheschließungen erwartet werden. Die gewaltige Geburten-Fluthwelle, die 1872 über Deutschland hereinbrach und bis 1876 im Steigen blieb, muß — da die zwischen 1872—76 Geborenen jetzt bereits zwischen 20—24 Jahre alt sind — von nun an die Reihen der Heirathskandidaten mehr und mehr verstärken. Nebenbei bemerkt, muß der Umstand, daß der Altersaufbau der Bevölkerung heute infolge jener Geburten-Fluthwelle ein anderer ist, als er zehn Jahre früher war oder 10 Jahre später sein wird, sich noch in den verschiedensten anderen Hinsichten geltend machen.

Der Segen der Fabrikantinnen, die menschenfreundliche Unternehmer für ihre Arbeiter einzurichten, giebt sich an einem Uase zu erkennen, den der Eisengießereibesitzer Karl Bloch in der Chausseestraße bezüglich seiner neuen Kantine erlassen hat. Zwei Paragraphen der „Kantinenordnung“ lauten: § 7. Nach Eröffnung der Kantine ist das Betreten der Fabrikräume durch Angehörige meines Personals, welche Mittagessen bringen, nicht mehr gestattet; vielmehr soll dafür jetzt ausschließlich die Kantine dienen. § 8. Eine Verpflichtung zur Entnahme von Waaren in der Kantine besteht nicht, auch darf niemand zum Kauf beeinflusst werden. Dagegen ist es jetzt nicht mehr gestattet, daß nach Gewaaren oder Getränken geschickt wird resp. daß nicht zu meinem Personal gehörige Leute dergleichen in meine Fabrik bringen. Wer Gewaaren oder Getränke mitbringen will, muß dies mit alleiniger Ausnahme des Mittagessens morgens oder nach Tisch selbst thun und darf dieselbe auch nicht die Fabrik verlassen.

Wer sich also bislang aus Sparsamkeitsgründen von seiner Frau das Mittagessen in die Fabrik bringen ließ, muß jetzt sein daares Geld in der Kantine ausgeben, und wenn die Speisen und Getränke der Kantine nicht gefallen, der muß überhaupt auf das Essen verzichten, wenn er sich nicht morgens in aller Frühe mit dem Nöthigen versorgt. Ein netter Beitrag zur modernen Fabriklaverei.

Die Kellner in den D-Jügen Berlin-Köln werden unter Bedingungen beschäftigt, die wohl mit zu den verwerflichsten gehören, welche den bekanntermaßen mehr als andere Arbeiter ausgebeuteten Gastwirthschaftsgehilfen geboten werden. Das Restaurationswesen in den zwischen Berlin und Köln verkehrenden D-Jügen ist dem Bahnhofsdirigenten Kesselmann in Halle a. S. übertragen, der einen Herrn Kitz als Vertreter und Geschäftsführer eingesetzt hat. Wie verlanet, soll die von dem Unternehmer gezahlte Pacht eine sehr geringe sein, auch seine sonstigen Geschäftskosten sind erheblich niedriger, als die eines sonstigen Restaurateurs, da die Ausgaben für Mobiliar bei ihm gänzlich fortfallen. Dagegen sollen die Einnahmen und dementsprechend der Gewinn des Restaurateurs so glänzend sein, daß ihn mancher Jahaber einer guten gehenden Wirtschaft ersten Ranges darnun beneiden würde. Man sollte nun meinen, daß auch die Angestellten dieses Herrn einigermaßen günstig entlohnt würden. Dem ist jedoch nicht so. Nur die in den nachzügigen fahrenden Kellner erhalten monatlich 30 M. Gehalt. Dagegen bekommen ihre Kollegen, welche die Reisenden in den Tageszügen bedienen, nur freie Kost, sind aber im übrigen ausschließlich auf Trinkgelder angewiesen und haben von ihren durch die Gnade des Publikums ihnen zukommenden Einnahmen noch erhebliche Abgaben zu entrichten. Da das Personal abwechselnd eine Nacht in Köln, die andere aber in Berlin zubringt, muß in dieser Stadt jeder seine Wohnung haben, während den Kellnern für ihren Aufenthalt in Köln von Herrn Kitz eine Schlafstelle zugewiesen wird, wofür jeder 6 M. monatlich zu zahlen hat. Dieses Logis läßt aber viel zu wünschen übrig. In einem nicht gerade freundlichen Räume stehen sechs Betten, die von 12 Kellnern benutzt werden. Wenn das Personal des einen Zuges in Köln ankommt, haben die Kellner des anderen Zuges abgebenen Zuges eben die Schlafstätten verlassen, und ihre ankommenden Kollegen legen sich dann in die

kaum gemachten, meist noch warmen Betten. In dem Schlafraum für das weibliche Küchenpersonal stelen in einer Nacht Stöße vom Deckenputz herunter, so daß die Insassen dieses Raumes genöthigt war, um einem Unglück vorzubeugen, denselben zu verlassen. Außer der Mische für diese Schlafstelle hat jeder Kellner für den Puffer monatlich 18 M. Gehalt und 3 M. Wohnungsgeld zu entrichten. In den Eisenbahnwagen fehlen Vorrichtungen, wie sie auf Schiffen üblich sind, um das Herabfallen von Gegenständen zu verhindern; daher kommt es nicht selten vor, daß beim Passiren von Weichen und Kurven Speisen und Getränke, noch ehe sie der Gaß berührt hat, sammt den Gefäßen vom Tische herabgeschleudert werden. Den hierdurch entstandenen Schaden, ebenso wie den Verlust von Servietten, Tischgeräthen, Silbergeschirr und dergleichen müssen die Kellner aus ihren Trinkgelder-Einnahmen dem Herrn Kitz ersetzen, was für den einzelnen im Durchschnitt 25 bis 35 Mark monatlich ausmacht. Die Beiträge zur Krankenkasse sowie zur Alters- und Invalidenversicherung haben die Kellner allein zu zahlen, d. h. einschließlich des Antheils, zu dem der Arbeitgeber gesetzlich verpflichtet ist. Es wäre wünschenswerth, daß die zuständige Eisenbahnbehörde ihr Augenmerk auf die hier dargelegten Mängel richten und den Restaurateur bei Vergebung der Pacht verpflichten würde, sein Personal für die sehr anstrengende Arbeit entsprechend zu bezahlen. Auf den D-Jügen anderer, für die Restauration bei weitem nicht so rentablen Linien sollen die Kellner, wie wir hören, etwas günstiger gestellt sein.

Vom Reichstags-Restaurant. Das „Berliner Tageblatt“ schrieb gestern Abend: „Der Vorstand des Reichstags vor heute wieder zusammengetreten, um die Restaurations-Verhältnisse des Parlaments zu besprechen. Das Gesuch des Restaurateurs Schulte um Gewährung einer Beihilfe von 4000 M. pro Session wurde abgelehnt. Dagegen wurde beschlossen, ihm für jeden der zehn Kellner pro Sitzungstag je eine Mark aus dem Dispositionsfonds zu bewilligen.“ Nach unseren Informationen sind diese Mittheilungen als unrichtig und verfehlt anzusehen. Der Reichstagsvorstand hat seine Beratungen über die Angelegenheit noch nicht zum Abschluß gebracht und er dürfte, wenn er der Sache näher tritt, wohl auf keinen Fall die Kellner mit einer Mark abspesen wollen.

Zigaren auf Eis — das ist der neueste Genuß, der für Feinschmecker erachtet werden ist. Aber was ist es? Eine gute Havana mit einem guten Ananas- oder Bananille-Eis, das ein gewisses sehr angenehme Dinge, die unter Umständen auch trefflich zusammen passen. Aber Zigaren auf Eis? Nun, auch wir waren nicht wenig erstaunt, als wir an der Glasothek eines fasthoblenen Zigaren-Geschäfts die Worte lasen: Importen auf Eis. Also Zigarren auf Eis. Eine riesenhafte Kiste mit sehr einladenden Zigaren prangt hinter dem Fenster. Das Mäthel löste sich dahin, daß die feineren Havana-Tabake und Zigaren neuerdings auf Eis von Kuba importirt werden, um ein Gähren des Tabaks infolge der Tropenhitze und die hierdurch bedingte Verschlechterung der Qualität zu hindern. Zigaren auf Eis sind also ein besonderer Vederbissen, der natürlich, gleich anderen Vederbissen, nicht mit jedem Portemonnaie sich verträgt.

Vom Verlag des „Berliner Lokal-Anzeigers“ geht und folgendes Schreiben zu:

„Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersuche ich Sie, Ihre diesbezügliche Notiz in der gestrigen Nummer Ihrer Zeitung dahin zu berichtigen, daß der „Berliner Lokal-Anzeiger“ durch Beschluß des hiesigen Magistrats vom 9. November 1894, dessen Ausfertigung ich besitze, zum amtlichen Publikationsorgan des Magistrats von Berlin ernannt worden ist.“

Wir bemerken dem gegenüber, daß amtliches Publikationsorgan des Magistrats allein das hiesige „Gemeindeblatt“ ist. Allerdings hat der Magistrat am 9. November 1894 beschloffen, daß der Theil seiner Bekanntmachungen der Berliner Gemeindeverwaltung, welche zu ihrer rechtlichen Wirksamkeit der Veröffentlichung in ein für alle mal bestimmtes öffentliche Blätter bedürfen, außer im „Gemeindeblatt“ noch in der „Vossischen Zeitung“, der „National-Zeitung“ und dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ veröffentlicht werden solle. Lediglich so weit steht der Magistrat mit diesen Zeitungen in amtlicher Verbindung. Der Magistratsvertreter hat seinerzeit in öffentlicher Stadtverordneten-Versammlung ausdrücklich erklärt, daß jeder Zeitung, die sich verpflichtet, die städtischen Bekanntmachungen unentgeltlich aufzunehmen, dieselben zugehen würden. Daß dadurch nicht eine Zeitung zu einem oder, wie die Aufschrift auf dem „L. A.“ und seine „Berichtigung“ andeuten zu wollen scheint, zu dem „amtlichen Publikationsorgan des Magistrats“ wird, liegt auf der Hand. Der „Lokal-Anzeiger“ scheint eine Berechtigung seiner Behauptung, er sei amtliches Publikationsorgan des Magistrats, daraus abzuleiten, daß in dem angeführten Beschluß des Magistrats die drei angeführten Blätter in der oben bezeichneten Beschränkung als „amtliche Publikationsorgane“ bezeichnet sind. Daß der „Lokal-Anzeiger“ diese bürokratische, inhaltlich irrige Fiktion falsch auffaßt, könnte ihn schon ein Blick auf die „National-Zeitung“ und die „Vossische Zeitung“ lehren, die einen Hinweis, wie „amtliches Publikationsorgan des Magistrats“ nicht enthalten, wiewohl sie in demselben Maße wie der „Lokal-Anzeiger“ zur Veröffentlichung einzelner Magistrats-Bekanntmachungen benutzt werden. Die Bezeichnung „amtliches Publikationsorgan des Berliner Magistrats“ erweckt den Anschein, als ob der Magistrat seine sämtlichen amtlichen Bekanntmachungen im „L. A.“ veröffentlichte. Und dieser Schein trägt. Es ist also unsere gestrige Notiz in vollem Umfang anrecht zu halten. Bei Gelegenheit der Stadtberatungen im rothen Hause wird dem Magistrat Gelegenheit gegeben werden, ob er etwa sich mit der geschilderten, rethorischen Art der Ausübung seines amtlichen Beschlusses vom 9. November 1894 einverstanden erklärt.

Die Schöneberger Nothbrücke über den Landwehrkanal am Hafenplatz ist fertiggestellt.

Ueber die Verkehrszeiten des Reichs-Postmuseums finden sich in Tageszeitungen, Reise-Handbüchern, Adreßbüchern u. s. w. häufig unzureichende Angaben. Wie aus der Aufschrift der am Haupteingang zum Zentral-Postgebäude (Leipzigerstr. 15) aufgestellten Tafel ersichtlich, ist das Postmuseum geöffnet: Sonntags, sowie an den zweiten Feiertagen des Osters, Pfingst- und Weihnachtstages von 12 bis 2 Uhr, an den Wochentagen Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 11 bis 2 Uhr. Geschlossen ist das Museum jeden Mittwoch und Sonnabend, ferner an den ersten Feiertagen des Osters, Pfingst- und Weihnachtstages, am Neujahrstage, am Charfreitage und am Himmelfahrtstage. Eintrittsgeld wird nicht erhoben, weder an den Sonntagen noch an den Werktagen.

Der Kuratorialsekretär der Berliner Universität, Rechnungsrath Schmidt, ist am Donnerstag in Wilmersdorf gestorben.

Das Polizeipräsidium hat verfügt, daß in den Betrieben der elektrischen Straßenbahnen sämtliche Waggonen auf der linken Seite geschlossen sein müssen. Sowohl bei den Motoren als auch bei den Anhängewagen müssen die linksseitigen Perrons mit Gitter und bei Inbetriebsetzung von Sommerwagen der linke Kuffel in der vollen Wagenlänge gesperrt werden. Diese Bestimmung hat auch Gültigkeit für alle noch zu eröffnenden elektrischen Betriebe.

Der Bauplatz für das erste chemische Institut der Universität, das auf dem Gelände des alten Charité-Friedhofes zwischen der Invaliden- und der HannoverstraÙe errichtet werden soll, muß nach einer Verfügung des Unterrichtsministers bis zum 1. April d. J. freigelegt werden.

Ein wenig geschmackvoller Druckfehler ist einem hiesigen Blatte am Donnerstag passiert. In einer Anzeige seines Arbeitsmarktes sollte stehen: Tüchtige, selbstständige Arbeiterinnen auf Tinte nischer re. im Hause per sofort. Aus dem T zu Beginn des gesperrten Wortes hatte der Drucksetzer ein — S gemacht. Schluß!

Zu den Raubmordversuchen gegen den Pfefferluchenhändler Isidor Brod wird weiter berichtet, daß gestern, Freitag, nach dem Reste des geraubten Geldes, der noch fehlt, gesucht wurde. Kriminalbeamte holden einen der beiden Thäter aus dem Untersuchungsgefängnis zu Moabit ab und führten ihn nach dem Friedrichshain, wo er angeblich das Geld vergraben hat. Man hat sehr lange vergeblich gesucht. Ob die Nachforschungen schließlich Erfolg gehabt haben, ist nicht bekannt geworden.

Ein Edelster und Vester, namens E. v. Kriegshelm, der mit der Rheinisch-Westfälischen Bank in Verbindung stand und dann Direktor der Neuen Berliner Elektrizitätswerke und Akkumulatorenwerke gewesen ist, soll nach hiesigen Blättern ohne Deckung großer Verbindlichkeiten Berlin verlassen haben.

Ein Sittenbild. In Untersuchungsgefängnis genommen wurde am Donnerstag Nachmittag der Gardekürassier W. von der 4. Eskadron. Die Untersuchung war ganz im Stillen geführt worden, bis W. vorgestern Nachmittag gegen 5 Uhr vom Meidienste weg verhaftet und in das Militär-Kreßgebäude in der Lindenstraße abgeführt wurde. Es handelt sich um Sittlichkeitsverbrechen nach § 175 des Strafgesetzbuchs.

Der Kaufmann Isidor Brod befindet sich jetzt außer Lebensgefahr. Trozdem kann der Patient, der sich bei voller Bewußtsein befindet, noch nicht vernommen werden und zwar weil sein geistiger Zustand nicht normal ist. W. beantwortet wohl Fragen, jedoch nicht in sachgemäßer Weise und falsch. Es steht jedoch zu hoffen, daß W. seinen vollen Verstand wieder erhalten wird.

Die leidige Kleptomane. Bei einem Spizendiebstahl abgefaßt wurde gestern in einem bekannten Moabit'schen Waarenhause eine feingekleidete Dame, die detartige Diebstähle nicht zum ersten Male ausgeführt zu haben scheint. Die Dame ließ sich von der Verkäuferin verschiedene Spizen vorlegen und suchte darin herum, wollte dann jedoch den Laden verlassen, ohne etwas gekauft zu haben. Die Verkäuferin war auf das Fehlen einer sehr werthvollen Spitze sofort aufmerksam geworden und sagte der Person den Diebstahl auf den Kopf zu. Natürlich leugnete diese und wies es mit großer Entrüstung von sich, drohte auch sogar mit der Polizei. Aber es half ihr alles nichts, sie wurde nicht fortgelassen und der Polizei übergeben.

Das Glend der in Singeltangeln beschäftigten Mädchen illustriert eine Mittheilung, die wir im „Berl. Tagebl.“ finden: „Ein Streik der Chansonetten ist in einem hiesigen Spezialitätenlokal dritten Ranges ausgebrochen. Die Veranlassung zu diesem für die Jüngerinnen der leichtgeschürzten Muse ziemlich ungewöhnlichen Vorgehen bot eine Verfügung des gleichzeitig das Lokal leitenden Vorgesetzten „Direktors“, der mit dem neuen Jahre die sogenannten „Weinprojekte“ abschaffte. Da die Sängerinnen bei ihrer recht geringen Monatsgage auf diese Nebeneinkünfte angewiesen sind, und sich eine Zurücknahme der direktorialen Anordnung nicht erweirken ließ, stellten die Damen die „Arbeit“ ein. Ihre allerdings durch die „Reform“ persönlich nicht betroffenen männlichen Kollegen, Komiker und Kapellmeister, bekundeten einen bedeutlichen Mangel an Solidarität, indem sie nicht nur ruhig weiter spielten, sondern sich sogar mit Erfolg um die Anwerbung von Streikbrecherinnen bemühten.“

Wie gestern bereits gemeldet wurde, morgens die bei dem praktischen Arzt Dr. Wasserfmann am Kronprinzen-Ufer als Köchin dienende 25jährige Marie Blaha, aus St. Magdalena in Böhmen gebürtig, in ihrem Zimmer durch Leuchtgas vergiftet aufgefunden. Es hat sich herausgestellt, daß ein Selbstmord, wie gestern vermutet wurde, anscheinend nicht vorliegt. Das Gas ist aus einem Risse an der von der Decke herabhängenden Adhärenleitung ausgeströmt und hat so den Tod der Köchin Blaha herbeigeführt.

Beim Umbau eines Ladens im Hause Unter den Linden 46 fiel gestern Vormittag der 88 jährige Maurerpolier Max Vogel von einer 3 Meter hohen Klattung herab und zog sich eine so erhebliche Verletzung im Gesicht zu, daß er nach der Infirmität II und von dort nach Auflegung eines Verbandes nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden mußte.

Bürgerliche Blätter klagen darüber, daß das Nationaldenkmal für Wilhelm I. nicht zum 22. März fertig werde. Wie wäre es mit etwas Sonntagarbeit?

Herr Alfred Dohow sendet uns zu der in unserer Mittwochsmummer veröffentlichten Notiz „Kinderausbeutung“ eine Berichtigung, worin er die von uns geschilderten Praktiken, die in seinem Geschäft üblich sind, besträtigt.

Unglücksfälle im Straßenverkehr. Vor dem Hause Madairstraße 9 stürzte gestern früh ein ungefähr 30 Jahre alter Mann, der soeben eine in der Nähe liegende Schankwirtschaft verlassen hatte, ohne betrunken zu Boden und verletzte sich so schwer am Kopfe, daß der Tod sofort eintrat. Die Leiche, bei der keinerlei Ausweis-papiere vorgefunden wurden, ist nach dem Schauhause gebracht worden. — Infolge der Glätte fiel gestern Mittag der 16jährige Laubfursche Fußball-Kringel hin und brach den linken Oberarm. Er wurde nach dem Krankenhaus Moabit gebracht. — Nachmittags stürzte der Gerichtsvolksherr Otto Raach in der ZerkowstraÙe beim Abspringen von einem in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagen der Linie Rollendorfplatz-Alexanderplatz zur Erde und zog sich eine Verrenkung der Schulter zu. — Vor dem Hause Köpenickerstr. 21 wurde der vierjährige Sohn des Werklührers Geze, als er an der Hand des 16jährigen Arbeiters Albert Madle vor den Damm ging, durch einen mit drei Personen besetzten Sportwagen überfahren und am Kopfe und am Reie leicht verletzt, während sein Begleiter unverletzt blieb. Die Schuld an dem Unfälle soll den unbekannt gebliebenen Führer des Wagens treffen, der übermäßig schnell fuhr und die Vorübergehenden nicht angrufen hat. — In der Badstraße fiel der 72 Jahre alte Geberer Gottlieb Perzger kurz vor einem vorüberfahrenden Pferdebahnwagen der Linie Kreuzberg-Gesundbrunnen hin, gerieth unter den Wagen, der indessen über ihn hinwegging, ohne ihn im geringsten zu verletzen. Der alte Mann konnte bald darauf seinen Weg fortsetzen.

Achtung, Mariendorf, Tempelhofer, Marienselde! Die Parteigenossen werden auf die am Sonntag Nachmittag 3/4 Uhr im Lokale des Herrn Teutschbein in Marienselde stattfindende Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins für Mariendorf und Umgegend aufmerksam gemacht, in der Genosse Haber aus Berlin sprechen wird. Allen Parteigenossen erkrankt die Pflicht, der politischen Organisation beizutreten, die sich die Verbreitung unserer Ideen zum Ziele gesetzt hat und ihren Angehörigen Verlehung und Förderung ihrer Interessen bietet! Der Vorstand.

Zu Weiskusee findet am Sonntag Nachmittag 5 Uhr im Lokal von Albrecht, Ecke der Generalstraße, eine Volksversammlung statt. Genosse Ferkemberger hält einen Vortrag über „Die Weiber von Weiskusee“. Nach dem Vortrage gemüthliches Beisammensein. Namentlich Frauen und Mädchen werden eingeladen. Marie Werner.

Die Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins „Zukunft“ für Reinickendorf und Umgegend werden zum zahlreichen Besuch, der morgen, Sonntag Nachmittag, 3/4 Uhr bei Hausleiter, AlendestraÙe, stattfindenden Generalversammlung eingeladen. Genosse Knauf hält einen Vortrag über die Bewegung der Himmelskörper mit bildlichen Darstellungen; auch findet Neuwohl des Vorstandes statt. Gäste sind willkommen.

Der echt preussische Kampf gegen das Vereinswesen, der jetzt in Weiskusee vom dortigen Amtsvorsteher ins Werk gesetzt worden ist, hat vorgestern bereits in unserem Blatte eine kurze Würdigung erfahren. Das Christlich, welches der Amtsvorsteher am 5. Januar d. J. einer der gemäßigten Organisationen zugesandt hat, lautet folgendermaßen: Nach den Ausführungen des Igl. Ober-Verwaltungsgerichts in der Entscheidung vom 4. Januar 1895 — I. 12 — kann der Gesangverein „Fidels Geister“ „geschlossene Gesellschaft“ im Sinne

des Gesetzes nicht angesehen werden, da die Organisation des Vereins eine so lose ist und der Gewinn und Verlust der Mitgliedschaft an so geringe Voraussetzungen geknüpft sind, daß nicht mehr gesagt werden kann, ihre Mitglieder bildeten einen in sich geschlossenen, bestimmt abgegrenzten Kreis von unter sich verbundenen Personen. Der Verein ist offenbar nur zu dem Zwecke gebildet, den fremden Chelenten bei Umgehung der polizeilichen Vorschriften, insbesondere betreffs Ueberschreitung der Polizeistunde, Vorschub zu leisten. Die Versammlungen des Vereins werden daher fortan als „öffentliche“ betrachtet werden und unterliegen dem Eintritt der für das fremde Lokal festgesetzten Polizeistunde der Aufsicht, wenn sie darüber hinaus ausgedehnt werden sollten, gleichviel ob der Verein die Räume für seine Vereinszwecke gemietet hat, oder nicht.

Es braucht wohl kaum gesagt zu werden, daß das Lokal von Freyh, König-Strasse 41, im sozialdemokratischen Geruch steht, und daß der Wirth vorher schon durch Herabsetzung der Polizeistunde auf abends 10 Uhr gemahnt wurde. Zur Erläuterung sei noch bemerkt, daß der Verein „Fidele Geister“ mit der herbeigezogenen Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts nicht das geringste zu thun hatte, sondern daß der Amtsvorsteher erst jetzt, zwei Jahre nach erfolgter Gerichtsentscheidung, sich plötzlich darauf besonnen hat, daß sie auf den seit 1888 bestehenden Verein anwendbar ist. Dies genügt wohl zur Kennzeichnung der Zustände, unter denen vor den Thoren Berlins sozialdemokratische Arbeiter zu leiden haben. Es sollen Schritte zur Aufhebung der amtlichen Verfügung unternommen werden; ob dieselben Erfolg haben, läßt sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen schwer voraussagen. Vorläufig üben die Arbeiter von Weiskense eine Ehrenpflicht, wenn sie den bedrängten Wirth nach Kräften unterstützen.

Übermalt ist ein Kind das Opfer der unter der göttlichen Weltordnung herrschenden Zustände geworden. Gestern Mittag ist in der Falkstraße 7 das zweijährige Kind des Arbeiters A. Hoppe in Myrdorf erstickt. In Abwesenheit der Eltern (der Vater liegt im Krankenhaus und die Mutter ging ihrer Beschäftigung nach) hatten die Kinder mit Streichhölzern gespielt und die Betten angezündet. Als die Hausbewohner durch den Qualm, der aus der Wohnung kam, aufmerksam wurden, verschafften sie sich Eingang in die Wohnung und holten die Kinder heraus. Das jüngste war bereits todt und ein älteres dreijähriges betäubt; dieses hofft man am Leben zu erhalten.

Kunst und Wissenschaft.

Im Schauspielhaus, wo man jahraus, jahrein im feichsten Gewässer plätschert, wagte man sich am Donnerstag an einen selbstständigen literarischen Versuch, an die Aufführung von Hebbel's „Genovefa“. Gleich nach dem Erstlingswurf seiner „Judith“ beschäftigte den Dichter die Idee zu seiner „Genovefa“. Der Dramatiker in Hebbel erkannte, daß aus der naiven Legende, aus dem Volksbuch von der heiligen Genovefa keine Tragödie zu formen sei. Wo es nur Selbige und Verdammte giebt, Himmel-erkennende und Höllengeborene, da ist dem tragischen Dichter seine beste Kraft geraubt; zu offenbaren, wie im Wirbel der Leidenschaften die ungelieblichen Entschlüsse reifen. Das Volksbuch erzählt schlicht und gläubig: So war's. Der grüblerische Hebbel fragt: Wie kam's? Naturgemäß rückte so der böse Golo in der Legende in den Mittelpunkt der Tragödie. Für diese Gestalt ist die lebhafteste Färbung vorbehalten; was erwachte Leidenschaften an Spitzfindigkeiten erkennen, um ihr Recht zu begründen, das ist mit dem scharfen dialektischen Sinn, der schon in Hebbel's Jugendwerken als wesentliches Merkmal sich kundthut, und mit psychologischer Feinheit herausgearbeitet.

An der Schönheit entzündet sich des Jünglings Sinn. Aus dem Unwissen, der nichts begehrt, wird ein Liebedurstiger von flammender Begehrlichkeit. Er sieht um ein himmlisches Zeichen, um sich selbst vor seiner Begehrlichkeit vermessen zu rechtfertigen; und immer weiter reißt ihn die Dämonen in seiner Brust, bis alle Begriffe von gut und böse sich in seinem Hirn verwirren, bis er verwirrt, wonach er so heiß sich sehnt, und zugleich gegen sich selber wüthet. Es müßte eigentlich von einer Golo, nicht von einer Genovefa-Tragödie die Rede sein. Und in der That ist das beste, was der Dichter geben kann, zum Schluss des 3. Aktes ausgegeben. Hier ist die Tragödie innerlich vollendet. Wie in den beiden Schlusakt und im Nachspiel die Geschichte der kessenen Dulderin Genovefa sich erfüllen, die nicht mehr im gleichen Maße Geist von besonderen Geiste Hebbel's; die Legende wird nicht mehr vermenschlicht und vertieft. Zwischen den beiden Hälften der Tragödie läßt ein künstlerischer Widerspruch. Das wird zum Theil mit die Schuld sein, warum Hebbel's Genovefa sich nicht die Bühne eroberte.

Der dicker durchglühete Solotragedie liegen auch persönliche Beziehungen zu Grunde. Mehrfach ist in der „Genovefa“ von der heiligen Opferbereitschaft des Weibes die Rede. Hebbel hatte sie, als seine Tragödie entstand, beide kennen gelernt, die kläglich auswühlende Begehrlichkeit der eigenen Seele und das hingebende Helbenthum des Weibes, das dem Dichter in der merkwürdigen Gestalt der tapferen Hamburgischen Arbeiterin Elise Lenzing begegnete. Was in einem Weib an Opferbereitschaft stecken kann, an dieser schlichten Frau hat Hebbel es erfahren.

Hebbel's „Genovefa“ ist höchst selten auf die Bühne gelangt. Vor Jahrzehnten wurde die Dichtung von der schieflichen aller Zensuren, der Wiener Zensur, zersert und verstreut als „Magelone“ auf dem Burgtheater aufgeführt. Genovefa ist eine Kirchenbelle und eine Heilige durfte nicht auf den Brettern erscheinen. In Berlin ist die Tragödie in der Bearbeitung des Direktors Grube zum ersten Male aufgeführt worden. Der literarische Versuch wird leider rasch vorüber ziehen. Er fand nicht die rechte Empfänglichkeit und wohl auch nicht das Verständnis des Publikums. Wer sein Publikum mit dem Witz der Schönlhan, Eubiner und Stowronnel fast ausschließlich pappelt, der soll sich nicht wundern, weil dasselbe Publikum vor einem gedankenschweren Werk stumpf und gleichgültig dastht. Dazu kommt, daß Matkowski, der Hauptdarsteller, nach seiner Lieblingsmanier sich gehen ließ und abwechselnd zwischen Säufeln und Donnern hin- und her schwankte. So wurden die Absichten des Dichters vergrößert. Es ist schwer, beliebten Schauspielern ungebührliche Manieren anzutreiben. Der besseren Einsicht des literarisch gebildeten Regisseurs setzt sie ihre Volkstümlichkeit entgegen, und am Ende entscheidet der geschäftliche Vortheil. Berauschet der Golo Matkowski's sich in der Kraftprobe, so sähle das temperamentvolle Fr. Poppe als Genovefa sich nicht ganz frei, nicht in ihrem Element.

Die Neue Freie Volksbühne bringt morgen, Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Central-Theater Max Trepper's „Winterschlaf“ zur Aufführung. Wir haben das Stück vor Jahresfrist bei seiner Aufführung im Deutschen Theater eingehend besprochen. Es ist beachtenswerth wegen seiner interessanten Behandlung der Frauenfrage.

Direktor Friese geht für die Monate April und Mai mit seinem Operetten-Ensemble nach Amerika. Während dieser Monate ist das Theater unter den Linden für monatlich 15 000 M. zu verpachten. Ob sich leichtfertige Leute finden werden?

Die „ wilde Sache“ wird im Central-Theater noch bis Ende nächster Woche gegeben.

Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater geht heute „Reinhold“, ein Volkschauspiel in 4 Akten mit freier Benutzung der gleichnamigen Dichtung von Frey Reuter, von Hermann Jahnke und William Schirmer zum ersten Male in Szene. In den Hauptrollen sind beschäftigt: Maria Halger, Emilie Vogl, Marie Gehmann, Holy Lang, Max Samst, Max Ehrfeld, Karl Thiemann und Robert Hartberg.

Gerichts-Beitrag.

Ein Zuhörer, der sich gestern in der sechsten Berufungs-Kammer des Landgerichts I befand, ließ sich hinreißend, die Ausführungen des Verteidigers mit einem „Bravo!“ zu belohnen.

Der Vorsitzende ließ ihn sich vorführen und auf den Antrag des Staatsanwalts wurde er zur Verbüßung einer sechsständigen Haftstrafe sofort abgeführt. Hätte eine Verwarnung nicht auch genügt?

Seit drei Tagen findet hier selbst in einem kleinen Hinterzimmer des Kriminalgerichtes die Vernehmung zahlreicher Zeugen statt, die in der Klagesache des Hofpredigers a. D. Stöcker gegen den Redakteur der „Neuen Saarbäder Zeitung“, Schwochow, vor dem ersuchten Richter, Antirichter Schreiner, geladen sind. Herr Schwochow ist wegen zweier Artikel unter Anklage gestellt worden. In dem ersten Artikel wurde behauptet, daß Herr Stöcker zu grunde gegangen sei, weil er den Weg der politischen Besonnenheit, der bürgerlichen Ehrlichkeit und der kirchlichen Lauterkeit verlassen habe, in dem zweiten wurde angeführt, daß in den Fällen, in welchen es ihm möglich gewesen wäre, die abfälligen Urtheile seiner Gegner durch das Gericht auf ihre Wahrheit hin prüfen zu lassen, er schließlich es für klüger erachtet habe, den Straf Antrag zurückzuziehen. Der Angeklagte Schwochow hatte sich auf eine Reihe von Zeugen berufen, die die Wahrheit seiner Behauptungen zu bezeugen vermöchten, und es ist beschlossene worden, diese hier in Berlin kommissarisch zu vernehmen zu lassen. Die Vernehmung findet nun seit drei Tagen statt und zwar in Gegenwart des Rechtsanwalts Arnold Goldstein als Vertreter des Angeklagten Schwochow, sowie des Hofpredigers a. D. Stöcker, dem der bekannte antikemistische Abgeordnete Rechtsanwalt Dr. Viehagen-Hamburg zur Seite steht. Die Vernehmungen sind sehr eingehende und dauern täglich mehrere Stunden. Bis jetzt sind vernommen: Redakteur Oberwinder, Prediger Repler, Prediger Hülle, Prediger Engel, Prediger Witte, Dr. Arthur Levgsohn, Prof. Dr. Brecher und Graf von Bernstorff. Demnächst wird die Vernehmung des Obersten v. Krause stattfinden.

Ein Ortsrat der Stadt Dirschau regelt die Theilnahme von Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern am Fortbildungs-Unterricht und verpflichtet die Arbeitgeber, die jungen Leute am Schulbesuch nicht zu hindern. Wegen Vergehens gegen das Ortsstatut wurde der Handwerksmeister Radolsti vom Schöffengericht und vom Landgericht zu einer Geldstrafe verurtheilt, da er seinen Lehrling vom Besuch einer Schulschule abgehalten hatte. Radolsti legte Revision ein und führte zu ihrer Begründung an, der Leiter der Anstalt habe eine Lehrstunde, die sonst immer Donnerstags abgehalten wurde, ausnahmsweise auf den Mittwoch verlegt, und an diesem Mittwoch habe er den Lehrling im Geschäft nicht entbehren können. Auch habe er nur die Verpflichtung, den jungen Mann in die regelmäßigen Schulstunden zu schicken, er sei aber nicht verpflichtet gewesen, ihn an der betreffenden, eigenmächtig vom Schulleiter verlegten Stunde theilnehmen zu lassen. Der Strafsenat des Kammergerichts wies die Revision mit der Begründung zurück, daß die Verlegung des Unterrichts zulässig sei und vom Besuch der Lehrstunde nicht entbinde.

Ein saubere Prekariat. In Düsseldorf wurde der Redakteur Friedrich Baumann gestern von der zweiten Strafkammer wegen Verleumdung und versuchter Erpressung und Betrages zu neun Monaten Gefängnis verurtheilt und sofort verhaftet. Der Angeklagte hatte von der Schwester des kürlich wegen schließlicher Fälschung, Befischung und Betrages verurtheilten Dr. Volbeding unter der Trohung, eine zweite Broschüre über Volbeding herauszugeben, 8000 M. erhalten und versucht, noch 1500 M. zu bekommen. Der Staatsanwalt hatte 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust beantragt.

Seiner Durchsicht dem Fürsten Ludwig zu Sayn-Wittgenstein-Dobenstein passierte das kleine Malheur, in Konkurs zu gerathen. Trotzdem theilte er sich an der Kreiswahl im Wahlbezirk der größeren Grundbesitzer des Kreises Wittgenstein, und zwar ließ er sich durch den Postmeister vertreten. Der Kreiswahl erklärte jedoch die Wahl wegen seiner Theilnahme mit der Begründung für ungültig, daß im Konkurs befindliche Leute von der Wahl ausgeschlossen seien. Der Bezirksausschuss hob indessen den Beschluß des Kreiswahl wieder auf. Die Wahl sei gültig, denn nach der Kreisordnung habe Fürst Ludwig sein Wahlrecht unter den obwaltenden Umständen zwar nicht persönlich ausüben dürfen, er sei aber doch berechtigt gewesen, damit einen qualifizierten Vertreter zu betrauen. Dieser Entscheidung ist der II. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts beigetreten. Ein merkwürdiges „Recht“!

Aus München wird uns berichtet, daß das Gesuch um Wiederaufnahme des Verfahrens in der Angelegenheit des wegen Raubmordes zum Tode verurtheilten Maurers Berthold abgelehnt worden ist. Der Verteidiger des Verurtheilten hat Beschwerde beim Ober-Landesgericht eingereicht. Wegen die Schuld des auf Indizien hin verurtheilten Mannes bestehen bekanntlich schwerwiegende Zweifel.

Soziales.

Fabrikinspektorat. Die Gewerbetliche Wilhelm Dwyer, mann in Posen und Max Beckmann in Frankfurt a. O. sind für diese Regierungsbezirke zu Aufsichtsbearbeitern im Sinne des § 139b der Gewerbe-Ordnung bestellt und die bisherigen kommissarischen Gewerbe-Inspektoren Dr. Friedrich Hefemann in Rortheim, Eduard Koyer in Wesel und Max Donath in Berlin zu Gewerbe-Inspektoren ernannt worden.

Der Bundesrath hat für die statistische Aufnahme der Dampf- und Dampfmaschinen, sowie der Dampfessel-Explosionen folgende Begriffsbestimmung der Dampfessel-Explosionen festgesetzt: Eine Dampfessel-Explosion liegt vor, wenn die Wandung eines Kessels durch den Dampfessel-Vertrieb eine Trennung in solchem Umfange erleidet, daß durch Ausströmen von Wasser und Dampf ein plötzlicher Ausgleich der Spannungen innerhalb und außerhalb des Kessels stattfindet. Der Grund für die Festsetzung dieser Definition ist der Umstand, daß vielfach Zweifel herrschen, welche Beschädigungen von Dampfesseln als durch Explosionen veranlaßt zu betrachten sind.

Die „Krenz-Zeitung“ teilt für den Entschluß eines besonderen Strafgesetzes gegen unsittliche Ausbeutung im Arbeitsverhältnis ein. Sie hat dabei insbesondere die Handlungsgehilfen im Auge, die infolge ihrer meist schlechten Bezahlung und wegen der Furcht, sonst arbeitslos zu werden, dem wüthigen Chef leicht zum Opfer fallen. „Es handelt sich“, sagt die „Krenz-Zeitung“, „bei den unsittlichen Anträgen der Prinzipale an ihr weibliches, äußerst knapp bezahltes Personal einfach um eine Ausbeutung in einem Sinne, der auf eine Stufe mit dem Weiblicher zu stellen ist; doch wird bei der durchaus erforderlichen gesetzlichen Regelung nicht nur das vollständig Vergehen strafbar gemacht werden müssen, sondern in erster Linie auch der unsittliche Antrag als solcher, gegen den heute nur die gewöhnliche Verleumdung zulässig ist; befinden sich die Verläuferinnen doch in einer durch das färgliche Einkommen hervorgerufenen Nothlage, deren Ausbeutung allein schon vor den Strafgesetzen gehört.“

Bekanntlich ist es die sozialdemokratische Presse gewesen, die zuerst und am eindringlichsten die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Parem-wirtschaft eines gewissen Theils des sogenannten „Arbeitsberthums“ lenkte und das Einschreiten der Gesetzgebung sowohl gegen Unternehmer wie auch gegen Vorgesetzte verlangte, die das Arbeitsverhältnis zu unsittlichen Zwecken mißbrauchten. Daß dem Schatz eines solchen Gesetzes aber auch die Dienboten und die Landarbeiterinnen unterstellt werden müssen, versteht sich von selbst.

Heber die Gewerbe-Inspektion in Sachsen-Weimar hat die Berliner „Volks-Zeitung“ gemeldet, daß Genosse Wandert Hilfsarbeiter des Fabrikinspektors für Sachsen-Weimar sei. Genosse Wandert theilt uns hierüber auf eine anläßlich dieses Artikels von uns an ihn gerichtete Anfrage folgenden mit:

„Ende November kam der Fabrikinspektor zu mir und betonte, er sehe ein, daß er einer Weilsche von jemand, der im Fabrikwesen bewandert sei, haben müsse, und am besten sei es,

wenn dies nicht öffentlich bekannt wäre, er habe mit dem Großherzog, Bezirksdirektor gesprochen und da sei ihm der Vorschlag gemacht, sich mit mir in Verbindung zu setzen, was er hiemit thun wolle. Ich habe ihm daraufhin meine Bereitwilligkeit zugesagt und diese auch bekräftigt, umso mehr, da ich sah, daß der Herr Fabrikinspektor sich bemühte, vorhandene Mißstände abstellen zu lassen. — Der Veröffentlichung dieses Verhältnisses sehe ich fern, ich kann nur annehmen, daß der ehemalige Redakteur der Weimarschen „Neuesten Nachrichten“, Herr Gothe, der Verfasser ist, in dem derselbe kurz vor Weihnachten als Gast in meinem Lokale u. a. mich fragte, ob es wahr sei, was man sich in Weimar erzählte, daß das Staatsministerium dem Herrn Fabrikinspektor auf dessen Wunsch um Beihilfe in einzelnen Distrikten, mich für Apolda vorgeschlagen habe, jedoch aus gewissen Gründen dies nicht offiziell thun könne. Ich habe darauf dem Herrn G. erklärt, daß dies nicht richtig sei.“

Veranstaltungen.

Friedrichsberg. Der Verein deutscher Schuhmacher (Zilla VI) vollzog am 12. d. M. die Vorstandswahl. Gewählt wurden Schichold, Brachwih und Bucht, zu Revisoren M 0 3 und M 1 1 0. Die nächste Versammlung findet am 25. Jan. statt.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Vizepräsident Dr. W. K. Krennberger im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kottum, Mauerstr. 49, v. 1. Z.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgegend. Als Gutschriften, den Bund betreffend, sind zu richten an P. G. 1, S. Preßbörsestraße 107/8.

Arbeiter-Kameradschaft Berlin und Umgegend. Versammlungen im Vereinskalender sind zu richten an Otto Schulz, Kottbusser Damm 78.

Arbeiter-Gildengesellschaft für Stadt-Friedman. Die Vereins-Versammlung fällt am 19. Januar aus. Sonagen findet am Montag, den 18. Januar im „Hohenschloß“ zu Friedmann eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Reichthum-Abgeordneter W. Hebel referiren wird. Zahlreiche Theilnahme erachtet der Entwerfer. Siehe auch Jafacet.

Allgemeines Kranken- und Sterbekasse der Heilbarbeiter (G. S. 10.). Zilla Berlin 1. Heute Abend 8 Uhr, Sündenstr. 106 bei Jubel. Versammlung. Zilla Berlin 4. Heute Abend 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Fris Wille, Andreasstr. 26. Tages-Ordnung: 1. Kasseebericht. 2. Jahresbericht. Zilla Berlin 5. Mitglieder-Versammlung: Heute Abend 8 Uhr bei Kaplin, Kottbusserstr. 88. Tages-Ordnung: 1. Kasseebericht. 2. Jahresbericht. Zilla Charlottenburg. Mitglieder-Versammlung: Heute Abend 8 Uhr im Restaurant „Eden“, Wilmersdorf 74. Zilla Ritzdorf. Mitglieder-Versammlung: Heute Abend 8 Uhr bei Zilla, Kirchhölzerstr. 41.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 17. Januar 1897, vormittags 9 Uhr, päpstlich, Rosenhainstr. 28: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. Um 11 Uhr, vormittags, ebendort: Vortrag des Herrn G. Boglher: „Das höhere Gesetz“. Abends 7 Uhr in Kellers Hofläden, Rappentstr. 20. Gesellige Versammlung: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille über: „Die Kunst und das Volk“.

Kranken-Unterstützung- und Begräbnis-Verein der Schwedischen und verwandten Gemeinde Deutschlands. Zilla Berlin 4. Sonntag, den 17. Januar, vormittags 10 Uhr: Versammlung bei Zilla, Wilmersdorfstr. 9.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Reichthumskreis Berlin, Brandenburg, Rügen. Sonntag, den 17. Januar, vormittags 10 Uhr bei Zilla, Wilmersdorfstr. 26. Sitzung. Gütliche Willkommen.

Freie Vereinigung selbstständiger Handwerker, Freisens und Vertriebsmänner Berlin und Umgegend. Sonntag, den 18. Januar, abends 10 1/2 Uhr bei Zilla, Wilmersdorfstr. 28: General-Versammlung.

Vermischtes.

Die Werthschätzung des Menschenlebens unter der preussisch-deutschen Kultur. Große Aufregung herrscht unter den Solinger Arbeitern wegen folgenden Vorfalles. Ein dortiger Messerschleifer Christian Hartmann hatte sich nach seiner Heimath, dem Städtchen Röhden im Waldeschen, begeben. Als er vor einigen Tagen mit mehreren Freunden in einer Privatwohnung kniepte, wobei es ziemlich geräuschvoll zugeht, klopfte es plötzlich leise an das Fenster des betreffenden Parterrezimmers. D. ging hinaus, um zu sehen, was denn eigentlich los wäre. Draußen stand der Ortsgendarm mit zwei Nachwächtern. Der Gendarm stellte den Arbeiter wegen seines Verhaltens zur Rede, worauf dieser ebenso schroff erwiderte. Es kam unter den streitenden Parteien zum Wortwechsel und schließlich zum Handgemenge. Im Verlauf desselben machte plötzlich ein Schuß aus dem Revolver des Gendarmen und auf den Tod getroffen sank Hartmann nieder. Die Verurteilung hat unter außerordentlichen Theilnahme stattgefunden. Auch die beiden Ortsgehilfen, von denen einer dem Verstorbenen einen tiefempfunden Nachruf widmete und ihn ausdrücklich gegen den Vorwurf des Romythums in Schutz nahm, theilnahmen an dem Begräbnis. Auf die behördliche Aufklärung des bedauerlichen Vorfalles darf man mit recht gespannt sein.

Auch im Dorfe Nordmalde wurde, wie aus D 5 n a b r ü c k gemeldet wird, ein Handwerker durch einen Gendarmen, der ihn beim Betteln betroffen hatte, erschossen, als er flüchtete!

Herienkoloniales. Der als Defecteur flüchtig verfolgte Soldat Oskar Gräbner von der 12. Compagnie des hiesigen 4. Infanterie-Regiments Nr. 108 wurde jetzt in dem sogenannten Königswasser unweit des Dorfes Nadelwitz als Leiche aufgefunden. Seitengedrückt und Nüße lagen am Ufer des Wassers. Es ist anzunehmen, daß der 21 Jahre alte Gräbner, welcher sich am 3. d. M. aus der Kaserne entfernte, vermuthlich aus Furcht vor Strafe den Tod selbst gesucht hat.

In Görlitz ist die Modellschlerei und Schlosserei von Prüß ein Raub der Flammen geworden.

Ein bemitleidenswertes Opfer des Militärdienstes ist ein Mann geworden, in dem sich menschliches Empfinden gegen unerträgliche Peinigungen ausgedämmt hatte. Der „Frankfurter Zeitung“ wird über die Angelegenheit aus Würzburg gemeldet: Der Gemeine Georg Roth aus Langenthal in Hessen vom achten bayerischen Infanterie-Regiment in Metz hatte dem Unteroffizier Kurt desselben Regiments, der ihn durch körperliche Mißhandlung aufs äußerste gereizt hatte, unter den Worten: „Dund, ich schlage Dich todt!“ einen Schlag mit einem Lebnungsweiser auf den Kopf versetzt, weshalb er zu drei Jahren Gefängnis verurtheilt wurde. Der Staatsanwalt und Staats-Auditor Andres hatte acht Jahre Gefängnis beantragt. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß Unteroffizier Kurt den Angeklagten erst bis zur Erschöpfung Laufschritt und dann Kniebeuge mit vorgestrecktem Gewehr hatte machen lassen. Da dem Unteroffizier die Kniebeuge nicht tief genug war, riß er Roth am Säbelgurt tiefer nieder, woraus dieser den Schlag führte. Das Verhalten des Unteroffiziers Kurt bezeichnete der als Verteidiger fungierende Premier-Lieutenant, der sich des Angeklagten warm annahm, als ganz vorschrittsmäßig. „Noch sei körperlich und feilich so gequält worden, daß er in seinem Unteroffizier nicht mehr seinen Lehrer, sondern nur mehr seinen Peiniger habe erblicken müssen.“

Im Zuchthaus zu München erlief ein Sträfling den 28-jährigen Gefangenenaußeser Blind. Der Mörder ist der wegen Todtschlages, Meuterei etc. zu insgesamt 14 Jahren Zuchthaus verurtheilte Steinträger Stabde, der sich seit 8 Jahren im Zuchthaus befindet. Er nach dem Aufseher mit einem Säbelschwert deart in die Brust, daß der Tod fast augenblicklich eintrat. Der Mörder wurde sofort ergriffen und gefesselt in Einzelhaft gebracht. Eine Gerichtskommission begab sich alsbald an Ort und Stelle. In dem Räume, in dem die That verübt wurde, befanden sich noch 28 andere Sträflinge.

Die Pest in Bombay. Der Agent des Reuterschen Bureaus* in Bombay hat einen eingehenden Bericht über die durch die Pest in Bombay verursachten Verheerungen telegraphisch hierher übermittelt. Der Handel ist gelähmt. Die Hälfte der Bevölkerung ist geflohen. Die Gerichte sind geschlossen. Die Einwohner weigern sich, die auf den Straßen liegenden Leichen zu beerdigen. Bis jetzt verstorben die Pest die Europäer und ebenso die im Herzen des Eingeborenen-Quartiers wohnende Levanter. Der amtliche Bericht für gestern meldet 8294 Erkrankungen, 2866 Todesfälle. Die Pest tritt nunmehr auch in Poonah auf.

Wetter-Prognose für Sonnabend, 16. Januar 1897. Ruhig, ein wenig kälter, vorherrschend wollig oder neblig ohne wesentliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zeitschrift findet Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 7-8 Uhr statt.
P. P., Dölnstraße. 1 Exemplar nach Wunsch abgehandelt.
Die juristische Zeitschrift findet Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 7-8 Uhr statt.

Rein; der Sohn ist zur Unterstutzung seiner Eltern, nicht aber zur Unterstutzung seiner Schwiegereltern nach dem Gesetz verpflichtet.
Charlotteburg. 1. Leider ist die Herrschaft nach der preussischen Gemeinde-Ordnung berechtigt, die Weihnachtsgeschenke zuruckzufordern.

lassen und die dadurch entstehenden Kosten vom Wirth eintragen.
100. Die Sachen der Ehefrau, auch wenn diese außer Ehelicheit gemeinlich mit ihrem Ehegatten lebt, haften für die Miethe.

Parteigenossinnen u. Genossen!
Montag, den 18. Januar, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Keller, Koppenstr. 29:
Große Volks-Versammlung.

Groß-Lichterfelde.
Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 1 Uhr, im Lokale des Herrn Blesnack:
Gr. öffentl. Gewerkschafts-Versammlung.

Große öffentliche Versammlung
der selbständigen Mützenmacher
und deren Frauen
Sonntag, den 16. Januar, abends 8 Uhr, im Saale der Brauerei Kötzow, Prenzlauer Allee.

Buchbinder!
Montag, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:
Große öffentliche Versammlung
sämtlicher der in Buchbinderei, Album-, Karton-, Kontobuch-, Leder- u. Luxuspapier-Fabriken beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen.

Achtung! Rixdorf!
Deutscher Holzarbeiter-Verband.
General-Versammlung
am Dienstag, den 19. Januar, abends 8 Uhr, in den Viktoria-Bälen, Hermannstr. 48-50.

Verband der Möbelpolierer!
Nächsten Montag, abends 8 Uhr, bei Keller, Koppenstraße 29 (oberer Saal):
General-Versammlung.

Karton-Branche!
Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:
Große Versammlung.

Wir empfehlen unseren Lesern die neue Wochenchrift
In freien Stunden.
Romane u. Erzählungen für das arbeitende Volk.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.
Montag, 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Hrn. Henke, Rauschnstraße 27:
Werkstatt-Delegirten-Versammlung.

Metallarbeiter!
Sonntag, den 17. Januar, mittags 12 1/2 Uhr, bei B. Raabe, Kolbergerstraße 23:
Öffentliche Versammlung.

Arbeiter-Bildungs-Schule.
Sonntag, den 17. d. Mts., vormittags 10 1/2 Uhr:
Rede-Uebung (Fortgeschritten-Kursus) im Lokale der Nordschule, Brunnenstrasse 25.

Orts-Krankenkasse der Steindrucker und Lithographen zu Berlin.
Am Sonntag, den 21. Januar cr., vorm. 11 Uhr, findet im Feenpalast, Burgstr. 22, eine Wahl-Versammlung.

Bekanntmachung
der Orts-Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker
betreffend die Delegirten-Wahl.

Reinhold Streit
Nannys-Strasse 86
empfiehlt Freunden u. Bekannten sein Weiss- u. Bairischbier-Lokal, Vereinszimmer bis 50 Personen fassend, noch mehrere Tage frei.

Achtung! Mechaniker. Achtung!
Hierdurch fordere ich alle diejenigen Kollegen auf, die Karten à 10 und à 50 Pf. in den Monaten März, April, Juni von mir oder dem Kollegen R. Schöne u. n. entnommen haben, dieselben heute, Sonntag, den 16. Januar, abends 8 Uhr, im Restaurant Stallstr. 7 abzugeben.

Für Wiederverkäufer.
Roth-, Zwiebel- u. Mettwurst, 5 Pfd. gemischt à Pfd. 45 Pf.
f. Leber-, Schlackwurst u. Salami, 5 Pfd. gemischt à Pfd. 75 Pf.
Rohschneideschinken, à 8-15 Pfd. à Pfd. 80 Pf.
Schinken in Brodteig gebacken, 5-6 Pfd. schwer, à Pfd. 65 Pf.
J. A. Partenheimer, Bornä C, Kaiser Wilhelmstr. 19a.

Erste Berliner Normalkneipe.
Berkehr empfehlenswerth, streng reelle Waare.
Rudolph Krüger, Pian-Werks, a. d. Waterloo-Brücke.
Wichtig für Marktfahrer! Eine Partie Reichenhuser hat billig abgegeben E. Loewicke, Alie Jakobstr. 18/19. 38465

Achtung! Vergolder. (Zentrale Berlin).
General-Versammlung
am Montag, 18. Januar, pünktlich abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Groß, Amnenstraße 16.

Butter bedeutend billiger!
Verkauf von heute
feine Tafelbutter à Pfd. 1,00 M.
Alfred Grünenthal, 9172*
1. Geschäft: Neue Roststraße 1. 2. Geschäft: Köpnickstraße 3, Ecke Neue Jakobstraße.

Reinhold Streit
Nannys-Strasse 86
empfiehlt Freunden u. Bekannten sein Weiss- u. Bairischbier-Lokal, Vereinszimmer bis 50 Personen fassend, noch mehrere Tage frei.

4. Wahlkreis (Osten).
Am Sonnabend, den 16. Januar 1896, in Joel's Salon, Andreasstrasse No. 21:
Gr. Wiener Masken-Ball,
arrangirt vom Sozialdem. Agitationsklub für den Osten Berlins.

Literarische Rundschau.

Rudolf Stammler: „Wirtschaft und Recht nach der materialistischen Geschichtsauffassung“ Leipzig 1896; 668 Seiten.

Dies Buch, dessen Verfasser Professor der Rechte in Halle ist, bringt nicht, wie man nach dem Titel vielleicht mutmaßen könnte, historische Erörterungen, die den Zusammenhang von Recht und Wirtschaft im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung beleuchten sollen.

Das die materialistische Geschichtsauffassung nicht etwas in sich selbst abgeschlossenes und fertiges sei, wird man gerne zugeben. Ganz abgesehen davon, daß das unermeßliche Gebiet der Geschichte von diesem neuen Standpunkte aus ja nur zum allergeringsten Theile durchforstet worden ist, bietet die von Marx geleistete prinzipielle Konzentration, wie sie in der Einleitung „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ vom Jahre 1859 vorliegt, mannigfache Schwierigkeiten; so ist z. B. der Begriff der „Produktionsverhältnisse“ der „ökonomischen Struktur“ und der Wechselbeziehung von „Produktivkräften“ und „Produktionsform“ noch nicht erschöpfend klargestellt.

Das ist der klar vorgeschriebene Weg, um diese Geschichtsauffassung, die doch zugleich eine Theorie der ökonomischen Entwicklung und eine Theorie des Zusammenhanges des ökonomischen und des sonstigen gesellschaftlichen Lebens sein will, fruchtbar zu ergängen und zu verfeinern.

Leider hat der Scharfsinn des holländischen Rechtsprofessors U. M. Wege eingeschlagen, die, soweit ich sehe, bei aller Konzentration und Energie des Denkens schließlich ins Leere verlaufen.

Was er an der materialistischen Geschichtsauffassung rühmend hervorhebt, das ist ihr Bestreben, Einheit in die Auffassung des geschichtlichen Lebens zu bringen, ihr „monistischer“ Grundgedanke. Jenes Streben nach Einheit und Geschlossenheit der Geschichtserkenntnis erreicht aber nach der Meinung Stammler's im historischen Materialismus sein Ziel vor allem darum nicht, weil Marx den Grundbegriff des „sozialen Lebens“, der in jeder Betrachtung besonderer sozialer Lebensprozesse (also auch der Ökonomie) bereits vorausgesetzt wird, nicht klar herausgearbeitet habe.

Ich kann nicht finden, daß die Fragestellung glücklich ist. Stammler hat unzuweifelhaft darin recht, daß der Begriff der Gesellschaft und des sozialen Lebens über das bloß räumliche Zusammensein der Menschen hinaus ein geregelt zusammenwirken derselben einschließt. Aber was folgt aus diesem allgemeinen Begriffe für die Auffassungsweise der geschichtlichen Entwicklung? Doch nur dieses, daß die vergesellschafteten Menschen in den verschiedenen wechselseitig einander bedingenden Sphären ihres Zusammenwirkens (Ökonomie, Familie, Staat; ideelles Leben) die ihnen durch Naturanlage und konkrete Gesellschaftsordnung vorgeschriebenen oder erzwungenen Zwecke verfolgen und solchermaßen, zu immer neuen Zwecken angetrieben, die Art und Weise des gesellschaftlichen Zusammenwirkens stetig umgestalten. Jede Gesellschaftsordnung, als ein Produkt der Menschen, erzeugt neue über das Gegebene hinausgehende Zwecke und trägt so den Keim ihrer eigenen Umwälzung in sich. Das ist, kann man sagen, der allgemeine Rhythmus der geschichtlichen Bewegung. Was Stammler als Grundlage aller Sozialwissenschaft fordert, daß „in dem Wechsel des sozialen Lebens Einheit hergestellt werde“, ist durch jene durchgängige Wechselbeziehung von Gesellschaftsordnung und menschlicher Natur, als Erzeugerin und Fortbildnerin der Gesellschaftsordnung, bereits gewährleistet. Der Hinweis auf die Wechselwirkung aller sozialen Prozesse schließt den Hinweis auf die zwecklebende menschliche Natur, als die in dieser Wechselwirkung agierende Einheit, mitrennbar in sich. Aber eben weil diese monistische Auffassungsweise in dem Begriff sozialer Wechselwirkung bereits enthalten und insofern selbstverständlich ist, wird man sich keine neuen großen Aufschlüsse von ihr versprechen dürfen. Vor allem kann diese Auffassung, da sie gerade von der spezifischen durch Marx gesetzten Aufgabe, den inneren Entwicklungsengang der Ökonomie und ihren Zusammenhang mit den anderen Sphären des Gesellschaftslebens zu begreifen, abstrahiert, und rein an dem abstrakten Gedanken der Einheit und Wechselwirkung, dem allgemeinen Rahmen des gesellschaftlichen Geschehens, schließt, in keiner Weise eine Ueberwindung der materialistischen Geschichtsauffassung darstellen.

Was für die hier erwähnte monistische Formulierung, gilt auch für die monistische Formulierung Stammler's, die, wie mir scheint, sich als noch bedeutend unfruchtbarer erweist. Stammler nimmt zum Ausgangspunkt seiner Deduktionen nicht den Gegensatz zwischen Verhältnissen, die durch gesellschaftliches Zusammenwirken erzeugt sind, und dem hierdurch bestimmten, zugleich über diese Verhältnisse hinausgehenden Willen der Gesellschaftsmitglieder, sondern den inneren Unterschied von sozialer „Materie“ und sozialer „Form“.

Als soziale Materie gilt ihm das reale gesellschaftliche Zusammenwirken, als soziale Form die äußere, durch Menschen gesetzte Regelung dieses Zusammenwirkens. Man ist es freilich selbstverständlich, daß jedes Zusammenwirken der Menschen zugleich ein irgendwie geregeltes sein muß, schon darum, weil alles Zusammenwirken auf die Realisierung von Zwecken geht, also im Zweck ein regelndes Prinzip sich gegenüber hat. Aber je nach der Art des Zusammenwirkens, je nach den besonderen Zielen, denen dasselbe in Ökonomie, Staat und Familie dient, wird auch die Art und das Wesen der Regeln ein innerlich durchaus unterschiedenes sein. Es bleibt ganz unerfindlich, wozu in aller Welt es dienen soll, daß Stammler unter Abstraktion von den verschiedenen Arten des gesellschaftlichen Zusammenwirkens ihren gemeinsamen formalen Charakter, das äußere „Geregelte“ alles Zusammenwirkens, hervorhebt, dies „Geregelte“ dann als „Recht“ dem sozialen Zusammenwirken als „sozialer Wirtschaft“ entgegenstellt, und diesen Unterschied als Schlüssel jeder einseitigen Gesellschafts- und Geschichtsauffassung proklamirt? Eine monistische Auffassungsweise ist, wie ich zu zeigen suchte, ganz unabhängig von dieser seitlichen Gegenüberstellung möglich, welche die sachlich interessierenden Artunterschiede des gesellschaftlichen Zusammenwirkens durch eine formalistische Unterscheidung geradezu verewaltigt.

Die Begriffe von „Recht“ und „Wirtschaft“, welche Stammler auf diesem Wege konstruirt, sind derartig weit und schemenhaft, daß sich mit ihnen nicht das geringste anfangen läßt. Wenn „Wirtschaft“ alles wirkliche Zusammenwirken zu irgend welcher Bedürfnisbefriedigung bedeutet, so entfällt eben der ganze gesellschaftliche Lebensprozeß, nicht nur die Ökonomie, unter diesen Begriff. Warum man diesen realen Lebensprozeß dann „Wirtschaft“ nennen soll, ist unklar. Und ebenso verflüchtigt sich hier der Begriff des „Rechtes“, da er nicht die von der Staatsgewalt formulirten und durch Zwangsmittel garantierten Satzungen, sondern nach Stammler schlechthin alle äußere Regelung des Zusammenwirkens umfaßt. Erklärt er doch z. V. ganz ausdrücklich, daß auch die sog. Konventionalregeln, z. B. zu gründen, da sonst kein Gegengruch erfolgt, unter jenen allgemeinen Rechtsbegriff fallen. Auf Grund des Stammler'schen Rechtsbegriffes kann man dann auch deduziren, daß die Regel der Arbeitsteilung in einer naturalwirtschaftlichen Bauernfamilie, daß die Regel, nach der das Einkommen einer auf Gelderwerb bestehenden Familie zur Bedürfnisbefriedigung der Familienglieder verwandt wird, daß die Regel der Preisbildung, die die Regel, nach der die Nachfrage dem Angebot sich anpaßt u. s. w. u. s. w., Rechtsregeln sind.

Welcher Sinn kommt einer solchen Terminologie dann noch zu? Die Identität, die hier hervorgekehrt wird, ist eine ganz unfruchtbare, denn wenn ich unter Recht alle äußere Regelung — und jedes soziale Zusammenwirken ist äußerlich geregelt — zusammenfasse, so kann ich eben von dem Recht nichts weiter aussagen, was für die sozialwissenschaftliche Erkenntnis von Bedeutung wäre. In dieser Dunkelheit verschwinden alle Bestimmtheiten.

Vielleicht verweist man, um den Einwand der Unfruchtbarkeit zu entkräften, auf das Resultat der Stammler'schen Untersuchung, daß alle national-ökonomischen Sätze, die man aufstellt, stets nur „unter der Bedingung einer bestimmten äußeren Regelung menschlichen Zusammenlebens“ gelten. Aber bedurfte es zu dieser Einsicht des Stammler'schen alle Unterscheidungen des Rechtsbegriffes? Die bestimmte äußere Regelung menschlichen Zusammenlebens, von der Stammler hier spricht, ist eben das, was Marx die Produktionsordnung oder Produktionsform nennt. Daß aber eine Produktionsform eine äußere Regelung des gesellschaftlichen Zusammenlebens einschließt, ist selbstverständlich und konnte auch von Marx unmöglich übersehen werden. Warum meint Stammler also über Marx hinausgegangen zu sein, wenn er das äußere „Geregelte“, das doch in dem Begriffe der Produktionsordnung liegt, mit besonderer Betonung hervorhebt? Er sät so dem Begriffe der Produktionsordnung seinen allgemeinen Schema ein, aber diese Einfügung ist doch keine neue sozialwissenschaftlich fruchtbare Erkenntnis. Die Relativität der ökonomischen Kategorien war mit dem Marx'schen Begriffe der wechselnden Produktionsformen gegeben, erhält aber durch die Einfügung dieses Begriffes in das Stammler'sche Schema keine weitere Vertiefung.

Ein anderer Punkt, auf dem man sich gegen den Einwand der Unfruchtbarkeit vielleicht berufen wird, ist die prinzipielle Scheidung, die Stammler auf Grundlage seiner Begriffsbestimmung zwischen technischer und sozialwissenschaftlicher Untersuchung meint vornehmen zu können, eine Scheidung, der er großes Gewicht beimißt. Vom formalen Standpunkte aus, erklärt Stammler, interessiert uns die Art des Zusammenwirkens, sofern sie unter äußeren Regeln steht; also nicht die Frage nach der Technik des Zusammenwirkens und die Feststellung, wie die einzelnen zur Er-

reichung eines gewissen Erfolges jeweils eingzugreifen haben“. Beide Momente zu unterscheiden, ist sicherlich von Interesse. Aber was leistet der Stammler'sche Rechtsbegriff für diese Unterscheidung? Er ist so weit gespannt, daß auch die Regeln technischen Zusammenwirkens, die gerade aus aller sozialrechtlichen Betrachtung nach Stammler's Ansicht ausgeschlossen werden sollen, unter diesen Rechtsbegriff, d. h. ins Gebiet der „Sozialwissenschaft“, fallen. Denn wenn das Recht nichts anderes als die äußere, durch Menschen gesetzte Regelung des sozialen Zusammenwirkens ist, so sind — ich weiß nicht, wie man dieser Folgerung ausweichen will? — doch die Vorschriften des technischen Zusammenwirkens Rechtsregeln von konventionalem Charakter. Selbst hier scheint uns das logische Begriffsgehäm, der alle konkreten Unterschiede auslöschende Rechtsbegriff Stammler's, jeden Dienst zu versagen.

Wenn wir uns auch des mangelnden Raumes wegen mit dieser knappen, gegen Stammler's Grundbegriffe gerichteten Polemik begnügen müssen und auf den an jene Begriffsentwicklung sich anschließenden vielfach verzweigten, oft sehr interessanten Gedankengang seines eigenartigen Buches nicht näher eingehen können, sei hier zum Schluß wenigstens noch mit einigen Worten auf die Ausführungen über soziale Teleologie (den Zweck im Gesellschaftsleben) hingewiesen.

Da die Menschen auch nach materialistischer Auffassung ihre Geschichte selbst machen, so ist von vornherein so viel klar, daß die in der historischen Entwicklung herrschende Kausalität sich nur vermittelst der Zwecke und der Aktion der Menschen vollzieht. Der Klassenkampf, dieser Hebel der ökonomisch-politischen Bewegung, ist ja selbst nur ein Kampf um Zwecke, die ihrerseits wiederum durch die gegebene gesellschaftliche Konstellation den verschiedenen Gruppen der Gesellschaftsmitglieder ermöglicht oder direkt aufgedrungen werden. Es befremdet, daß Stammler auf die Klärung dieses den Vertretern des historischen Materialismus doch selbstverständlichen Gedankens so große Mühe verwendet. Immerhin räumt er wenigstens ein, daß diese Klärung, die man in gewissem Sinne auch eine teleologische nennen kann, mit dem Wesen der kausalen erklärenden Marx'schen Geschichtsauffassung nicht im Widerspruch steht. Aber, führt er fort, die von den verschiedenen Klassen verfolgten Zwecke können und müssen nicht allein vom Standpunkte der verschiedenen einander widerstrebenden partikularen Klasseninteressen, sondern von einer höheren Werte aus beurteilt werden. Ueber dem Klasseninteresse steht das allgemeine Menschheitsinteresse, dem als Ideal ein sozialer Zustand vorschwebt, dessen „Regelung im Sinne einer allgemein gültigen Berücksichtigung jedes Rechtsunterworfenen geschieht, so daß ein jeglicher so behandelt und bestimmt wird, wie er, als frei gedacht, wollen muß.“ Es wäre dies offenbar die Verwirklichung einer Gesellschaftsordnung, die der Idee eines vernünftigen, von allen Gesellschaftsmitgliedern gebilligten contract social entspräche. Die Sozialisten haben wahrlich keinen Grund, eine solche Art der Betrachtung prinzipiell abzuweisen. Ihnen gilt ja die Emanzipation der Arbeiterklasse zugleich als die Emanzipation der Menschheit, als ihre Befreiung von jeder Art der Ausbeutung und Knechtschaft, als die Verwirklichung allgemeiner vernünftiger Interessensharmonie.

Indessen ist es, daß Stammler nun von Sozialismus als höchste Aufgabe den wissenschaftlichen Nachweis verlangt, daß seine Ziele diesem allgemeinen Menschheitsideal entsprechen. Ebenso wenig wie der Kant'sche kategorische Imperativ aus dem Wesen der menschlichen Vernunft in wirklich wissenschaftlicher Weise abgeleitet werden kann, ebenso wenig auch dieses allgemeine Menschheitsideal. Aber angenommen sogar, daß sei möglich, wie soll dann ein zwingender wissenschaftlicher Beweis dafür erbracht werden, daß eine sozialistische Organisation von jehermann als Konsequenz des Ideals angestrebt werden müsse? Immer ist für den, welcher aus irgend welchen psychologischen und gesellschaftlichen Gründen dem sozialistischen Gedanken widersteht, dann noch der Einwand möglich, die Realisirung einer solchen Organisation sei aus den und den Ursachen praktisch unmöglich, oder der andere Einwand, daß nach Herstellung derselben ein allgemeines Philisterrium, das dem Ideal menschlichen Fortschrittes direkt widerspreche, eintrüben werde. Wie will man solchen aus subjektivem Widerstreben hervorgehenden Einwänden wissenschaftlich zu Leibe gehen. Wer nicht schon ohnehin im Sozialismus sein Klassen- und sein Menschheitsideal erblickt, wird durch logisch-moralistische Beweisführung wahrlich nicht dazu zu bringen sein. Sehr treffend ist, was Engels in dieser Beziehung über sein Jugendwerk „Die Lage der arbeitenden Massen in England“ sagt: Dasselbe vertrat überall die Spuren der Abstammung des modernen Sozialismus von einem seiner Vorfahren — der deutschen klassischen Philosophie. So wird großes Gewicht gelegt auf die Behauptung, daß der Kommunismus nicht eine bloße Parteidoktrin der Arbeiterklasse ist, sondern eine Theorie, deren Endziel ist die Beseitigung der gesammten Gesellschaft, mit Einschluß der Kapitalisten, aus den gegenwärtigen einengenden Verhältnissen. Dies ist im abstrakten Sinne richtig, aber in der Praxis meist schlimmer als nutzlos.

Wie die Stammler'sche Unterscheidung von „Recht“ und „Wirtschaft“, so erscheint uns auch seine Einführung des „unbedingten“ Rechtsideals für die Methode der sozialwissenschaftlichen Untersuchung — und eine solche Methode will eben das Werk entwerfen — unfruchtbar. Die belebende Anregung, die es jedem ernsthaften sozialgerichteten Nachdenken bietet, wird man darum aber in keiner Weise unterschätzen dürfen. Sie rechtfertigt zur Genüge das Aufsehen, welches dieser eigenartige Versuch allenthalben gemacht hat.

Soziale Rechtspflege.

Gegen die Lohnentziehungsklagen von neun Bauern und zwei Arbeitern, die vor der Kammer III des Gewerbegerichts verhandelt wurden, erhob der bellagte Maurermeister Gutliche mehrere Einwände. Er gab zunächst an, die Kläger hätten die Arbeit selber wiedergelegt. Ferner will er für den Fall, daß sie es nicht gethan hätten, zu ihrer Entlassung wegen grober Verleumdung berechtigt gewesen sein. Und zu guter Letzt machte er noch den schüchternen Versuch, jede Verantwortung dem Kolonnenführer aufzubürden, indem er betonte, daß er betreffs der Ausführung der Arbeit ja nur mit diesem verhandelt habe. Der Vorsitzende Bohmeyer stellte jedoch sofort fest, daß für den Kolonnenführer wie für jeden anderen seiner Mitarbeiter von Bellagten die Krankenkassen- und Invaliditätsversicherungsbeiträge geleistet wurden. Gutliche fügte sich dem auch in die Rolle des Arbeitgebers. — Der Gerichtshof nahm eine eingehende Beweisüberlegung vor. Diese ergab, daß es am Sonnabend vor Weihnachten wegen einer falschen Berechnung der fertigen Arbeiten, an der ein Buchhalter des Bellagten die Schuld trug, zu einem kleinen Krach gekommen war. Der Bellagte hatte mit Rücksicht auf das Verhalten der Leute dann am 21. Dezember zu dem Kolonnenführer B. gesagt, er möchte von dessen Mitarbeitern, einen ausgenommen, keinen mehr auf dem Bau haben. Es sind ihnen denn schließlich auch auf Veranlassung des B. die Bücher und Papiere zurückgegeben worden, allerdings mit der Maßgabe, daß die Papiere zurückgeben könne, wer weiter arbeiten wolle. Interessant ist aus der Aussage des beim Rechts-

streit unbetheiligten Kolonnenführers, daß der Bellagte geäußert habe: Wenn von den fraglichen Leuten welche auf dem Bau zurückblieben, würde er jede Kleinigkeit herandrehen; auch könnte er so grob werden, daß er mit der Peitsche dreinschläge. — Natürlich wollte Gutliche letzteres nicht wahr haben. Der Gerichtshof verurtheilte den Bellagten gemäß dem Klage-Antrage, jedem Kläger eine vierzehntägige Lohnentziehung zu zahlen. Zur Begründung führte der Vorsitzende aus: Aus dem Ergebnis der Beweisüberlegung sei zu entnehmen gewesen, daß die Kläger entlassen worden seien. Nach dieser Feststellung sei das Gericht der Frage näher getreten, ob etwa ein Entlassungsgrund vorgelegen habe. Die Frage habe verneint werden müssen, wenn auch die Kläger vor dem Komtoir, während dort die fehlerhafte Abrechnung richtig gestellt wurde, sich lärmend darüber aufgehalten hätten, daß sie der Meister auf Geld warten lasse und daß er einen „schönen“ Buchhalter habe, der nicht mal rechnen könne. Erfolgt sei es richtig, daß sie auf die Begleichung einer Forderung hätten warten müssen und dann sei die Rechnung des Buchhalters thatsächlich falsch gewesen. Wenn weiter richtig wäre, daß einer dem ans Fenster getretenen Bellagten zugesehen habe: „Ja, ja, wir sind noch hier, und wenn's noch lange dauert, kommen wir zu Ihnen“, dann würde das immer nur für die Entlassung des einen Unbekannten sprechen. — Bellagter sei auch haftbar, wenn bei der Entlassung sein Bevollmächtigter nicht in seinem Sinne handelte, sondern die Vollmacht überschritt; höchstens könne er an dem Bevollmächtigten Regress nehmen.

Gerichts-Beitrag.

Bereitschaftliches. Der deutsche Holzarbeiterverband hielt am 27. Juni 1896 im Lokale des Gastwirths Moritz in Landsberg a. W. eine Versammlung ab. Die Polizeibehörde legte Herrn Moritz, als den Mann, der seine Räume für die Versammlung hergegeben hatte, deshalb ein Strafmandat von 15 M. ev. drei Tagen Haft auf, weil die Versammlung nicht polizeilich angemeldet worden war. Demnachst erkannte das Schöffengericht im selben Sinne und die Berufung hiergegen verwarf das Landgericht. Sämmtliche Instanzen nahmen an, daß in der Versammlung hätten öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollen und daß ihre Anmeldung nicht hätte unterbleiben dürfen. Nach § 12 des Vereinsgesetzes sei auch der Strafbau, der seinen Saal zur Abhaltung einer nicht angemeldeten Versammlung, die der Anmeldepflicht unterliege, hergebe. Moritz legte Revision ein und machte geltend, daß ihm der Vorstand versichert habe, es sei alles in Ordnung, und er sich darauf verlassen hätte. In anderen Fällen hätte er sein Lokal den Clubmännern nicht zur Verfügung gestellt. Unter diesen Umständen könnte er doch nicht haftbar gemacht werden. Seine Revision wurde indessen vom Straffenat des Kammergerichts am 14. Januar abgewiesen. Die §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes seien ohne Rechtsirrtum angewandt worden.

Ein moderner Staatsanwalt. Der Arbeiter Mollert war im vorigen Jahre zu Vantenburg auf einem Neubau thätig gewesen und hatte von dem Bauherrn Rudorf den nichtfälligen Lohn nicht erhalten. In der Erregung über diese Handlung schlug Mollert dem

Bauherrn mit einem Stock über den Kopf. Natürlich wurde Anklage wegen Nötigung u. Körperverletzung erhoben und Kollert hatte sich gestern vor der Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Der Staatsanwalt hielt mit Rücksicht darauf, daß Arbeiternehmer, wenn sie ihren Lohn nicht erhielten, nur zu sehr geneigt seien, mit Gewaltthätigkeiten gegen die Arbeitgeber vorzugehen, eine empfindliche Strafe am Plage und beantragte vier Wochen Gefängnis. Der Gerichtshof beurtheilte den Fall milder und erkannte auf 20 M. Geldstrafe.

Von der Rixdorfer Gendarmarie. Wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt hatte sich dieser Tage der Schlosser Kettner in Rixdorf vor dem dortigen Schöffengericht zu verantworten. In der Nacht vom 27. zum 28. August v. J. kam der Angeklagte über die Thielensbrücke nach Rixdorf und wurde von fünf oder sechs Strolchen belästigt. Von denselben verfolgt, flüchtete er nach dem Amtshaus, um dort Schutz zu suchen. Als ihm auf wiederholtes Klopfen an der Thüre nicht geantwortet wurde, schlich er mit seinem Schirm ans Fenster. Darauf erschien Gendarm Schneider und fragte nach seinem Begehre. Ueber die Sache aufgeklärt, forderte nimmich Schneider den Kettner auf, nach Hause zu gehen. Als Kettner sich weigerte, zu gehen, weil auf der gegenüberliegenden Straßenseite die Strolche auf ihn warteten, wurde er von Schneider verhaftet. Der Angeklagte will alldann beim Eintreten in den Flur sofort vom Gendarm Bornemann, der hinter der Thüre gestanden habe, Säbelhiebe über den Kopf erhalten haben, daß er auf die Treppenstufen stürzte und dann beim Umkehren noch durch zahlreiche Säbelhiebe über Kopf und Arme verkehrt worden sein. Der erst dann hinzugelommene Gendarm Demuth sei dem Bornemann mit den Worten: „Aber lieber Kollege Bornemann, was machen Sie bloß“, in den Arm gefallen und habe ihn am Weiter-schlagen verhindert. Kettner will dann mehrere Male ohnmächtig geworden sein.

Der Junge Gendarm Demuth belundel, er sei mit Bornemann zugleich dem Schneider zu Hilfe gekommen, weil der Angeklagte sich weigerte, ins Wachtlokal zu gehen, und dem nun Gewalt anwendenden Gendarm sich widersetzt habe. Demuth habe den Kettner von der Treppe hochheben wollen, was ihm aber nicht gelungen sei, weil K. sich am Treppengeländer festgehalten habe. Hierbei habe er, Demuth, sich ganz mit Blut bedeckt. Dann erst, als die Bemühungen vergeblich waren, habe Gendarm Bornemann mit den Worten: „Jetzt werde ich Euch zeigen, wie man solchen Widerstand bricht“, mit der Waffe derart auf Kettner eingeschlagen, daß ihm von Demuth die Waffe abgerungen und der Mißhandelte in das Wachtlokal getragen worden sei. Der auf Anordnung des Amtsvorstehers sofort herbeigerufene Arzt, Herr Dr. Nagel, fand den Angeklagten blutüberströmt vor und mußte die Wunden, eine von 7 Zentimeter Länge, zunähen, woraus Kettner in seine Wohnung getragen wurde. Nebenbei sei noch bemerkt, daß der Gendarm Bornemann am nächsten Tage vorläufig vom Dienste dispensiert und einer Nerven-Heilanstalt zur Beobachtung seines Geisteszustandes überwiesen wurde.

Zwölf alledem kamen die Richter des Schöffengerichts Rixdorf zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte Kettner des Widerstandes für schuldig zu erachten sei und verurtheilten ihn unter Zustimmung mildernder Umstände zu 3 M. Geldstrafe event. 1 Tag Gefängnis.

Ein agrarisches Kulturbild. Das Landgericht Stargard (Pommern) hat am 30. Juni v. J. den Rittergutsbesitzer Kurt Sebricht von Kitzing zu Marien wegen Körperverletzung zu einer Gefängnisstrafe verurtheilt, ferner den Arbeiter Friedrich Wilhelm Zinke wegen Hausfriedensbruchs in zwei Fällen ebenfalls zu einer Gefängnisstrafe. Z. stand bei v. R. in Arbeit und wollte die Stellung im Januar v. J. aufgeben. Hierbei lies er jedoch auf Widerstand des Herrn v. R., welcher behauptete, Z. habe sich noch auf ein Jahr verpflichtet. Z. legte aber dennoch die Arbeit nieder und kam eines Mittags auf den Gutshof, um sich seinen Entlassungsschein zu holen. Herr und Arbeiter kamen bei dieser Gelegenheit in Streit. Der mehrmaligen Aufforderung, den Hof zu verlassen, kam Z. nicht nach. Der von R. aber schlug den Arbeiter mit einem Stocke an den Kopf. — Gegen das Urtheil hatte nur v. R. Revision eingelegt. Das Landgericht erachtete dieselbe für begründet, hob in der vorgestrigen Sitzung das Urtheil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. In den Entscheidungsgründen hieß es: Es scheint, daß das Landgericht einen rechtswidrigen Angriff nur dann für gegeben erachtet, wenn jemand mit Waffengewalt bedroht wird. Aber auch ein Angriff auf das Hausrecht berechtigt zur Nothwehr, und das Landgericht hätte prüfen müssen, ob die Handlung des Angeklagten v. R. in der Nothwehr begangen war.

Was der Portepce-Führer mit dem Säbel anfang. Aus München wird berichtet: Wegen des durch unvorsichtige Behandlung einer Waffe verursachten Todes eines Kameraden stand heute der Portepce-Führer des 1. Ulanen-Regiments Karl Graf von Holstein vor dem Militärbezirksgericht. Graf von Holstein ist ein Sohn des vor vier Jahren in den Ruhestand getretenen und vor zwei Jahren verstorbenen Oberst-Hofhaltmeisters Grafen Holstein, der unter König Ludwig II., namentlich 1870/71 und in den folgenden Jahren eine bedeutende politische Rolle gespielt und großen Einfluß auf den König ausgeübt hat. Die Affäre des jungen Holstein spielte sich zur Zeit der vorjährigen Manöver in Ingolstadt ab, wobei die Kriegsschüler auf einer Uebungsreise kommandirt waren. Im August 1896 kamen abends gegen 10 Uhr vier Portepce-Führer in ihr Quartier im Exerzierhaus, wo Portepce-Führer Graf v. Holstein bereits seit einiger Zeit zu Bette lag. Unter Scherzen und Lachen wollten sie einen der Thürigen fangen, um sich mit ihm zu belügen. Der verfolgte Weidling retirirte hinter das Bett Holstein's und hielt den abgeschwungenen Säbel wagrecht gegen den Andrängenden. Holstein verbat sich den Lärm, sprang aus dem Bette, packte den Säbel Weidling's am Korbe, riß ihn mit den Worten: „Wart, ich will Euch helfen!“ aus der Scheide, hieb in Fuchterstellung mit dem Säbel in den Rücken der dicht beifammen stehenden, ihn aber nicht sonders beachtend Portepce-Führer hinein und hieb dann vorwärts. Der scharfgeschliffene Säbel traf den Portepce-Führer Steigle, Sohn eines Gerichtsrats, zwischen der sechsten und achten Rippe derart, daß der Verletzte am 28. November starb. Holstein sprach in der Verhandlung die Vermuthung aus, Steigle sei selber infolge einer plötzlichen Wendung in den Säbel gerannt oder sei von dritter Seite in ihn gedrängt worden. Das Urtheil lautete auf 10 Monate Festung.

Versammlungen.

Ueber den Hamburger Hafenarbeiterstreik und seine Lehren hielt am Donnerstag Abend im Saale des „Prislaten“ der Redakteur Weinhäuser von der „Zeit“ einen öffentlichen Vortrag, der nur recht schwach besucht war. Der Redner behandelte sehr eingehend den Verlauf des Streiks und nahm eine den Streikenden sympathische Stellung ein. In der sich anschließenden Diskussion meinte ein früherer christlich-sozialer Dr. Jordan, daß Streiks nur Augenblickserfolge erzielen können, es müsse eine soziale Gesellschaftsordnung geschaffen werden, die alle wirtschaftlichen Kämpfe unmöglich mache. Der Sekretär des Ostdeutschen Jünglingsbundes, Lithograph Tischendorf, erwiderte, daß man derartige künftigen Jahrhunderten überlassen, gegenwärtig aber die praktische Arbeiterbewegung fördern müsse. Am Schluß der Versammlung wurde zu Gunsten der Streikenden eine Sammlung veranstaltet.

„Die Sozialdemokratie in der Volksschule“ lautete das Thema, über welches Bernose Wagner am Mittwoch Abend in einer gut besuchten Volksversammlung im „Berliner Theater“ sprach. Die Kritik, die Redner insbesondere an dem Ministerial-Erlaß vom 18. Oktober 1890 und der vom Stadtschulrath Schulz beliebten Auslegung übte, wurden von der Versammlung mit lebhaftem Beifall

ausgenommen. Von den in der Versammlung zahlreich anwesenden Lehrern meldete sich keiner zum Wort. Dagegen verlangte Herr Schriftsteller Kochendorfer einhellig und unentgeltlich zu liefernde Lehrbücher. Frau Wengels, Frau Lubmann, Barthels, Wehrle und Wagner verlangten ebenfalls, daß die Lehrmittel einhellig und unentgeltlich geliefert und der Unterricht mehr auf die im praktischen Leben erforderlichen Dinge ausgedehnt werde. Eine Resolution, welche die Zustimmung der Versammlung zu den Ausführungen des Referenten ausspricht und eine freihellige Erziehung unserer Jugend zu denkenden Menschen verlangt, sowie der Antrag Kochendorfer, wurden von der Versammlung angenommen. Frau Koch richtete zum Schluß einen lebhaften Appell an die Frauen, mehr als bisher die sozialdemokratischen Zeitungen und Schriften zu lesen und für deren Verbreitung Sorge zu tragen. Am Montag findet abermals eine von den Frauen einberufene Volksversammlung in Kellers Festsaal statt, in der Reichstags-Abgeordneter Feus referiren wird.

Ueber Volksernährung und Volkseinkommen sprach am Donnerstag Reichstags-Abgeordneter Wurm in einer in den Armirenhallen abgehaltenen nur mäßig besuchten Volksversammlung. In gemeinverständlicher, lehrreicher Weise erörterte der Redner die durch wissenschaftliche Forschung festgestellten Grundbedingungen einer ausreichenden Ernährung und legte dann ausführlich dar, daß mehr als Dreiviertel der Bevölkerung nicht ein so hohes Einkommen haben, um sich die notwendigen Nahrungsmittel zu beschaffen, welche erforderlich sind, um den Menschen auf die Dauer körperlich und geistig gesund und leistungsfähig zu erhalten, um so weniger, als die Schutzpolitik gerade die wichtigsten Nahrungs- und Genussmittel der breiten Volksmassen ungebührlich verteuere. Ein schlecht genährtes Volk aber müsse notwendig körperlich und geistig erschaffen, ja in Stumpfheit versallen, um dann ein in jeder Hinsicht williges Ausbeutungssubjekt für den Kapitalismus abzugeben. Die Sorge für die Möglichkeit einer allseitig guten Ernährung trage demnach in hohem Grade dazu bei, die Bevölkerung nicht nur körperlich, sondern auch geistig zu kräftigen und mache sie dadurch fähiger zu dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse.

In der gutbesuchten Volksversammlung, die von dem Vertrauensmann für den II. Berliner Reichstags-Wahlkreis zum 14. Januar nach der Bodrauer einberufen war, sprach Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen in einem sehr interessanten Vortrag über: „Polizei und Presse.“ Seine treffenden Ausführungen und die ihm eigene satirische Kritik fanden in der Versammlung lebhaften Beifall. Eine Frage des Genossen Erwald beantwortete der Referent dahin, daß die neue Ober-Präsidial-Verordnung, welche die öffentlichen Versammlungen an Sonntagen u. dgl. betrifft, zweifellos ungeschicklich sei, der sie gegen die Artikel 29 und 30 der preussischen Verfassung verstoße. Wäre ihre Aufhebung auch durchaus notwendig, so glaube er, Redner, bei der heutigen Zusammensetzung des Kammergerichts nicht an einen Erfolg, und dies umso weniger, als die Polizei heute alles beherrsche. Eine weitere Diskussion wurde nicht beliebt — Stadthagen hatte etwa 2 1/2 Stunden gesprochen. Mit einem begeisternden Hoch auf die Sozialdemokratie trennte man sich.

Der sozialdemokratische Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Donnerstag bei Dülke, Grenadierstraße, eine Generalversammlung ab, in der Stadtverordneter Genosse Dupont über: „Vorgänge im Nothen Hause“ referirte. Der Redner, der die Vorkommnisse im Stadtverordneten Kollegium eingehend beleuchtete, wies unter anderem auf das Verhalten der Gegner bei dem Streik der Gasarbeiter, sowie bei den Verhandlungen mit der Großen Berliner Verkehrsbahn-Gesellschaft hin und erinnerte an den jüngsten Beschluß, die Gemeindeglieder in ihrer Gesammtheit zu der bevorstehenden patriotischen Feiertagsfeier heranzuziehen. Redner bedauerte, daß die Arbeiter, im Gegensatz zu der bürgerlichen Klasse, den kommunalen Einrichtungen allzuwenig Bedeutung beilegen und erlucht die Versammlung, neben den großen politischen Fragen auch diejenigen gelegentlich zu erörtern, die auf kommunalem Gebiet liegen, um auf diese Weise das Interesse unter den Genossen auch für die städtische Verwaltung, wo noch vieles geschaffen werden kann, wach zu halten. In der Diskussion befragte ein Redner den Austritt aus der Landeskirche, um zu zeigen, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, ihre Kinder an derartigen Veranstaltungen theilnehmen zu lassen. Der Referent wies darauf hin, daß die Eltern keineswegs gesetzlich verpflichtet werden können, ihre Kinder an der geplanten Kirchenfeierlichkeit als Staffage benutzen zu lassen. Nach dem hierauf folgenden Kassenericht, betragen die Einnahmen im 4. Quartal 1896: 188,15 M., die Ausgaben 72,50 M., bleibt mithin ein Bestand von 115,65 M. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassier Decharge ertheilt. Wie der Vorsitzende berichten konnte, hat der Verein wieder eine Stärke erlangt, die der des aufgelösten Vereins gleichkommt, sobald auch für den 5. Kreis der Schlag parirt ist, den man mit dem Kollerkoup der Partei-Organisation versehen wollte. Gleichzeitig forderte der Redner die Genossen zur regeren Theilnahme an den Arbeiten auf, damit der Verein seinen Aufgaben gewachsen sei.

Der Verein der Plätterinnen nahm in seiner Sitzung vom 5. Januar den Kassenericht vom letzten Vierteljahr entgegen. Die Einnahmen betragen 822,74 M., die Ausgaben 79,44 M. Die Einnahmen des Unterstützungsfonds beliefen sich auf 293,15 M., die Ausgaben auf 180 M. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Mähling erster Vorsitzender; Frau Knorr zweite Vorsitzende; Frau Schulz erste, Fr. Caster zweite Kassierin; Fräulein Kühl erste, Frau Müller zweite Schriftführerin; Frau Benz und Fräulein Waldt Revisorinnen. Für die Hamburger Hafenarbeiter bewilligte die Versammlung 50 M. Zum Schluß wurde auf den Mastenball aufmerksam gemacht, der am 30. Januar stattfindet.

Der Arbeitervertreter-Verein hielt am 5. d. Mts. eine Vereinsversammlung ab. Dähne verlas aus dem Bericht der amtlichen Nachrichten mehrere Referatsentwürfe, die von prinzipieller Bedeutung sind. Das Referat gab zu einer recht interessanten Debatte Anlaß, an der sich Gathe, Buchholz, Schallhoff und Stuhlmann theilnahmen.

Die Filiale des Allgemeinen Tapezirer-Vereins hielt am 6. Januar ihre Mitgliederversammlung ab. Einleitend ermahnte Friedmeyer die Anwesenden, in diesem Jahre mehr als im vorausgesehenen für die Organisation zu wirken. Die übrigen Gegenstände der Verhandlung betrafen Vereinsangelegenheiten und wurde am Schluß bekannt gegeben, daß am 3. April das Stützungs-Fest stattfindet.

Im Verein der Töpfer sprach am 6. d. M. Dr. Friedberg in einem interessanten Vortrag über den Körperbau des Menschen. Hierauf unterbreitete Böcker den Mitgliedern die Abrechnung vom letzten Quartal. Danach betrug die Einnahme 885,60 M. und die Ausgabe 207,41 M. Die Mitgliederzahl ist auf 428 gestiegen. Davon entfallen auf Berlin 270, Charlottenburg 43, Rixdorf 83, Rankow 22 und Schöneberg 16. Sodann gelangte ein Antrag Thiemer, den Vorstand mit der Aufstellung eines Flugblattes zu beauftragen, zur Annahme. Nach der Wahl des zweiten Vorsitzenden, mit welchem Amt Heinrich Wolf betraut wurde, gab der Vorsitzende die Versammlungen im Monat Januar bekannt. Am 14. werden in Steglitz, am 20. in Berlin und am 21. in Charlottenburg Versammlungen einberufen.

Im Verein der Barbier, Friseur und Perrückenmacher referirte am 7. d. M. Starosson in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Was erwarten wir von der Gesetzgebung?“ Nach einer kurzen Diskussion wurde unter Vereinstangelegenheiten mitgetheilt, daß die nächste Versammlung am 21. Januar stattfindet.

Der Zentralverband der Konditoren unterbreitete seinen Mitgliedern in der Sitzung vom 7. d. Mts. die Abrechnung vom letzten Quartal, die einen Kassensbestand von 61,76 M. aufwies. Hierauf erfolgte die Wahl des Gesamtvorstandes, die folgendes

Resultat ergab: Koch erster, Brühl zweiter Vorsitzender; Maner, Kassier; Bigusch, Schriftführer; Weisenstein und Buchs, Revisoren; Koch, Stellvertreter; Haase, Bibliothekar; Kabisch, Zeitungspediteur. Den Hamburger Hafenarbeitern bewilligte die Versammlung 10 M. und wurde beschlossen, pro Mitglied 25 Pf. bis zur Beendigung des Streiks beizusteuern. Das Stützungs-Fest des Vereins findet am 6. Februar im Lokal von Grindel statt.

Die hiesige Mitgliedschaft des Zentralvereins der Bureau-Angestellten hielt am 7. d. M. ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, um in derselben den Jahresbericht seitens des Vorsitzenden und des Kassiers entgegenzunehmen. Wie der Vorsitzende bekannt gab, waren zu Anfang des Jahres 1896 als fester Stamm nur ca. 60 Personen. Die agitatorische Wirkung, resultirend aus der Ueberreichung des Regulativs an den Anwaltsverein, brachte ein bedeutungsvolles Anwachsen der hiesigen Mitgliedschaft zu Wege. So sind in der Versammlung 92 Mitglieder aufgenommen. Zu erwähnen sei noch die Bewegung der Adressenscheine im Frühjahr, die natürlich, wie vorauszusehen war, im Sande verlaufen ist. Bezüglich der Agitation im Reich sei zu bemerken, daß auch hier das Regulativ seine Wirkung nicht verfehlt habe. Es haben sich verschiedene Mitgliedschaften gebildet. In Königsberg in Preußen mit ca. 55 Mitgliedern, weiter folgten Hamburg und Thorn. Wenn wir aber neue Mitgliedschaften ins Leben rufen wollen, so brauchen wir Geld und nochmals Geld. Hierfür unterbreitete Brille den Kassenericht vom 1. April bis 31. Dezember 1896. Es wurden für die Lokalkasse in dieser Zeit vereinnahmt 199,24 M., verausgabt 52,71 M., so daß der Ueberschuß von 146,53 M. der Lokalkasse überwiesen werden konnte. Die Einnahmen der Zentralkasse von Berlin aus betragen zinslos 406,82 M., die entsprechenden Ausgaben der Zentralkasse für Berlin 187,02 M. Nachdem hierauf die Abhaltung eines Stützungs-Festes beschlossen worden war, wurden Danziger, Wasser, Frommold, Schlander und Gude zu Arrangements desselben gewählt und die gut besuchte Versammlung geschlossen.

In der Versammlung der Freien Vereinigung der Bau-Arbeiter hielt am 10. Januar Fritz Erfurth einen Vortrag über die Bedeutung der Organisation. Die hierauf verlesene Abrechnung vom vierten Quartal 1896 ergab einen Bestand von 67,01 M. Bei der Erbschaftswahl wurde Paul Friederich zum zweiten Kassier und Barthel zum Revisor gewählt.

Der Verband deutscher Zimmerleute hielt am 10. Januar seine Generalversammlung ab, in der die Abrechnung vom letzten Quartal gegeben wurde. Die Gesamt-Einnahme und -Ausgabe betrug 2680,24 M. Die Einnahme der Lokalkasse 1878,46 M. Die Ausgabe 887,07 M., somit verbleibt ein Bestand von 841,46 M. Alldann verwies der Vorsitzende auf den im „Bormarkt“ stehenden Beschluß des Bundes der Maurer- und Zimmermeister. Er ermahnte die Mitglieder, sich durch solche Beschlüsse nicht irre führen zu lassen, denn die Herren, welche die Beschlüsse gefaßt haben, kommen bei einer Lohnbewegung wenig in Betracht. In der hierauf folgenden Diskussion über Anträge zur Halbeschädder Generalversammlung wurden sämtliche eingegangenen Anträge bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Am 24. Januar, nachmittags 5 Uhr, findet in der Stromstr. 23 bei Schmidke eine Bezirksversammlung mit Frauen statt.

Im Holzarbeiter-Verband (Bezirk Moabit) referirte am 11. Januar das Mitglied Fröhlich über die Rechte und Pflichten der Verbandsmitglieder. Redner legte in eingehender Weise dar, welche Unterstützung der Verband bei Streiks, Maßregelungen, in Rechtsstreitigkeiten und Nothfällen gewährt und forderte am Schluß die Mitglieder auf, die Bestrebungen der Organisation zu unterstützen. Beim Punkte Verbandsangelegenheiten entspann sich eine längere Debatte über die Werkstatt von Trienich, in der noch immer zehn Stunden gearbeitet wird. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte der Schluß der Versammlung.

Der Verein deutscher Schuhmacher (Filiale I) hatte am 11. d. M. eine Versammlung abgehalten. Zur Erledigung stand zunächst die Abrechnung vom letzten Quartal, die in Einnahme mit 961,20 M. und in Ausgabe mit 862,75 M. abschließt. Die Zahl der Mitglieder beträgt 850. Bei der hierauf vollzogenen Wahl des Vorstandes wurden gewählt: Niederauer zum ersten, Kott zum zweiten, Ram zu dem dritten Bevollmächtigten; Uldrich und Adler zu Revisoren. Unter Verschiedenes forderte Wenzel zur eifrigen Unterstützung der streikenden Schuhmacher in Otzenfen und wurde sodann bekannt gegeben, daß am 24. Januar ein Besuch der Urania stattfindet.

In einer öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung, die am Montag im Keller'schen Saal lagte, referirte Räter über die Organisation der Metallindustriellen und besprach die Umstände, unter denen der kürzlich gegründete Verband der Klempner-, Kupferschmiedemeister u. dgl. zu Stande gekommen ist. Hierbei habe die Vorpietung, die Metallarbeiter wollten im nächsten Frühjahr einen großen Streik ins Werk setzen, eine wesentliche Rolle gespielt. Der Zusammenschluß der Unternehmer habe vornehmlich den Zweck, Erzwungenschaften, welche die Arbeiter in letzter Zeit durchgesetzt haben, wieder rückgängig zu machen, überhaupt deren Lage nach Möglichkeit zu brücken. Schon die verhältnismäßige Pläne, welche trotz der allgemeinen günstigen Geschäftslage gegenwärtig in manchen Branchen herrsche, werde, wie verschiedene Beispiele zeigen, in der angeführten Weise auszunutzen gesucht. Sollten diesen kleinen Plankleinen größere Kämpfe folgen, so müßten die Arbeiter für solche Fälle gerüstet dastehen. Es sei daher die nachfolgende Pflicht jedes Kollegen, zum allgemeinen Fonds beizusteuern und in ihren Kreisen für die Sammlungen zu wirken. Hierauf gab Müller eine Darstellung über den Streik bei der Firma Zimmermann u. Wuchlo, der wegen teilweise sehr erheblicher Lohnreduktion ausgebrochen ist, und hauptsächlich die Schlosser, Dreher und Bohrer betrifft. Anmeyer bestätigte die Versammlung die Kollegen Räter und Jänisch als Mitglieder für die neugebildete Exekutionskommission der Metallarbeiter, bewilligte den streikenden Lübecker Arbeitern von Thiel u. Söhne 500 M. und erklärte, den Streik bei Zimmermann u. Wuchlo in jeder Hinsicht zu unterstützen. Als Vertrauensmann für den Westen wurde Kreuz gewählt und Mude, Hennig und Thate zu Revisoren für den öffentlichen Fonds ernannt.

Die Stadtkonferenz nahmen in einer öffentlichen Versammlung, die am Montag im Neuen Klubhaus, Kommandantenstraße, lagte, den Bericht von der Magdeburger Konferenz entgegen. Nach den Ausführungen der beiden Delegirten W. Schulz und Marka hat die Konferenz, auf der die Städte Berlin, Leipzig, Hannover, Halle, Chemnitz, Magdeburg, Altenburg und Oera vertreten waren, ein erfreuliches Resultat erzielt. Die sachliche Diskussion sowohl als auch die gefaßten Beschlüsse waren dazu angethan, die Gegensätze, die zwischen der zentralen und der lokalen Richtung obwalteten, einigermaßen auszugleichen und ein Nebeneinanderarbeiten zu ermöglichen, so daß durch die Aussprache auf der Konferenz ein weiterer Fortschritt in der Bewegung zu erwarten ist. Nach den gefaßten Beschlüssen soll die Gründung von Filialen neben einer lokalen Organisation oder umgekehrt in derselben Stadt unterbleiben. Von der Errichtung eines gemeinsamen Zentral-Arbeitsnachweises nahmen die Delegirten Abstand; um aber einen Ausgleich der event. Ueberschüssigen oder mangelnden Arbeitskräfte zu ermöglichen, sollen die Vertrauensmänner verpflichtet werden, an die Zentralkasse, als solche wurde Magdeburg bestimmt, jeweilig Situationsberichte einzusenden, von wo aus dann die weiteren Maßnahmen getroffen werden. Die Gründung eines Streik- und Agitationsfonds für Nord- und Mitteldeutschland wurde dahin gehend geregelt, daß jede Stadt für sich einen derartigen Fonds ansammelt, um gelegentlich die gegenseitige Unterstützung bei Lohnbewegungen zu ermöglichen. Nach einer kurzen Diskussion, in der die Befriedigung über den Verlauf der Konferenz zum Ausdruck kam, erklärte sich die Versammlung einstimmig mit den gefaßten Beschlüssen und dem Verhalten ihrer Delegirten einverstanden. Zu der von der Konferenz beschlossenen Aufnahme einer Statistik für das Jahr 1896 über die Länge der

Arbeitszeit, Arbeitslosigkeit, Ueberstunden, Jahresverdienst u. s. w. wurde dem Vertrauensmann anheim gegeben, die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Die Fragebogen sollen umgehend verbreitet und bereits am 30. Januar ausgefüllt wieder abgeliefert werden. Unter Gewerkschaftlichem wurde das Verhalten einiger Kollegen bemängelt, die eine Art von Zwischenmeister-System in Anwendung bringen und in unsolidarischer Weise verfahren. Eine demnächst stattfindende Versammlung wird sich nach einer vorausgegangenen Sitzung, wozu die Beihiligten eingeladen werden, eingehend mit diesen Fragen beschäftigen. Zum Schluss erläuterte Löpfer Thiem in längerer Ausführungen den Plan der lokalorganisierten Gewerkschaften, im Mai dieses Jahres einen Gewerkschaftskongress abzuhalten, wozu bereits von der beauftragten Kommission die Vorarbeiten im Gange sind, und empfiehlt die Beihiligung der Stuckateure an dem Kongress selbst, sowie die Theilnahme an den Konferenzen, in welchen die notwendigen Vorarbeiten ausgeführt werden. Ein entsprechender Antrag wurde von der Versammlung einstimmig angenommen und die beiden Vertrauensmänner zu den Sitzungen delegiert.

Die lokalorganisierten Tapezierer hielten am Montag eine nur mäßig besuchte Versammlung ab, in der die Delegierten Hartig und Marklich über die in Erfurt abgehaltene Konferenz der lokalorganisierten Tapezierer Bericht erstatteten. Wie angegeben wurde, soll die Mitgliederzahl der lokalorganisierten Tapezierer in Deutschland um 500 zugenommen haben. Die Meinungsverschiedenheiten über die fernere Agitation und die künftige Form der Organisation führten zu dem Entschluss, dass eine gewisse Zentralisation notwendig sei, um eine einheitliche Bewegung zu schaffen und gegen das Unternehmertum erfolgreich vorgehen zu können. Als Organ bleibt das in Leipzig erscheinende „Korrespondenzblatt“ in seiner bisherigen Weise bestehen, während die Prekmission zugleich als Zentralleitung neben dem Zentralvertrauensmann fungiert, um Einzelmitglieder aufnehmen zu können. Es entspann sich nun über die einzelnen Punkte eine längere und lebhafteste Auseinandersetzung, an der sich abwechselnd Kielmeyer, Diester, Holzmeier, Franke und andere beteiligten, die zum größten Teil die Beschlässe der Konferenz billigten. Als Vertrauensmann wurde hierauf Franke gewählt. Den streikenden Hosenarbeitern wurden 50 M. bewilligt, wobei aber Hartig den Wunsch äußerte, dass von dem Marx zum Streikfonds mehr als bisher entnommen und in Umlauf gesetzt werden.

Die Stuckateure hielten am 11. Januar bei Buske in der Grenadierstraße eine nur mäßig besuchte Versammlung ab, in der über die Stellung der Gewerkschaft während der bevorstehenden Saison beraten werden sollte. Von mehreren Rednern wurden die schlechten sanitären Verhältnisse im Gewerbe kritisiert und über die schlechte Behandlung Klage geführt. Ferner wurde auf die besonders große Arbeitslosigkeit in gegenwärtiger Zeit hingewiesen und bemängelt, dass von den eigenen Kollegen vielfach der Arbeitsnachweis umgangen werde, obgleich derselbe von den Firmeneinhabern anerkannt worden sei. Arbeiten an Sonntagen und Nichtbeachten der verhängten Sperren seitens einiger namhaft gemachter Berufskollegen riefen mitunter recht scharfe persönliche Auseinandersetzungen hervor. In einer Beschlussfassung über die eigentliche Tagesordnung kam es nicht. Den Verhandlungen voran ging ein mit lebhaftem Beifall aufgenommenem Vortrag des Herrn Heindorf über Berufskrankheiten.

Im Verein deutscher Schuhmacher (Filiale III) berichtete in der Mitgliederversammlung am 11. Januar der Kassier über die Abrechnung vom letzten Quartal. Danach betrug die Einnahme 223,70 M., davon sind 222,92 M. an die Hauptkasse abgegangen. Die Lokalkasse wies eine Einnahme von 190,16 M. und eine Ausgabe von 88,60 M. auf; bleibt ein Bestand von 41,56 M. Der Kassier gab den sämtlichen Mitgliedern bekannt, dass sie binnen 14 Tagen ausgeschlossen werden, wenn sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. In den Vorstand wurden gewählt: Hoffmann, erster Vorsitzender; Scholz, Kassier; Schulz, Schriftführer; Springer und Wiltz, Schulz, Revisoren. Mit der Verbreitung der Flugblätter wurden Barz und Reumann betraut. Am 24. Januar findet in der Urania eine Vorstellung für die Mitglieder des Vereins statt.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Süd-Ost) beschäftigte sich in der Versammlung am 11. Januar mit den Verhältnissen in der Werkstätte von Schoob u. Franz, Heilnerstraße. Den dort beschäftigten Arbeitern, die schon wiederholt eingeladen waren, aber sonderbarerweise den Brief nie erhielten, wurde zum Vorwurf gemacht, dass sie über die Gebühr die Arbeitszeit ausdehnen. Nicht selten werde sogar bis 9 Uhr abends gearbeitet. Da es sich hier um eine Werkstätte handelt, in der 22 Mann beschäftigt sind, so ist erklärlich, dass solche schlechten Beispiele sehr leicht Nachahmung finden können, weshalb den aus der Werkstätte anwesenden Arbeitern das verderbliche ihres Verhaltens dargelegt wurde. In der Entgegnung bemerkte ein Redner, dass er der Organisation nicht angehöre, weil er nur für sich zu kämpfen habe, sein eigenes Ich sei ihm in allen Dingen das Nächstliegende. Ein anderer Redner entschuldigte sein Verhalten unter Hinweis auf den starken Geschäftsgang. Nach einer sehr regen Debatte, in welcher der Standpunkt beider Redner eine herbe Kritik erfuhr, wurde beschlossen, die Arbeiter dieser Firma nochmals einzuladen. Es folgte hierauf ein recht interessanter Vortrag von Dr. Jösel über die Eroberung des Nordpols, worauf der Schluss der Versammlung eintrat.

Eine öffentliche Versammlung der Graveure und Ziseleure tagte am 13. Januar bei Feuerstein in der alten Jakobstraße. Auf der Tagesordnung stand die Berichterstattung über den 2. Kongress der Graveure und Ziseleure Deutschlands, welcher am 26. und 27. Dezember 1896 in Berlin stattfand. Brückner beschränkte sich im wesentlichen darauf, den Versammelten die von dem Kongress festgesetzten Statuten für einen mit dem 1. Februar in Kraft zu tretenden Zentralverband der Graveure, Ziseleure und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, zu unterbreiten. Der Redner schloss mit einem lebhaften Appell an alle bestehenden lokalen Berufsorganisationen, sich in Masse dem Zentralverbande anzuschließen. Die Einleitung und die nötigen Vorarbeiten zu dem Zentralverband übertrug die Versammlung Brückner und Grill, das Kassieren Siebert und Sander, die Schriftlichen Arbeiten Gutschmidt. Der ersten Filialversammlung bleibt es überlassen, die genannten Personen als Zentralvorstand zu wählen. Gleichfalls soll es jener Versammlung anheimgestellt werden, Gröffe, Durow und Schaal als Kontrollkommission zu bestellen, deren provisorische Ernennung laut Kongressbeschluss ebenfalls erfolgte. Hiernach gab der Vertrauensmann Seltenhorn seinen spezialisierten Rapportbericht vom Jahre 1896. Die Einnahmen nebst 10,93 M. Bestand vom Vorjahre betragen insgesamt 246,40 M. Dieser Summe gegenüber standen 237,86 M. Ausgaben, so dass 8,54 M. als Bestand verblieben. Die Monatsabrechnung ergab einen Baarbestand von 229,68 M. Nachdem Seltenhorn eine Wiederwahl abgelehnt, wurde Buchholz für diesen Posten ernannt. Als Revisoren wurden Petersen, Seltenhorn und Thiele eingesetzt. Recht ausgedehnt wurde die Diskussion bei dem Punkte Verschiedenes, da sich dort erst die eigentliche Debatte über den Kongress entspann. Siebert erschien die Kongressberichte im „Vorwärts“ zu kurz. Im allgemeinen sei er mit dem Ergebnis und den Verhandlungen auf dem Kongress zufrieden. Des weiteren tabelte er das spätere Erscheinen und die redaktionelle Gestaltung der ersten Nummer des 5. Jahrgangs der Fachzeitung unter der neuen Redaktion, von welcher zum mindesten nichts schlechteres erwartet wurde, als die vorangegangene geboten hatte. Zum Schluss wurde denn auch eine, diese Nummer der Fachzeitung tabelnde Resolution angenommen, nachdem den Ausführungen Siebert's eine recht rege Debatte gefolgt war. In einer anderen Resolution drückte die Versammlung ihre vollkommene Befriedigung über Verhandlungen und Resultat des Kongresses sowie über die Haltung der Berliner Delegierten aus.

In einer Versammlung der Lithographen, die am Mittwoch in den Arminalhallen tagte, referierte Tischendorf über den Streik und seine Lehren. Redner hat — wie er eingangs bemerkt

— seit Jahren der Organisation ferngeblieben und ist erst vor vier Wochen derselben wieder beigetreten. Nur auf das Drängen von Kollegen habe er sich bereit gefunden, hier zu reden. Der Redner ist der Meinung, dass die Personen, welche den Streik geleitet haben, dieser Aufgabe nicht gewachsen waren. Sie hätten die Situation, namentlich nach der Seite des Absatzgebietes auf dem Weltmarkt, nicht genügend gekannt. Nicht der Herbst, sondern das Frühjahr die geeignete Zeit zu einer Lohnbewegung im Bereiche der Lithographen. Die Bewegung, anfangs als partieller Streik geplant, sei den Führern über den Kopf gewachsen und mancher derselben habe infolge dessen auch wohl den Kopf verloren. Als die Unternehmer sich vereinigten, um für die vom Streik betroffenen Geschäfte die Arbeiten in den nicht streikenden Fabriken fertigzustellen, hätte die Kommission, in der Erkenntnis, dass man dem isolierten Unternehmertum nicht gewachsen sei, zum Aufgeben des Streiks raten sollen. Nicht die in Versammlungen angefachete Begeisterung, sondern nur eine gut angebaute Organisation könne Erfolg versprechen. Mathsam sei es auch, den Streik nur als Sprechmittel zu benutzen, um die Unternehmer zu Verhandlungen geneigt zu machen. Als eine Anzahl von Kollegen ohne Kündigung ihre Arbeitsstellen verließen, hätte die Kommission davon abrathen sollen, denn diese Handlungsweise war gesetzlich unzulässig. Redner will nicht gegen Personen Vorwürfe erheben, sondern durch seine Betrachtungen der Organisation nützen. Die Lohnbewegungen würden zu sehr schablonisiert und nicht den speziellen Verhältnissen des betreffenden Berufs angepasst. Von den beiden durch die Organisation angehaltenen Kollegen Schöpke und Siller könne man verlangen, dass sie sich über alle einschlägigen Verhältnisse unterrichten, da sich die übrigen Kollegen auf diese verlassen müssten. Die Leitung des Streiks durch die Kommission sei keine planmäßige gewesen, schon nach zwei Wochen war sozusagen jeder auf sich selbst angewiesen und von einem der Führer sei die Parole ausgegeben worden: „Nette sich wer kann!“ Es sei auch eine in Arbeiterkreisen verbreitete, jedoch irrtümliche Auffassung, dass die Arbeiter in ihren Lohnkämpfen keine Unterstützung in bürgerlichen Kreisen finden. Wohl gäbe es eine kleine Gruppe in denselben, welche die Bewegung der Lithographen zu unterstützen willens war; die in dieser Hinsicht von Frau Gnauck-Köhne gemachten Versuche seien aber zurückgewiesen worden. Auch die „Zeit“ habe zu dem Streik eine so wohlwollende Stellung eingenommen, wie es der „Vorwärts“ nicht besser gethan hätte. Redner hält einen von Siller veranlassten Artikel der „Leipz. Volks-Ztg.“, der sich mit dem Streik befasst, für unpassend und forderte zum Schluss auf, sich nicht durch den Misserfolg des Streiks abschrecken zu lassen und etwa der Organisation den Rücken zu kehren. Nachdem zwei Redner in ähnlichem Sinne gesprochen, zwei andere aber die Streikleitung in Schutz genommen und es missbilligt hatten, dass man dieselbe jetzt nach dem verlorenen Kampfe so scharf kritisierte, nahm Siller das Wort, um sich und die Streikleitung gegenüber der Kritik des Referenten zu rechtfertigen. Nicht die Arbeiter hätten den Generalstreik gewollt, sondern die Fabrikanten hätten ihn in der stattgehabten Ausdehnung herbeigeführt. Die geschäftliche Konjunktur sei zur Zeit des Streiks, nach sorgfältigen Informationen der Kommission, eine günstige gewesen und siebe überhaupt im Herbst besser als im Frühjahr. Das ihm nachgesagte Wort: „Nette sich wer kann“, sei in harmlosem Sinne gebraucht worden. Eine Freiheit wäre es gewesen, den ohne Kündigung abgegangenen Kollegen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu raten, denn der Ausgang des Rechtsstreites sei in diesem Falle durchaus nicht voranzusehen gewesen. Wenn Tischendorf sagte, er habe schon nach einigen Tagen gesehen, dass die Bewegung mitsingen müsse, so wäre es doch seine Pflicht gewesen, diese Ansicht auch in den von ihm besuchten Versammlungen auszusprechen. Die von Tischendorf erwähnten Zeitungsartikel, die dieser für andere Zwecke ausschalten wolle, seien nicht von ihm (Siller) veranlasst und hätten der Bewegung nicht geschadet. Dabell unterzog die Streikleitung einer abfälligen Kritik und rügte unter anderem, dass das Fachorgan, die „Graphische Presse“, ihre Leser bis jetzt noch nicht über den Ausgang des Streiks und die gegenwärtige Situation in Berlin unterrichtet habe. Schöpke wolle die Fehler, die ihm zugeschrieben werden, nicht beschwigen und erkenne an, dass Tischendorf in sachlicher Weise seine Aufgabe erledigt habe. Die Streikleitung habe die Frau Gnauck-Köhne nicht zurückgewiesen, aber die Verhandlungen mit den Fabrikanten wären aussichtslos gewesen. Die Artikel der „Leipz. Volks-Ztg.“ müsse Redner gleichfalls tabeln. Wenn man eine Änderung der leitenden Personen in der Organisation wünsche, habe er nichts dagegen, unter allen Umständen solle man aber der Organisation treu bleiben und die Lehren, die dieser Streik gebracht habe, beherzigen. Verschiedene andere Redner sprachen theils in günstigem, größtenteils aber in abfälligen Sinne über die Streikbewegung und deren Leitung.

In dieser Versammlung war Herr v. Gahby und der Fabrikant Dr. Verchel eingeladen. Beide blieben aus, letzterer unter der Begründung, dass die Kommission der Fabrikanten nicht mehr bestünde und er also kein Mandat in der Versammlung zu vertreten habe. Wie ein Redner meinte, habe er sich wohl nur den Erörterungen über stattgehabte Maßregelungen entziehen wollen.

Für die Marmor- und Granitarbeiter war seitens der Agitationskommission der Steinarbeiter am 14. Januar eine öffentliche Versammlung nach dem „Englischen Garten“ in der Alexanderstraße einberufen. Aus den gepflogenen Verhandlungen ging hervor, dass die Löhne in diesem Beruf seit drei Jahren herabgefallen sind. Eine Entscheidung, die vielfach infolge der Knappheit der betreffenden Berufsangehörigen gegenüber der Organisation diesen selbst zur Last gelegt wurde. Während früher 2/3 dieser Arbeiter organisiert waren, gehören gegenwärtig nur sehr wenige dem Verbande der Steinarbeiter an. Empfohlen wurde den Marmor- und Granitarbeitern, sich als eigene Berufsgruppe dem Zentralverbande der Steinarbeiter anzuschließen. Definitive Beschlüsse wurden noch nicht gefasst; man sollte vielmehr eine 5 gliebrige Kommission ein, die die nötigen Vorarbeiten zur Bildung einer Gruppenorganisation innerhalb des Zentralverbandes der Steinarbeiter vorzunehmen hat. Mit geeigneten Vorschlägen hat diese Kommission dann nach Beendigung des Steinarbeiterkongresses (am 24. bis 27. Januar) wiederum vor eine öffentliche Versammlung zu treten, welche über die weiteren Maßnahmen zu befinden haben wird.

In einer sehr gut besuchten öffentlichen Schlosser-Versammlung, die am Donnerstag im „Englischen Garten“ tagte, referierte Grotte Kehler über „Kapital und Arbeit“. Der Vortrag, über den eine Diskussion nicht beliebt wurde, fand allseitigen Beifall. Unter „Verschiedenes“ ließ der Vertrauensmann Quast verschiedene Betriebe Revue passieren, in denen die angehenden Schlosser berechnigte Ursache zu Klagen haben. So schwante bei der Firma Förster u. Kunge, Stallschreiberstraße, der Wochenlohn zwischen 12—14 M. und in sanitärer als auch hygienischer Beziehung sei vieles verbesserungsbedürftig. Bei der Firma Schulz, Hasenbaude, sei es das Kolonnenystem, welches zu fortgesetzten Klagen Anlass giebt; hier sind es hauptsächlich die jungen Schlosser, welche von den Kolonnenführern ausgebeutet und zu hohen Strafgebern herangezogen werden. Scharf kritisierte Redner das System der Lehrlingsausbeutung. So beschäftigte die Firma Schulz, Schönbauer Allee, neben 8 Gesellen 16 Lehrlinge und die Firma Fabian, Poststraße, bei 108 Gesellen 49 Lehrlinge. Nachdem auch dem Submissionswesen mit seinem schädlichen Einfluss für die Arbeiter Beachtung geschenkt, die dem rein christlichen Tath der Firma Stahl u. Sohn, die am Weihnachtsabend zwei Arbeiter entließ, ins richtige Licht gerückt, führte Redner noch eine Reihe Betriebe auf, in denen der erregende Neumundentag längst vergessen sei. Man beabsichtigt, in Wäbe zu Gunsten des Neumundentages eine lebhafteste Agitation zu entfalten und ersucht der Vertrauensmann, ihn hierbei thätkeftig zu unterstützen. Nachdem auf den Unterstützungsfonds der Schlosser hingewiesen, beschließt man, zu Gunsten der Hamburger Hosenarbeiter die Zeller-Versammlung fortzusetzen, worauf die Versammlung geschlossen wird.

Die Klempner hielten am Donnerstag eine stark besuchte Versammlung ab, in der Näther über die neue Organisation der Klempnermeister referierte. Wie bereits bekannt, haben im Anschluss an die bereits bestehenden beiden Verbände der Metallindustriellen, aus Anlass der vorjährigen Lohnbewegung die Klempnermeister einen Verband zum Schutz gegen die „Uebergriffe der Arbeiter“ gegründet. In einem zu diesem Zweck verbreiteten Zirkular wird auf die „weitere Steigerung der Forderungen der Arbeiter“ hingewiesen, die man entschieden zurückweisen und die früheren Verhältnisse wieder herstellen müsse. Auch werde man bei etwaigen Arbeitsstellen nicht mehr mit einer aus Agitatoren zusammengesetzten Lohnkommission, sondern nur mit „wirklichen Arbeitnehmern“ verhandeln. Die Statuten dieses Verbandes enthalten strenge Bestimmungen gegen die Beschäftigung von Ausgeperrten, für jeden Arbeiter sind 50 M. Konventionalstrafe vorgesehen; dagegen werden Arbeiter für Unternehmer, deren Arbeiter streiken, mit 25 pCt. Zuschlag von den übrigen angefertigt u. s. w. Die beste Antwort darauf sei nur einmütiges Zusammenhalten aller beihiligten Arbeiter in einer festen Organisation. Denn schon dadurch, dass gegen die Drohung aller Metallindustriellen, vom 1. Januar d. J. eine allgemeine Aussperrung herbeizuführen, sich die Arbeiter rechtzeitig mit den Gegenmaßnahmen beschäftigten, seien die Herren mit all ihren Drohungen etwas bescheidener geworden. Es muß deshalb das Vertrauensmänner-System besser als bisher durchgeführt und die Sammlung für den Streikfonds, rege fortgesetzt werden. In diesem Zweck wird am 8. Februar eine große allgemeine Metallarbeiter-Versammlung in der Brauerei Friedrichshain stattfinden, in welcher das Sammelwesen geändert und einheitlich geregelt werden soll. Möge jeder seine Schuldigkeit thun, dann werden alle Drohungen der Unternehmer elend zu schanden werden. (Lebhafter Beifall.) Klempnermeister Schmidt schildert hierauf den Verlauf der Versammlung, in welcher auf Veranlassung des Direktors Högemald diese Vereinigung der Unternehmer gegründet wurde. Er selbst sei als „Fischer vom Vorwärts“ bezeichnet und erniedrigeschrien, später aber doch angehört worden. Redner ersucht unter lebhaftem Beifall der Versammlung treu zusammen zu halten, um mit der Zeit den Unternehmerverband zu sprengen, denn in Wirklichkeit sei es nur darauf abgesehen, die Klempner zu ruinieren. Becker, Schröder und Näther tabelten hierauf, dass leider ein Teil der Arbeiter sich von selbst angeboten habe, wieder 10 Stunden zu arbeiten, selbst wo der Neumundentag eingeführt war. Nach Verlauf einer längeren persönlichen Auseinandersetzung, macht Näther zum Schluss auf Anregung des Vertrauensmanns Zimmermann die Mitteilung, dass alle diejenigen, welche bis zum 31. Januar d. J. die noch ausstehenden Listen mit den Beträgen nicht abgeliefert haben, bekannt gemacht werden.

Berliner Arbeitervereine. Verein tagt jeden Dienstag nach dem ersten im Monat bei Buske, Grenadierstr. 23, abends 8 1/2 Uhr. Unentgeltlicher Rath wird erteilt:

Im Norden: Berlin: für Unfall-, Invaliditäts- und Alters-Versicherung, abends von 7-9 Uhr: M. Buchholz, Gutfraustraße 26, u. 2 Tr. H. Dachs, Reminierstr. 66, u. 2 Tr. R. Gutschell, Wiesenstr. 22, von 8-9 Uhr abends: H. Gieseler, Gortzstr. 66, u. 2 Tr. G. Simanowski, Wartenstr. 79, u. 2 Tr. M. Stuhlmann, Oberbergerstr. 37, 4 Tr., von 6-9 Uhr abends: R. Tamm, Gutfraustraße 6, von 8-9 Uhr abends: H. Reigt, Wiesenstraße 41-42. G. Wark, Kolbergerstraße 7, von 6-7 Uhr abends. — Für Invaliditäts- und Altersversicherung: H. Sturm, Streitstr. 24. H. Reimann, Wellermannstr. 23. H. Trapp, Schillerstr. 66, von 7-8 Uhr abends.

Im Nord-Osten: Für Invaliditäts- und Altersversicherung: W. Rodt, Schönhauser Allee 52.

Im Osten: Für Invaliditäts- und Altersversicherung: C. Bader, Gr. Frankfurterstr. 24, u. 4 Tr.

Im Süd-Osten: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: S. Hoffmann, Waisenstraße 18.

Im Süden: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: H. Stügelmaier, Grottestr. 29. — Für Invaliditäts- und Altersversicherung: H. Keller, Gumpahausstr. 2.

Im Süd-Westen: Für Invaliditätsversicherung: G. Hänel, Solmsstr. 41.

Im Nord-Westen: Für Invaliditätsversicherung: J. Krause, Wilmersdorfer Straße 12. H. Stephan, Lehnhagenstr. 24.

Im Zentrum: Für Invaliditätsversicherung: G. Köppler, Klotzstr. 91.

Bei sämtlichen vorgenannten Vereinen, bei denen hier keine Sprechzeit angegeben, ist dieselbe Wochentags von 7-9 Uhr.

Vermishtes.

Heber die Kölner Bräsewäg-Affäre wird uns von dort geschrieben: Um die ganze Waschlappigkeit des heutigen Bürgerthums, wie sie sich in dem Verhalten der Präsidenten der hiesigen Karnevalsgesellschaften kundgab, zu verweisen, muß man folgendes wissen: Eine jede der zu haltenden Reden wird einer Zensur unterworfen, die in den großen Gesellschaften von einem sogenannten literarischen Ausschuss geübt wird. Die Rede, die die Anspielung auf den Bräsewäg enthielt, war unbeanstandet passirt und die Stelle war auch so harmlos, dass sie in der Sitzung weder der Zeitung noch einem der taufend Zuhörer aufgefallen ist. Nur dieser eine Fall in dieser einen Gesellschaft ist vorgekommen, und für die militärische Feinsichtigkeit ist er beinahe verlegend, dass der Gouverneur gleich beide großen Gesellschaften in den Bann gethan hat. Das grobartigste ist aber jedenfalls, dass die Herren Präsidenten sich selbst nur ihre literarische Zensurbehörde desavouiren und winselnd zu Kreuze kriechen. Freilich fällt hier auch ein materielles Interesse ins Gewicht. Das Militär stellt zu den Festen und Sitzungen der zahlreichen Gesellschaften die Musik und für den Rosenmontagszug die Bespannung. Für Köln bildet der Karneval eine gute Einnahmequelle und namentlich der große Festzug lockt eine Menge Fremde mit vollen Taschen hierher. Der Karneval ist ein großes Geschäftsunternehmen, an dem die Kaufleute, Wirthe und Diener partizipiren. Sie alle halten in diesen Monaten, der Rummel beginnt schon vor Neujahr, reiche Ernte und während der drei eigentlichen Fastnachts-tage kommt das heilige Köln aus dem Rauch nicht heraus. Eine solche Gelegenheit, Geld zu machen, läßt man nicht gern fahren und so buckelt der „freie Rheinländer“ schon mal vor dem bunten Hod. In der nächsten Karnevalssaison preist er dann um so lauter die „Freiheit des Karnevals“ und den herrlichen rheinischen Humor, der selbst vor der Bräsewägerei winselt wie ein geprägelter Hund. Alles von wegen dem Geschäft.

Die Todesstrafe durch Erhängen soll in Preussenspanien eingeführt werden. Eine Gesetzesvorlage beschränkt, dass Todesstrafen in Zukunft nicht mehr auf elektrischem Wege oder durch den Strick, sondern durch Erhängen mittels gewisser Gasse vollzogen werden sollen. Ein aus zahlreichen Aerzten und anderen einflussreichen Personen des Staates gebildeter Ausschuss hat sich seit längerer Zeit mit dieser Frage beschäftigt und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die von ihm beschriftete Hinrichtungsart allen anderen vorzuziehen sei. Würde die Vorlage angenommen, so würden fortan die zum Tode verurtheilten Verbrecher in besonderen Jellen untergebracht, die durch eine geräuschlos sich senkende Decke luftdicht gemacht werden können. Dies geschieht, während der Verbrecher schläft. Gleiches entspringt einer in der Zelle mündenden Röhre das tödliche Gas, unter dessen Einwirkung der Hingurichtende in wenigen Minuten in die Unwissenheit hinüber schlummert. Der an der Spitze des Ausschusses stehende Gerichtsrath giebt an, dass der Ausschuss 15 völlig geruchlose Gasse kenne, die zu diesem Zweck verwendet werden könnten. Da sage noch einer, dass es keine Humanität in der besten der Welten gebe.

Eingelaufene Druckschriften.

„Sozialer Prolet“, Centralblatt für Sozialpolitik“ (Berlin, Carl Neumann's Verlag) enthält in ihrer neuesten Nr. 15 folgenden leitenden Aufsatz: Die politischen Konstitutionsfragen. Von Ernst Haeckel. 2. Jahrgang. Aus dem Vortrage haben wir hervor: Die Entstehung einer Ständeverfassung und einer konstitutionellen Ordnung für Hessen-Nassau. Von Stadtrat Dr. A. Gieseler. — Verhältnisse des vormaligen Kaiserthums gegen den Ausschuss vom Kaiserlich-Königlichen Reichspräsidenten. — Ständische Arbeitsnachweise. — Schwebend in der Wiener Schulindustrie. — Frauenbewegung in England. — Gemeindefragen in Polen. — Gewerkschaftliche Arbeitslosen-Unterstützung in Frankreich. — Neumundentag im hiesigen Reichsbund. — Arbeiterfragen bei Staatsarbeiten in Basel. — Schulgenossenschaftliche Unfallversicherung in Braunschweig. — Die neuen Bauordnungs-Grundzüge im Königreich Sachsen. Von Dr. jur. H. v. Mangoldt.

Armer: Detailreisen und Kaufhandel nach der Gewerbe-Ordnung. Von Dr. phil. H. v. Mangoldt. Verlag v. Wilhelm Neuberger (Inhaber: H. u. G. Neuberger) in Breslau.

Was nun? Ein Beitrag zur Zukunft von Ernst Meyer. Berlin, Verlag Götter, (90 Pf.)

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonnabend, den 16. Januar.
Opernhaus. Das Gemäch am Meer.
Schauspielhaus. Genoveva.
Deutsches. Moritur.
Berliner. Renaissance.
Nachmittags: Wachenbrödel.
Kessing. Die Wiederkehr. Hierauf: Rode.
Westen. Der Dornenweg.
Neues. Marcelle.
Heubens. Die Frauenjäger.
Thalia. Frau Lieutenant.
Zentral. Eine wilde Sache.
Schiller. Der Scherling. Die Komödie der Fremden.
Ostend. Schmerzhänder.
Velle-Alliance. Adam und Eva.
Kolle. Robert und Bertram.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Kein Hülsen.
Nachmittags: Die Puppenfee.
Alexanderplatz. Sein Verhältnis.
Unter den Linden. Sillette von Karbonne.
Passage-Panoptikum. Traumbilder.
Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.
Parodie. Der Berggeist.

Belle-Alliance-Theater
Volks-Vorstellung
unter Regie von Julius Türk.
Sonntag, den 17. Januar:
1. Gastspiel von Jenny Warba
(Theater der Modernen).
Zum 1. Male: „Gläubiger.“
Tropfenblinde in 1 Akt von Strindberg.
Thalia: Jenny Warba; Alfred:
Rik. Jürgas; Gustav: R. Jaffé.
Dann: „Die Unerblichen.“
Schauspiel in 3 Akten von Rosetta.
Karl Doretz; Julius Türk; Gise:
Jenny Warba; Orlandi: Hans
Ranuffi; Sidmond: Wih. Ruff.
Eintrittskarten à 60 Pf. sind in
den bekannten Verkaufsstellen zu haben.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr: Der
Scherling. Die Komödie der
Fremden.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Wilhelm
Tell.
Abends 8 Uhr: Ein Ehrenwort.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30. Dir. Rich. Schulz.
Sonnabend, den 16. Januar 1897:
Emil Thomas a. G.
Zum 117. Male:
Eine wilde Sache.
Morgen: Letzte Sonntags-Aufführung.
Zum 118. Male:
Eine wilde Sache.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Friedrich-Wilhelm-Theater.
Zum ersten Male: „Kein Hülsen.“
Volkschauspiel in 4 Akten nach der
gleichnamigen Dichtung von Fritz
Reuter, von Hermann Zahne und
William Schirmer, mit vorhergehendem
Prolog von Albert Schwarz, gesprochen
von Maria Holzger.
Heute, nachm. 4 Uhr: Zum ersten
Male zu kleinen Preisen: „Die
Puppenfee.“
Zauberwägen mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von
Georg Zimmermann.
Sonntag, nachm. 4 Uhr: „Der
Weidenkressen.“
Euchspiel in 4 Akten
von G. von Hofler. — Abends 8 Uhr:
„Der Glöckner von Notre-Dame.“
Schauspiel in 6 Akten von Charlotte
Bridgwater.
Montag: „Kein Hülsen.“
Dienstag: „Der Glöckner von
Notre-Dame.“
Billets ohne Vorbestellgebühr an der
Theaterkasse, außerdem im Invaliden-
haus, Unter den Linden 24, bei Paul
Romeis, Leipzigerstraße 6, und Julius
Langensfeld, Markgrafstr. 50.

Alexanderplatz-Theater.
Heute: Zum vorletzten Male:
Eilante Komödie! Sein Verhältnis.
Sittensbild aus dem Berliner Leben
in 4 Akten von Karl Postle. Anfang
8 Uhr. (Woh, auch die zu anderen
Stücken ausgegebenen, behalten ihre
Gültigkeit.)
Sonntag, nachm. 4 Uhr zu kleinen
Preisen: „Die Puppenfee.“
Zauberwägen mit Gesang und Tanz
in 6 Bildern von Georg Zimmermann.
In Vorbereitung: „Der indische
Cactus.“
Schwan in 4 Akten von
H. v. Gordon.
Billets sind schon 3 Tage vorher ohne
Vorbestellgebühr an der Theaterkasse
zu haben.
Morgen: Letzte Sonntags-Vor-
stellung: „Sein Verhältnis.“

Volks-Theater
34 Reichensbergerstr. 34
nahe dem Rotenburger Thor.
**Weihnachtsfest-
Dekoration**
sämtlicher Säle.
Robert und Bertram
Große Gesangsprobe in 4 Akten
von G. Käber.
Anfang: Sonntags 7 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Entrée 50 Pf. bis 4 M.

Thalia-Theater.
(vormals Adolph Grun-Theater).
„Frau Lieutenant.“
Baubühne in drei Akten von Paul
Ferdie und Antony Mars.
Deutsch von Hermann Hirschel.
Ruff von G. Serpette und B. Roger.
Morgen und folgende Tage: „Frau
Lieutenant.“

Urania, Tauben-Strasse
No. 48-49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Sternwarte
Invalidenstr. 57/62
Lehrer Stadtbahn-
hof. Täglich von 7 1/2 Uhr abends ab
50 Pf. Im Theater-Saal täglich
8 Uhr abends Vorträge, mit Experimen-
ten u. gr. Lichtbildern ausgestattet.
Näheres die Tagesankündigungen.



Passage-Panoptikum.
Letzte
Woche:
Traum-
bilder.
Freie in 13 Bildern
mit Musik und
Gesang.

**Castan's
Panoptikum.**
Neu! Die wunderbaren
indischen
Neu! Pygmäen.
Neu! Ur-Australier
(Kannibalen).

Parodie-Theater
Oranienstr. 52.
Gastspiel der Gesellschaft Zumpfe.
Sonnabend: Zum 1. Male:
Komödie! Der Berggeist Komödie!
oder: Das graue Kreuz im Tenschthal
und Die Jungfrau vom Riesengebirge.
Komant. Mitternachtsstück von Fischer.
Anfang 8 Uhr.
Entrée 75 Pf. bis 3 M.

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 152. Dir. G. Westh.
Heute und folgende Tage:
Gastspiel von Josephine Dora
vom Adolph Grun-Theater.
„Schwerenöther.“
Volk und Gesang
in 4 Akten von Oskar Klein. Musik
von G. Steffens. — Anfang 8 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr, zu halben
Preisen: „Der deutsche Michel.“

Circus Renz
Karlstrasse.
(Jubiläum-Saison 1896/97.)
Sonnabend, den 16. Januar 1897,
abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung.
Kolossaler Erfolg!
Lustige Blätter!

Lustige Blätter!
Neue Einlage.
Veränderte Karikaturen.
Anderem: 6 traufener Kapphengel,
vorgeführt von Herrn Robert Renz,
Grande Quadrille de la haute
Equitation, ger. von 6 Damen und
6 Herren in Fantase-Kostümen.
Ferner: Das phän. humor. Rechengenie
Hr. Zaubri als Gast. Auftreten der
neu engagierten Kunstkräfte allerersten
Ranges. Die vorzüglichsten Clowns.
Sonntag, den 17. Januar 1897:
2 Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr:
(Ermäßigte Preise und 1 Kind unter
10 Jahren frei.)
Anführung des
großen militärischen Aufstättungs-
stückes „1870/71.“
Abends 7 1/2 Uhr
Lustige Blätter.
Franz Renz,
Kgl. Kommissionsrat und Direktor.

Circus Busch.
Bahnhof Börse.
Sonnabend, den 16. Januar cr.,
abends 7 1/2 Uhr:
Große Parade-Gala-Vorstellung.
Nach Sibirien.
Dies grandiose geniale Schauspiel
des Circus Busch bildet jetzt
das Tagesgespräch von Berlin.
Bracht, phänomenale equestrische
Leistungen; meisterhafte Aufzucht-
kunst; Unerreichl. Jeder Beschreibung
spottend. Die russische Oster-
messe in Moskau. Gr. russ. Original-
Sänger-Korps. Der grandiose weiße
Akt auf der Kiewa. Die unheimliche
Verfolgung durch Wölfe. Die Todes-
fahrt mit dem russ. Dreieckswagen
zur hohen Bühne hinauf; eine
noch nie gewagte Leistung.
Anderem: Elektr. Quadrille, ger.
v. 6 Damen u. 6 Herren. Wellington,
ruff. Dargest. ger. v. Herrn Salamonski.
Ein hippol. Voltourri von 14 Hubs-
hengeln, dress. u. vorgef. vom Dir.
Busch. Perrot's Abenteuer, kom.
Ezene d. Pierra's-Troupe. Auftr. d.
Wigler-Clowns Hr. Alf. Daniels.
Spezialitäten 1. Ranges.
Morgen: 2 Vorstellungen. Nachm.
4 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren frei);
Zweites. Abends 7 1/2 Uhr: Nach
Sibirien.
Um vielfachen Wünschen ent-
gegenzukommen und auch der Jugend
den Anblick der Pantomime „Nach
Sibirien“ zu erleichtern, werden
an den Wochentagen für Kinder
unter 10 Jahren — soweit der Platz
es gestattet — Billets z. halben Preisen
verabfolgt.

Schulz Festsäle, vorm. Paster
Neue König-Strasse 7.
Jeden Donnerstag: 8922
Damen-Kränzchen.
Jeden Sonntag:
= Großer Ball. =
Berelinszimmer. Saal für Veramun-
gungen frei. Ed. Schulz, Gastwirth.

Berliner Posen-Theater
Münzstrasse 17.
(Eingang Königsgraben)
Direktion: Joseph Aschinger
und Leonhardy Gastel.
Heute:
Beneiz für Herrn S. Reihner.
Heinrich Heine.
Lebensbild in 3 Akten.
Herr: Herr Viktor Barnowsky
vom Theater des Westens a. G.
Anfang der Post 8 Uhr. Kassen-
öffnung 7 Uhr. Entrée 30 Pf.

Alcazar
Variété und Spezialitäten-
Theater 1. Ranges.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage)
Münsterstr. 12/13.
Sommerhäuser Familien-Ausenthalt.
Neu! Der Ehrenpotal Neu!
oder: Die Deputation.
Feste in 1 Akt von S. Klager.
Herrn. Webling. Tantalomischer Lotte
Zieger. Bravour-Aktion mit 50 dress.
Katten. Mag. Alfredo Rex. Saton-
Humor. Eugen Ross. unüberreiff.
Charakter-Darsteller u. a. m.
Wieder-Auftreten des beliebtesten
Charakter-Komikers Ernst Kühne.
Dienstag, 19. Januar: Beneiz des
Herrn Webling.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Entrée 30 Pf. R. Winkler.

Schippanowsky's
Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3.
Neu! Neu! Neu!
!! Im Frühlingsglanz!!
Populäre Konzerte:
Im Glycerin.
In der Rosenlaube,
Im Chrysanthem.
In der Hesperulaube,
Im Weinberge.
Entrée frei! Entrée frei!
Theater-Abtheilung:
Auftreten von Humoristen, Komikern zc.
Hauswirths Töchterlein.
Bolle.
Ausschank der Berliner
Bock-Brauerei.

Feen-Palast, Burg-
Direktion Winkler & Fröbel.
Schaen! Staunen!
Das brillante riesengroße
Januar-Programm
Koloßaler Erfolg!
Cirkus Sarrasani.
Neue Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Entrée 30 Pf. — Reservirt 50 Pf.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Gläd.
Miss Emeline Ethardo.
The Kellinos.
Das Sensationsbild:
Endlich allein!
La belle Devernois
femer 30 Künstler 1. Ranges.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Welt-Restaurant
Variété- und Spezialitäten-
Theater.
Dresdenerstraße 97.
Im vorderen Saal täglich bei freiem
Entrée:
Grosses Künstler-Konzert
Im großen Theateraal:
Berliner Sportmädels.
Aufstättungs-Burleske mit Gesang
Anfang: Entrée:
Wochentags 7 1/2 Uhr. | Wochentags 20 Pf.
Sonntags 6 Uhr. | Sonntags 30 Pf.

Gr. Vogel-Ausstellung
des Berliner
Kanarienzüchter-Vereins
vom 14. bis 19. Januar cr.
Alexander-Strasse No. 37.
Ecke Kaiserstrasse.
Geöffnet von 9 bis 8 Uhr.
Eintritt 50 Pf. Kinder 25 Pf.
Jeder 50. Besucher erhält
1 Kanarienhuhn gratis.

Herren-Hüte 65 Pf.
Bessere Hüte, enorm billig,
verkauft aus der Fabrik
im Komptoir
Sarni-Strasse 4/5,
Kohlen-Allee 101.
Sonntags geöffnet.

Hackescher Markt 4
Ede Neue Promenade.
Nach dreier Jahre langem gefangen nunmehr große Lagerbestände meiner
Teppiche! Gardinen! Steppdecken!
Fertige Wäsche! Leinwandwaren!
zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen zum
Ausverkauf!

Chinesische Nachtigallen,
prachtvolle, abgedröhte gute Schläger Stück 5 M. Doppelschläger Stück 6 M.
— Zuchtpaar 6 M. — Feuerrothe Karbinale, prächtig im Gesänge, gute
Sänger, Stück 9 M. — Gr. Karbinale mit feuerrother Haube, fleckige
Sänger, Stück 6 M. — Blaurothe Tigerfinken, wech punctirt, reizende nichtblide
Sänger, Paar 3 M. — Grauföpfige Zwergpapageien, Zuchtpaar, à Paar nur
3 M. — Alexander-Papageien, prächtig grün, Stück 4,50 M. — Harzer
Kanarienvogel, flotte Sänger, Doh- und Ringelröcher, auch bei Licht singend,
Stück 5, 6, 8, 10, 12, 15 M. — Jung-Weibchen Stück 1 M. — Amerikanische
Spottvögelchen, tourenreiche abgedröhte Sänger, Stück 12-15 M. — Versandt
unter Garantie! Ich. Ankauf gegen Nachnahme.
L. Förster, Vogel-Verandlungsgeschäft, Chemnitz.
Prämirt mit goldenen und silbernen Medaillen, XI Ehrenpreisen.
NB. Zum Versandt gelangen nur gute abgedröhte Sänger.

Deutsche Schuh-Fabrik
Erfurt
Schuhwaaren en gros & en detail
in eleganter und solider Ausführung.
Arbeiter Berlins!
Die Fabrikate der ausgesperrten
Schuhmacher in Erfurt werden jetzt,
außer in den bekannten Verkaufsstellen, in
den eigenen Niederlagen
Bellealliancestrasse 98/99
und
Rosenhallerstrasse 68/64
verkauft.
Weitere Filialen in Deutschland:
München, Sendlingerstraße 10.
Dachauerstraße 83.
Frankfurt a. M., Viehhofen-
berg 24.
Düsseldorf, Bismarckstraße 91.
Köln a. Rh., Gipselstein 66.
Bremen, Faulenstraße 75.
Hannover, Klagenmarkt 7a.
Hamburg, Weststraße 8a.
Kiel, Holtenauerstraße 37.
Braunschweig, Süde 4.
Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gelieferten Fabrikat,
das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und Qualität zu-
rieden gestellt. — Unser Geschäftsgrundsatz ist: Geringer Ver-
dienst, rather Umsatz. — Jedem unserer Freunde kann die
Waare bestens empfohlen werden.
Damenstiefel von M. 3.50, Herrenstiefel von M. 5.75.
In der Bellealliance-Strasse bitte genau
auf Nummer 98 zu achten.
Für die
Geschäftsleitung:
Wilh. Bock.

Hüte
von den feinsten bis zu den billigsten.
nur mit
Hüte Kontrollmarke
Schirme, Stöcke, Kravatten
Otto Gerholdt, Dresdenstr. 2.

Die auf der
Berliner Gewerbe-
Ausstellung 1896
mit der
Silbernen
Staats-Medaille
prämierte
PATZENHOFER BRAUEREI
BERLIN NO., Landsberger Allee 24-27
empfiehlt ihre anerkannt reinen und wohl-
schmeckenden Biere in Gebinden und Flaschen
(letztere ohne Pfand).
Fernsprecher: Amt VII, No. 2200 u. 5535.

Amandus Wronkow
Oranienstraße 162, zwischen Moritz- und
Oranienplatz.
Ausverkauf
wegen vollständiger Aufgabe meines Geschäfts.
Nur noch kurze Zeit.
Heute
Verkauf von Handschuhen und Strümpfen
zu jedem annehmbaren Preise.
Künstl. Zähne 2 M. Schmeralos. Zahnziehen 1 M. Plomb. 1,50 M.
Theilz. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-6.

J. Brünn Am Stadtbahnhof
„Börse“.
Nach dreier Jahre langem gefangen nunmehr große Lagerbestände meiner
Teppiche! Gardinen! Steppdecken!
Fertige Wäsche! Leinwandwaren!
zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen zum
Ausverkauf!

Todes-Anzeige.
Allen Kollegen, Freunden und Bek-
annten die traurige Nachricht, daß
mein lieber guter Mann, der Tischler
Wilhelm Wender
am Mittwoch, 13. Januar, morgens
7 1/2 Uhr, von seinen kranken Leiden
durch einen sanften Tod erlöst wurde.
Die Beerdigung findet Sonntag Mittag
um 1 Uhr vor der Halle des Sions-
Kirchhofes aus statt. Um stille Beileid
bitte
Die trauernde Witwe
30345 G. Wender, geb. Hermann.

Am Freitag Nachmittag 3 Uhr ver-
schied mein lieber Mann, unser guter
Vater, der Schankwirth **Adam**
Kubieszky, im 49. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Sonntag
Nachmittag 3 1/2 Uhr vom Trauerhause,
Rantowstraße 60, aus nach dem alten
Michaelis-Kirchhofe statt. Dies sei
hierbei mitgeteilt.
Die Hinterbliebenen.

Möbel, Spiegel
und
Polsterwaaren
Roelle
Waare.
Franz Tutzauer
Tischlermeister, Blücherstr. 11.
Ganze
Wohnungs-
Einrichtungen
in Nusshaus u. Mahag.
zu soliden Preisen.
Deutsch. Wörter
Desert u. Walzstößler L. Bang.
Brauerei Burghalter, Potsdam-
gegr. 1736, bef. J. Bismarck, Brunnstraße,
Berlin, Wilm.
Kellner u. d. leicht
bestimm. nächst
kräftigste Bier. —
In bläulich. beh.
den. Geschickl. u.
Gewichtsmäßig
über. 14 Pfund
drei, 50 zehn M.
eff. An Geb. 1/2
1/2 3/4 3/8 3/16
abz. weicht. bl.
Allein-Vertrieb
i. Berlin u. Pros.:
Postleitzahl
Ringler
Berlin, Brun-
nenstraße 152.
Nicht-Verkauf
— Qual. einsehbar.

Jede Uhr
repariren und reinigen
solltet bei mir unter
Garantie d. Gutgehens
nur 1 Mark 50 Pf.
ausser Bruch, keine Reparaturen
billiger. Großes Lager neuer und
gebrauchter Taschenuhren, Regu-
latoren und Wecker, alle Arten
Ketten, sowie Uhren u. Uhrenz.
Carl Lux, Uhrmacher,
35 Chaussee-Strasse 35.
Achtung! Achtung!
Künstliche Zähne von 3 M. an,
Zahnl. wochentl. 1 M., wird abgeholt.
Zahnziehen, Zahnreinigung, Nervöden
bei Bestellung unlosch.
Königsplatz 2, Glöcker-
Guckel, str. 12, Steglitzerstr. 71 L.

Prima frische
Zander
pro Pfd. 40 Pfennig,
alle and. Fisch-Sorten
zu Ausnahmepreisen
16 Dragonerstr. 16
Otto Gundermann
Fisch-Grosshandlung.

Altes Kohlengeschäft Handels-
haber zu verf. Nachmannstr. 6.
Reck und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuh-
fabrik von W. Hilschke, Ge-
gründet 1873, Stallstr. 13. Ge-
Admiralstraße, am Rotenburger Thor.

Lanolinseife!
macht die Haut zart u. geschmeidig.
1 Stück Vanillinseife und ein reines
Handtuch liefern ich 1,00 M. Woche.
Handtuch-Berleib-Just. E. Figner.
Neue Königsstr. 17.
Fernsprecher Amt VII. Str. 2087.

Kleine freundliche Wohnungen
zu 2 Stuben sofort u. pr. 1 April
1897 bei **Häbner**, Gesellschaftshaus,
Zwischenstraße 42, alte Nummer 36.
Genosse, welcher allein wohnen
möchte, f. bel. Wohnung Rotenburger
Ufer 68 d. Postg. 3857b

Arbeitsmarkt.
Achtung! Achtung!
Metallschleifer!
Wegen Differenzen haben
sämmliche Schleifer der Firma
Butze & Co., Alt-II. Ritter-
straße 12, die Arbeit niedergelegt.
Zugang streng fern zu halten.
Der Vertriebsmann,
F. Plur.
Silberarbeiter werden
Sebastianstraße 84.
Einen zuverlässigen Möbeler verf.
B. Mielenz, Sophienstr. 23.
Mädchen zur Aufwartung
sucht **Bösel**, Frankfurter
Allee 16a. 3847b